

Preußische Allgemeine



Nr. 11 · 18. März 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Die große Leere

Während die Welt aus den Fugen gerät, offenbaren die Spitzen der deutschen und europäischen Politik einen Mangel an strategischem Denken **Seiten 1 und 3**



Geschichte Der Mann über Bismarck. Gedanken zu Wilhelm I. **Seite 11**



Gesundheit Wenn Medizin nicht heilt, sondern krank macht **Seite 12**

FOTOS: SHUTTERSTOCK (M), BPK BILDAGENTUR, SHUTTERSTOCK

AUFGEFALLEN

Siege im Nirgendwo

Die Fernsehsender Rossija 1, Russia Today (RT) und Pervyj Kanal senden propagandistische Meldungen zur Lage in der Ukraine, besonders zu der im Donbass und zum Fortschritt des „militärischen Sondereinsatzes“. Ausschließlich so darf der Krieg in Russland genannt werden, ansonsten droht Haft.

Was an Videos gezeigt wird über Flüchtlinge aus dem Donbass, die in Russland versorgt werden und die von ihren schlimmen Erlebnissen erzählen, gleicht spiegelbildlich dem, was wir täglich im Fernsehen von ukrainischen Flüchtlingen zu sehen bekommen, nur eben aus der anderen Perspektive. Im russischen Fernsehen werden nur die Gräueltaten der ukrainischen Armee und ihrer freiwilligen Unterstützer gezeigt.

Bei der russischen Propaganda fällt auf, dass die täglichen Erfolgsmeldungen der von „den Faschisten befreiten“ Orte bei genauerem Hinsehen lediglich Siege im Nirgendwo sind. Da ist beispielsweise von einem täglichen Vorrücken von elf bis 14 Kilometern die Rede (Stand 15. März), doch sucht man die genannten Orte auf der Landkarte, so zeigt sich, dass diese sich ganz in der Nähe von längst besetzten Gebieten im Donbass oder in Dörfern nördlich von Mariupol sowie ein Ort 20 Kilometer nördlich von Kiew befinden, wo die russische Armee offenbar seit Tagen feststeckt.

Strategisch wichtige Zentren der Ukraine wie Charkiw, Kiew und Nikolajew, das Tor zu Odessa, konnten die Russen hingegen bislang nicht einnehmen. **MRK**

POLITIK

Ein abermaliger Weckruf an eine geforderte Nation

Der Ukraine-Krieg erinnert die Deutschen einmal mehr daran, dass sie sich ihre Weltabgewandtheit nicht mehr leisten können

VON RENÉ NEHRING

Der russisch-ukrainische Krieg ist der dritte Ernstfall, mit dem die deutsche Politik innerhalb der letzten zwei Jahre konfrontiert wurde – und der dritte Ernstfall, auf den sie nicht ansatzweise angemessen vorbereitet war.

Als sich zu Beginn des Jahres 2020 das Coronavirus um die Welt ausbreitete, hatte Deutschland nicht einmal ein paar Schutzmasken, sondern musste diese ad hoc zu übersteuerten Preisen in China beschaffen. Im vergangenen Sommer waren die Verantwortungsträger vor Ort trotz konkreter Warnungen der Wetterdienste nicht in der Lage, die Menschen an Ahr, Prüm und Kyll vor einem Jahrhunderthochwasser zu retten. Und während im Herbst 2021 die „Ampel“-Koalitionäre ihr „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ aushandelten und am Ende stolz ihren Koalitionsvertrag präsentierten, in dem es um nichts Geringeres als die Rettung der Erde ging, bekam hierzulande niemand etwas davon mit, dass weiter östlich der Aufmarsch zum größten Landkrieg in Europa seit 1945 begann.

Selbst als der Angriff der Russen auf die Ukraine unmittelbar bevorstand und die US-Amerikaner längst detailliert vor einer Invasion warnten, war das für die deutsche Politik kaum ein Thema, verkündete die Außenministerin noch stolz,

die deutschen Botschaften im Ausland künftig ganz in den „Kampf gegen den Klimawandel“ stellen zu wollen. Zur traurigen Wahrheit der tieferen Ursachen des im Osten tobenden Krieges gehört auch, dass der russische Präsident Putin glaubte, ihn sich leisten zu können, weil er die Europäer nicht fürchten musste.

Diese Ignoranz gegenüber offensichtlichen Gefahren ist keineswegs neu. Geht man nur ein paar Jahre weiter zurück, stößt man unweigerlich auf die Migrationskrise von 2015. Auch hier war die deutsche Politik nicht vorbereitet, obwohl schon in den Jahren zuvor allwöchentlich Bilder von überladenen Booten auf dem Mittelmeer und vollgepackten LKW-Anhängern auf dem Balkan in den Nachrichten zu sehen waren.

Zentralmacht Europas

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Verantwortlichen stets damit durchkamen. Weil die Deutschen ihren 1989/90 begonnenen Traum vom ewigen Frieden einfach weiterträumen und nicht wahrhaben wollten, dass die Welt um sie herum längst nicht mehr so friedlich war, wie es in ihrem nur von Verbündeten umgebenen Land den Anschein hatte. Zur Kanzlerschaft Angela Merkels, die die Deutschen 16 Jahre lang mit ruhiger Hand tätschelte, gehört auch die Vorgeschichte, dass ihre Partei zu Oppositionszeiten den Wählern allerlei Zumutungen ankündigte

– und prompt eine sichergeglaubte Wahl verlor. Deshalb hielt sie, nachdem sie an die Macht gelangt war, die Deutschen stets von großen Zumutungen fern – und wer schlau war, tat es ihr nach. Bis die Katastrophen an die eigene Haustür klopften.

Dass Deutschland nun zum wiederholten Mal auf eine fundamentale Krise nicht vorbereitet war, ist ein abermaliger Weckruf. Es ist der Weckruf an eine Nation, die sich in den Jahrzehnten der Teilung daran gewöhnt hat, in Nibelungen-treue der jeweiligen Hegemonialmacht zu folgen, und dabei verlernt hat, nicht nur eigene Interessen zu formulieren, sondern auch einen Blick für die Interessen Anderer zu haben. Und es ist der Weckruf an eine Nation, die in den vergangenen dreißig Jahren kaum begriffen hat, dass sie im Zuge des Zusammenwachsens zwischen Ost und West längst zur Zentralmacht Europas geworden ist.

Diese Rolle haben die Deutschen nicht gesucht, sie ist ihnen eher durch ihre geographische Lage und ihre ökonomische Stärke zugefallen. Gleichwohl müssen sie sich den mit dieser Rolle verbundenen Aufgaben stellen. Jeder Konflikt, egal ob in der Mitte oder an der Peripherie des Kontinents, stellt eine Herausforderung an die deutsche Politik dar. Duckt sie sich weg, wird sie früher oder später die Konsequenzen dafür tragen müssen – in Form von finanziellen „Rettungspaketen“ oder der nächsten Flüchtlingswelle.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Bei den Parlamentswahlen kann Ungarns Premier auf Wiederwahl hoffen **Seite 6**

Kultur

Der Russen-Boycott westlicher Bühnen und Ausstellungshäuser **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Das Johannes-Evangelium und ausgewählte Psalmen in ostpreußischer Sprache **Seite 18**

Lebensstil

Die Leuchtenburg in Thüringen lädt zum „Frühlingszauber“ ein **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 11
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Sanktionen Als Reaktion auf den russisch-ukrainischen Krieg verkündeten die Europäer harte Einschnitte in die Wirtschaftsbeziehungen zu Moskau. Nun zeigt sich, dass diese auch den eigenen Bürgern schaden

Wenn eine Strafe zum Bumerang wird

Erste Folge der Wirtschaftssanktionen im Osten sind steigende Energiepreise im Westen

VON NORMAN HANERT

Die Sanktionspakete gegen Russland tun nach Ansicht der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin „richtig weh“. „Die Sanktionen beißen ganz hart. Das merkt man. Die russische Wirtschaft wankt“, so von der Leyen gegenüber dem Deutschlandfunk.

Inzwischen warnen Ökonomen und Wirtschaftsvertreter aber vor Übertreibungen. Siegfried Russwurm, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), sprach sich unlängst zwar für eine schnelle Unabhängigkeit von russischen Energieimporten aus. Auch solle durch Sanktionen Druck auf die Entscheider in Russland ausgeübt werden. Allerdings mahnte der BDI-Chef, dabei Augenmaß zu bewahren: „Es ergibt wenig Sinn, sich selbst schärfer zu bestrafen als den Aggressor. Russland und die Ukraine sind wichtige Nahrungsmittelexporteure. Soll es diese Exporte nicht mehr geben? Das würde zu massiven zusätzlichen Verwerfungen in der Welt führen.“

„Suicide by Cop“

Noch deutlicher fiel eine Einschätzung des US-amerikanischen Wirtschaftsjournalisten Tom Luongo aus. Er sprach mit Blick auf die Sanktionen der EU gegen Russland bereits von einem „Suicide by Cop“. Der Begriff steht in den USA für den Versuch von suizidgefährdeten Personen, sich durch eine gezielte Konfrontation von der Polizei erschießen zu lassen.

Tatsächlich birgt der Versuch der USA und der EU, Russland als größten Rohstoffproduzenten der Welt vom internationalen Handel auszuschließen, ein enormes Risiko für die gesamte Weltwirtschaft. Russland ist mit seinen Ausfuhren von Erdöl, Gas, Kohle und Uran einer der größten Energielieferanten, zudem wichtiger Produzent von Nahrungsmitteln und als Exporteur vieler Metalle enorm bedeutend. Mit gutem Grund tauchen zum Beispiel auf der US-Sanktionsliste keine russischen Mineralien auf.

Noch bevor die USA und die EU ihre Sanktionen auf den Weg gebracht haben, sind in vielen westlichen Ländern erneut Inflationssorgen umgegangen. Der Versuch, russische Rohstoffe von den inter-



Sichtbare Auswirkung der Sanktionen, die Russland schaden sollen: Steigende Preise an deutschen Tankstellen

nationalen Märkten zu verbannen, wird die Inflationstendenzen weiter steigen lassen. So kommentierte der deutsche Ökonom Daniel Stelter die hierzulande aufgekommenen Forderungen nach Ausweitung der Sanktionen auf die Energie-lieferungen: „Boykottieren wir russisches

Öl und Gas, bekommen wir zweistellige Inflationsraten.“

Wirtschaftskrise mit Ansage

Zoltan Pozsar, Zinsstrategie bei der Credit Suisse, sorgte vor Kurzem an der Wall Street für großes Aufsehen, indem er

nicht weniger als den Zusammenbruch des bisherigen dollarbasierten Weltwährungssystems voraussagte. Der Ökonom, der früher für die US-Zentralbank und das US-Finanzministerium gearbeitet hat, sieht als Folge der westlichen Sanktionen, dass sich eine massive Rohstoffkrise samt Liquiditätsengpässen bei Marktteilnehmern samt inflationärem Finale zusammenbraut.

Die Entscheidung der Gruppe der Sieben (G7), die Währungsreserven der russischen Zentralbank zu beschlagnahmen, wertet Pozsar als extrem wichtigen Punkt. Russlands Devisenreserven, jahrelang gespeist aus Erlösen von Rohstoffexporten, wurden vor dem Ukraine-Krieg auf rund 630 Milliarden US-Dollar geschätzt. Die Beschlagnahme dieser Reserven ist nicht nur für Russland ein alarmierendes Signal. Im Prinzip muss jeder Staat künftig darauf gefasst sein, bei einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten faktisch nicht mehr an seine Dollar-Guthaben heranzukommen.

Warner und Mahner



„Wir können es uns nicht leisten, auf russisches Uran zu verzichten“, sagt der US-amerikanische Nuklearexperte **Chris Gadomski**.



Der Ökonom **Zoltan Pozsar** prognostiziert, „Geld“ werde nach dem Ukraine-Krieg nicht mehr das gleiche sein wie zuvor.



Der deutsche Ökonom **Daniel Stelter** warnt: „Boykottieren wir russisches Öl und Gas, bekommen wir zweistellige Inflationsraten.“

INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT

Biden wird die Gefolgschaft verweigert

Wichtige Akteure der Weltpolitik verweigern sich den Forderungen aus Washington nach einer Isolierung Russlands

Eine große Mehrheit von 141 Staaten hat Anfang März in der UN-Vollversammlung „die Militäroperation Russlands in der Ukraine“ verurteilt und den Abzug der russischen Truppen gefordert. Lediglich 35 Länder enthielten sich. Fünf Staaten, neben Russland selbst Weißrussland, Eritrea, Nordkorea und Syrien, lehnten den Beschluss ab. Mit Blick auf die Resolution sprach Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) von einem „historischen Ergebnis“.

Allerdings verstellt die Abstimmung den Blick auf eine Entwicklung, die besonders für die politische Führung der USA alarmierend ist. Sieht man von der EU und traditionellen Verbündeten wie

Kanada, Japan und Australien ab, verweigern sich wichtige Akteure der Weltpolitik den Forderungen aus Washington nach einer Isolierung Russlands.

Im Fall der Volksrepublik China als großem Konkurrenten der USA ist dies keine Überraschung. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums kündigte an die Adresse Washingtons sehr deutlich an, Peking werde mit einer „ernsthaften Antwort“ zurückschlagen, wenn die USA wegen der Ukraine Sanktionen gegen China verhängen sollten.

Doch auch Indien und jahrzehntelange Partner wie Saudi-Arabien wollen bei der Isolierung Russlands nicht mitmachen. Sogar der Außenminister des

NATO-Partners Türkei kündigte an, die westlichen Sanktionen gegen Russland würden von seinem Land nicht mitgetragen. Die „Asia Times“ diagnostiziert zudem: „Kein einziges muslimisches Land hat Washington Unterstützung bei dessen Konfrontation mit Russland angekündigt.“ Zur Verärgerung der US-Regierung zieht nicht einmal Israel bei den Sanktionen gegen Russland mit.

Indien und Russland haben inzwischen Absprachen getroffen, wie sie im bilateralen Handel das Zahlungssystem SWIFT umgehen können. Hintergrund sind nicht zuletzt Befürchtungen in Indien vor dem Entstehen einer mächtigen Allianz Russland-China-Pakistan.

„Kein einziges muslimisches Land hat Washington Unterstützung bei dessen Konfrontation mit Russland angekündigt“

„Asia Times“

Wie das „Wall Street Journal“ („WSJ“) berichtet, haben es die Staats- und Regierungschefs der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabiens inzwischen sogar abgelehnt, mit Biden Telefongespräche zu führen. Laut dem „WSJ“-Bericht wollte der US-Präsident mit den Arabern über eine Erhöhung der Ölförderung sprechen, damit die Weltmarktpreise wieder sinken.

Weitere Demütigungen stehen der US-Regierung noch bevor. Nachdem sich Biden zu einem Boykott russischer Erdöleinfuhren entschlossen hat, muss nun Ersatz her. Öllieferungen aus den „Schurkenstaaten“ Venezuela und Iran sind kein Tabu mehr.

RHETORIK

„Frieren gegen Putin“

Seit Beginn des russisch-ukrainischen Krieges fällt auf, dass nur wenige westliche Politiker wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Israels Premier Naftali Bennett und Bundeskanzler Scholz sich um einen Waffenstillstand bemühen, während viele andere, vor allem deutsche Politiker wie Ursula von der Leyen oder Annalena Baerbock mit immer neuen Sanktionsideen aufwarten. Möglicherweise spielt dabei eine Rolle, dass die sogenannte Flakhelfer-Generation, die selbst noch den Krieg durchlitten und viel Lebenserfahrung hatte, inzwischen die politische Bühne verlassen hat. Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock, Geburtsjahr 1980, fehlt dagegen sogar die Erfahrung des Ölpreisschocks und der lähmenden Stagflation der 1970er Jahre.

Zudem drängt sich allerdings auch der Verdacht auf, dass die Zuspitzung der Wirtschaftslage als Folge des Krieges und der Sanktionsspirale von einigen Akteuren auch als Chance gesehen wird, um schon länger gehegte Pläne umzusetzen: Bei Dieselpreisen deutlich über zwei Euro wird beispielsweise ein formelles Verbot von Verbrennungsmotoren fast bedeutungslos, da sich viele Deutsche ohnehin aus Kostengründen genötigt sehen, auf Bus und Bahn umzusteigen.

Beinahe schon vergessen ist, dass innerhalb der Ampel-Koalition vor wenigen Monaten noch sehr umstritten war, wie die ehrgeizigen Pläne der Grünen zum „Klimaschutz“ eigentlich finanziert werden sollen. Anfang März haben sich Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) darauf geeinigt, bis 2026 aus dem Bundeshaushalt für den „Klimaschutz“ 200 Milliarden Euro bereitzustellen. Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge feierte das Milliardenpaket als „großen Erfolg und wichtigen Bestandteil einer umfassenden Sicherheitspolitik“. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine habe die Dringlichkeit erhöht, jetzt in Energiesouveränität und Unabhängigkeit von fossiler Energie zu investieren, so die Grünen. N.H.

Für eine neue Kultur strategischen Denkens

Der russische Angriff auf die Ukraine erschüttert den lange gehegten Glauben an eine auf Werten und Regeln gestützte Weltordnung. Vor allem die Europäer müssen wieder lernen, auch in anderen Kategorien zu denken

VON HERFRIED MÜNKLER

Im Vorstellungsgefüge einer neuen Weltordnung war für strategisches Denken in den vergangenen Jahren kein Platz mehr. Im Prinzip war die Strategie durch die Leitvorstellung einer auf Regeln und Werte gestützten Ordnung aufgezehrt worden, in der Konfrontation in Kooperation verwandelt werden sollte. Wo noch von Strategie die Rede war, ging es entweder um die Aufstellung von Unternehmen in Konkurrenz zu anderen Marktteilnehmern oder um die Planung persönlicher Lebensführung: Strategie als Anleitung zu einer möglichst erfolgreichen Karriere, als ertragreiche Anlage des eigenen oder fremden Vermögens oder als aufmerksamkeitswirksame Platzierung von Gütern und Ideen.

Zugestanden: Auch in der Politik war von Strategien mitunter die Rede, aber dann zumeist im Hinblick auf das Agieren der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen – und nicht oder nur ganz selten mit Blick auf Bedrohungen des demokratischen Rechtsstaats. Dass eine konfrontative Lage zwischen den Demokratien westlicher Prägung – also Demokratie plus Gewaltenteilung und Pressefreiheit – und einem autokratischen Regime in all seinen Varianten entstanden war, wurde zwar gelegentlich konstatiert, aber nur selten als Herausforderung beschrieben, die eine strategische Antwort erforderlich machte. Wer von Strategie sprach, wurde als ein Fossil der Real- wie Ideengeschichte angesehen.

Ruinen einer neuen Weltordnung

Nun ist im Osten Europas dieses „alte Denken“ mit Panzern und Artilleriegeschützen, Raketen und Bombenflugzeugen in die schöne neue, aber offensichtlich doch nur imaginierte und letzten Endes nicht verteidigungsfähige Ordnung der Regeln, Werte und Normen eingebrochen – und es ist von der auf Regeln und Werte gegründeten Ordnung kaum etwas übriggeblieben. Der Westen hat sich – in Anbetracht der unüberschaubaren Eskalationsrisiken mit guten Gründen – auf seine institutionelle Kerngestalt zurückgezogen und die universalen Geltungsansprüche der globalen Ordnung im Stich gelassen. Als es ernst wurde, galt die Werteverteidigung nur noch für Mitgliedstaaten der NATO, und das Budapester Memorandum, in dem die USA und Russland 1994 die Unversehrbarkeit der ukrainischen Grenze garantiert hatten – im Gegenzug dazu, dass die Ukraine die ihr aus der Konkursmasse der Sowjetunion zugefallenen Nuklearwaffen an Russland abgab –, war nur noch eine wertlose Sammlung unterschriebenen Papiers.

Putin hatte seiner Verachtung für die Weltorganisation in New York Ausdruck verliehen, als er noch während der Sitzung des UN-Sicherheitsrates zum russischen Truppenaufmarsch den Befehl zum Angriff gab. Die UN ist das Zentralorgan der regelbasierten und wertegestützten Weltordnung. Auf sie hat vor allem die deutsche Politik gesetzt. Sie wird sich neu orientieren müssen.

Dabei hatte es gute Gründe gegeben, an der Idee dieser neuen Weltordnung so lange wie möglich festzuhalten. Denn in ihr sollte die Konkurrenz der großen Mächte durch eine gemeinsame Konzentration auf Menschheitsaufgaben abgelöst werden: den Hunger in der südlichen Hemisphäre, die Migrationsbewegungen infolge von Bürgerkriegen und Dürrekatastrophen und vor allem den Klimawandel, der, wenn er nicht gestoppt würde, menschliches Leben auf dem Planeten Erde in Frage stellen würde. Aus dem rhetorischen „Wir“ der Menschheit sollte ein handlungsmächtiges Subjekt werden, das diese Herausforderungen bearbeiten konnte.

Doch dazu war es nötig, weltweit Konfrontation in Kooperation zu transformieren und „Nullsummenspiele“ in „Win-Win-Konstellationen“ zu verwandeln. Dafür bedurfte es freilich des Vertrauens, dass sich die Beteiligten an die Regeln halten würden. Je stärker eine Ordnung normativ – also an Regeln orientiert – aufgeladen ist, desto mehr ist sie auf einen durchsetzungsfähigen Hüter angewiesen – doch den gab es nicht: Die Vereinten Nationen waren dafür zu schwach, und die USA als Zwischenlösung hatten zu viele Eigeninteressen. blieb also nur die Sicherung des Vertrauens durch wechselseitige Abhängigkeit, etwa bei Rohstofflieferungen und ähnlichem, und in diesem Sinne kann man die Erdgasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 als politische Vertrauensgaranten begreifen.



Strategische Herausforderung: Das Denken und Handeln des russischen Präsidenten Putin

Foto: imago/ZUMA wire

Man kann den jetzt erfordernden kognitiven Wandel an einem Beispiel verdeutlichen: Noch vor dem Angriffsbefehl auf die Ukraine hatte Putin eine geschichtspolitische Erzählung lanciert, in der es um die Zugehörigkeit der Ukraine zu Russland ging. Damit war die staatliche Selbstständigkeit der Ukraine in Frage gestellt. In Deutschland hat man sich umgehend damit beschäftigt, ob Putins Geschichtsklitterung zutreffend sei, aber man hat sich nicht oder nur nebenbei gefragt, wozu Putin diese Geschichte erzählt hat – und was es bedeuten würde, wenn auch andere damit begännen, mit historischen Zugehörigkeitserzählungen Politik zu machen. Letzteres war die Frage nach der politischen Strategie.

Verlerntes Denken

Putins Geschichtspolitik hatte den Zweck, den Willen einer deutlichen Mehrheit der Ukrainer zu konterkarieren, indem er die Geschichte als eine übergeordnete Größe gegen ihre auf dem Majdan und bei Wahlen getroffene Entscheidung für den Westen mobilisierte. Dass dies eine Geschichte der Eroberung und Unterdrückung war, sagte er nicht. Was er tatsächlich sagte, lautete: Was bedeutet schon der Mehrheitswille der jetzt Lebenden gegenüber den vielen Generationen, die zuvor mit den Russen und in Russland gelebt haben? Das war Geschichtspolitik zum Zwecke der Aushebelung exakt jener Regeln und Werte, die dem westlichen Verständnis der globalen Ordnung zugrundeliegen.

Wenn Erzählungen zu Politik werden

Vergleichbare Erzählungen in Westeuropa würden auf das Ende der Europäischen Union hinauslaufen: Wenn führende Politiker erzählen würden, was einmal ihrem nationalen Kulturkreis zugehört hatte, verbunden mit der imperativischen Anmutung, dass es so wieder sein solle, wären Krieg und Bürgerkrieg auch hier die Regel. Strategisches Denken fragt nicht zuerst nach dem „wie oder was“, sondern nach dem „wozu“ solcher Narrative, und die Thematisierung der Geschichtspolitik wechselt damit aus dem Feuilleton in den politischen Teil der Zeitungen.

Vor allem aber müssen die politischen und gesellschaftlichen Eliten wieder zu strategischem Denken befähigt werden. Hier besteht der größte Nachholbedarf. Das demokratische Auswahlssystem prämiert gewiefte Taktiker, ist aber blind gegenüber denen, die strategisch zu denken in der Lage sind

In einer durch strategisches Denken geprägten politischen Kultur herrscht nicht Vertrauen, sondern generalisiertes Misstrauen vor. Es ist in ihr nicht länger opportun, bei der Analyse von Optionen anderer Akteure die „Worst Case“-Szenarien von vornherein ins letzte Glied zu stellen und sich auf die „Best Case“-Szenarien zu konzentrieren. Die Palette der eigenen Möglichkeiten muss vielmehr vom schlimmsten Fall her geordnet werden, also von dem her, was mit den größten Anstrengungen der eigenen Seite einhergeht, und erst dann kommt dran, was einem weniger abverlangt. Das war in den letzten drei Dekaden nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts und dem Zerfall der Sowjetunion genau umgekehrt. Die „Friedensdividende“ wirkte wie eine Freistellung davon, sich mit Fragen der politischen Strategie beschäftigen zu müssen. Demgemäß ist die „strategic community“ immer weiter geschrumpft, und die Normativisten, von denen die politische Agenda mit immer neuen Wünschbarkeiten zugestellt wurde, übernahmen das Kommando.

Nachholbedarf auf allen Ebenen

Die Wieder- und Neuaneignung strategischen Denkens und Handelns kann unter den gegebenen Umständen nicht auf die Bundeswehr beschränkt bleiben. Mit der Führung eines *Schießkriegs* seitens der russischen Armee ist die Bedrohung durch *hybride Kriegführung* keineswegs verschwunden. Auch in der Ukraine ging dem Krieg mit tödlichen Waffen ein hybrider Krieg voraus, der in Angriffen auf ukrainische Kommunikations- und Steuerungssysteme bestand und zu dem auch systematische Fehl- und Falschinformationen gehörten. Der Angreifer zielt nicht mehr allein auf die Körper, sondern beginnt die Attacke, indem er das Wissen der Angegriffenen mitsamt den darauf gegründeten Orientierungen verwirrt.

Dass die Russen bei den Ukrainern damit nicht weit gekommen sind, heißt nicht, dass sie damit auch an westlichen Gesellschaften scheitern würden. Zu strategischer Härtung einer Gesellschaft gehört darum die Befähigung der Bürger zum Umgang mit Desinformationskampagnen hinzu. Verteidigungsfähigkeit heißt inzwischen, dass jeder und jede in zentralen politischen Fragen zumindest mitdenken können muss. Je mehr Menschen das nicht können oder nicht wollen, desto verwundbarer ist eine Gesellschaft.

Vor allem aber müssen die politischen und gesellschaftlichen Eliten wieder zu strategischem Denken befähigt werden. Hier besteht der größte Nachholbedarf. Das demokratische Auswahlssystem prämiert gewiefte Taktiker, ist aber blind gegenüber denen, die strategisch zu denken in der Lage sind. Einen Wahlkreis zu gewinnen, spricht für taktisches Geschick, aber keineswegs für die Fähigkeit zu strategischem Denken. Die in den letzten Jahren beobachtbaren Defizite im strategischen Denken und Agieren der politischen Klasse in Deutschland müssen behoben werden.

Das ist die wohl schwerste Aufgabe, vor der die Deutschen jetzt stehen. Verständlich, dass viele davor zunächst einmal zurückschrecken und hoffen, es werde schon bald wieder so sein, wie es früher war. Aber das ist Flucht in Illusionen zwecks Vermeidung, Strategie erneut und neu denken zu müssen.

● Prof. Dr. Herfried Münkler war bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Büchern gehören u.a. „Die Deutschen und ihre Mythen“ (2008) und „Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918“ (2013, beide Rowohlt) sowie „Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa“ (Edition Körber-Stiftung 2015). www.rowohlt.de

● MELDUNGEN

Berlin bleibt Knotenpunkt

Potsdam – Brandenburgs Innenministerium rudert zurück, nachdem zuvor Innenminister Michael Stübgen (CDU) gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) die Idee geäußert hatte, die Stadt Frankfurt an der Oder könnte ein Knotenpunkt für die weitere Verteilung von Flüchtlingen aus der Ukraine in Deutschland werden. Innenstaatssekretär Markus Grünwald bezeichnete Frankfurt als „ein Nadelöhr, wo sich alle Probleme von Flüchtenden konzentrieren“. Der politische Beamte kündigte eine bessere Versorgung der ankommenden Flüchtlinge an, allerdings sollten der Bahnhof und die Stadt Frankfurt an der Oder kein Umsteigezentrum werden. Frankfurts Sozialdezernent Jens-Marcel Ullrich (SPD) sagte gegenüber dem rbb, der Stadt fehle es an Ressourcen und auch am nötigen Platz in Bahnhofsnähe, um die Verteilung der hohen Zahl von Flüchtlingen bewältigen zu können. **N.H.**

Ermittlungen gegen Kliniken

Saarbrücken – Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken ermittelt gegen zwei große Kliniken des Saarlandes. Die Geschäftsführer der beiden Krankenhäuser, die bislang nicht konkret benannt wurden, sowie weitere „unbekannte Personen“ sollen für die betrügerische „Ermittlung, Zählung und Mitteilung der Zahlen hinsichtlich der Intensivbetten“ verantwortlich gewesen sein. Vor diesem Hintergrund haben die Justizbehörden auch ein Herausgabe- und Auskunftersuchen an das saarländische Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gerichtet. Es steht der Verdacht im Raum, dass die Kliniken falsche Angaben machten, um staatliche Zuschüsse für frei gehaltene oder zusätzlich bereitgestellte Krankenhausbetten auf Intensivstationen in Höhe von 18 Millionen Euro zu erhalten. Juristen vermuten, dass es sich dabei nur um die Spitze eines Eisbergs handele und weitere einhundert Einrichtungen ähnlich vorgegangen seien. **W.K.**

Google-Teilsieg vor Gericht

Köln – Das Verwaltungsgericht Köln hat entschieden, dass zentrale Vorschriften des 2020 novellierten Netzwerkdurchsetzungsgesetzes „wegen Verstoßes gegen unionsrechtliche Vorschriften unanwendbar“ seien. Damit hatte eine Klage von Google und dem Facebook-Mutterkonzern Meta Erfolg. Die beiden Unternehmen müssen die Daten von Personen, die durch „Hasskriminalität“ auffallen, nicht an die Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) des Bundeskriminalamtes weiterleiten. Nach Ansicht der Richter verstoßen die entsprechenden Paragraphen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes gegen das sogenannte Herkunftslandprinzip in der E-Commerce-Richtlinie der Europäischen Union. Ein Anbieter elektronischer Dienstleistungen sei nur verpflichtet, die Gesetze des EU-Staates einzuhalten, in dem sich seine Hauptniederlassung auf europäischem Boden befinde. Und die liege bei Google und Meta jeweils in Irland. **W.K.**



Als Folge eines Cyber-Angriffs am ersten Tag des Ukraine-Krieges hatte Enercon keinen Zugriff mehr auf die Steuerung seiner Windturbinen: Der Hauptsitz des 1984 gegründeten größten deutschen Herstellers von Windenergieanlagen in Aurich

INFORMATIONSTECHNOLOGIE

Der Ukraine-Krieg findet auch im Cyberspace statt

Obwohl keine Kriegspartei, gehört Deutschland zu den Leidtragenden. Gegen Cyber-Angriffe ist das Land kaum gerüstet. Die Behörden sind aufgeschreckt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Krieg in der Ukraine wird nicht nur mit Panzern, Flugzeugen und Gewehren ausgefochten, sondern auch per Computer im Internet. In diesem Cyber-Krieg stehen sich Hacker aus aller Welt gegenüber. Russland bietet dabei Gruppierungen auf, die höchstwahrscheinlich für den Militäргеheimdienst GRU arbeiten wie Ghostwriter und Sandworm.

Gleichmaßen involviert sind wohl noch Putin-treue Mitglieder der Cyber-Gangs Conti, REvil und Emotet sowie die weißrussischen Computerhacker von

UNC 1151. Auf ukrainischer Seite agiert angeblich eine ganze „IT-Armee“, der sich nach entsprechenden Aufrufen des Kiewer Ministers für digitale Transformation, Mychajlo Fedorow, mittlerweile 400.000 Computeraktivisten angeschlossen haben sollen, darunter auch viele aus dem international vernetzten Anonymous-Kollektiv.

Zumeist arbeiten beide Seiten mit Denial-of-Service- oder Defacement-Angriffen, bei denen gegnerische Internetseiten lahmgelegt oder zwecks Verbreitung eigener Propagandabotschaften gekapert werden. Dazu kommen der Raub beziehungsweise die Löschung von Da-

ten sowie Sabotage an kritischen Infrastrukturen wie Einrichtungen der Energie-, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung, des Transport- und Gesundheitswesens sowie der Kommunikations- und Finanzbranche. All das kann ebenso Länder treffen, welche die Ukraine mit Waffenzahlungen oder Sanktionen gegen Russland unterstützen. Dazu zählt die Bundesrepublik.

Ausfall der Online-Fernsteuerung

Einen kleinen Vorgeschmack hierauf gab es am 24. Februar. Am ersten Tag der russischen Invasion wurde der kalifornische Satellitenetz-Provider Viasat Inc. ange-

griffen, sodass dessen Kunden, zu denen die ukrainische Armee zählt, keinen Internetzugang mehr hatten.

Das führte auch zu Problemen in Deutschland. Plötzlich fiel bei rund 5800 Windkraftanlagen die Online-Fernsteuerung aus. Da die Windräder aber automatisch weiter Strom ins Netz einspeisten, entstand diesmal noch kein Schaden. Trotzdem sind die Behörden nun alarmiert, zumal Deutschland nicht sonderlich gut aufgestellt ist, was die Abwehr von Cyber-Angriffen betrifft. Das zeigte sich beispielsweise bei der Verbreitung der Schadsoftware NotPetya durch die Sandworm-Gruppe 2017 und anlässlich der Aktionen von Ghostwriter im Umfeld der Bundestagswahl 2021.

Warnungen von Bundesbehörden

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) warnte deshalb nun: „Aufgrund erneuter, aktueller Angriffe von Ghostwriter ... ist besondere Vorsicht geboten“, denn die russischen Hacker verfügten „zweifelsohne“ über die Fähigkeit, sowohl kritische Infrastrukturen als auch militärische Einrichtungen und den politischen Betrieb hierzulande „erheblich und nachhaltig zu sabotieren“. Das Bonner Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wiederum vermeldete in seinem aktuellen Sonderlagebericht, laut den Informationen eines „vertrauenswürdigen Partners“ seien schon bald Attacken gegen „Hochwertziele“ in Deutschland möglich.

Die Empfehlungen, wie man sich gegen solche wappnen könne, wirken indes reichlich hilflos und einseitig. So rät der Verfassungsschutz zur Vorsicht beim Öffnen von harmlos erscheinenden Mails von Absenderadressen wie t-online.de@comcast.net. Dadurch könnten die russischen Cyber-Krieger „Daten von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern und sonstigen politischen Zielen erbeuten“ oder Nachrichtenportale übernehmen, um Falschmeldungen zu verbreiten. Zum Vergleich: In den USA bieten die drei großen IT-Sicherheitsunternehmen Cloudflare, CrowdStrike und Ping Identity Unternehmen der kritischen Infrastruktur nun kostenlosen Schutz vor russischen Hackerattacken.

Des Weiteren will Deutschland auch keine Hackbacks durchführen, also Gegenschläge zur Sabotage der Computertechnik von Angreifern. Schließlich heißt es im Koalitionsvertrag der Ampel: „Hackbacks lehnen wir als Mittel der Cyberabwehr grundsätzlich ab.“ Vor diesem Hintergrund dürfte der Ruf von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, man müsse „stärker über Gegenmaßnahmen bei Cyberangriffen nachdenken“, ergebnislos verhallen.

AFD

Ein Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts mit Folgen

Was es für die Partei bedeutet, dass sie nun als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wird

Wirklich überraschend kam das Urteil nicht, auch wenn sich der Vorsitzende der Alternative für Deutschland, Tino Chrupalla, nach der Verkündung verblüfft zeigte. Das Kölner Verwaltungsgericht hat in der vergangenen Woche dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gestattet, die gesamte AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall einzustufen.

Die AfD prüft derzeit, ob sie gegen das Urteil in Berufung geht. Möglicherweise zieht sich der Rechtsstreit bis vor das Bundesverfassungsgericht und damit über Jahre hin. Aber der Schaden ist bereits jetzt immens. So darf die Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten und es dürfen sogenannte Vertrauens-Personen (V-Männer) eingeschleust werden. Für eine Partei, in der das gegenseitige Misstrauen Tradition

hat, ist das ein echtes Problem. Aus der AfD heißt es, nach dem Urteil hätten sich Mitglieder bei der Bundesgeschäftsstelle gemeldet und die Sorge über ihre bürgerliche Existenz geäußert.

Vor allem für Beamte und für Angestellte des öffentlichen Dienstes ist die Situation prekär. Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang schüchterte schon einmal ein: „Sie haben alle einen Eid auf die Verfassung abgelegt. Insofern ist eine Mitgliedschaft in der AfD durchaus kritisch zu sehen, und ich könnte mir vorstellen, dass es jetzt in zahlreichen Fällen Einzelfallprüfungen geben wird, ob diese Personen im Öffentlichen Dienst verbleiben können.“

Der Bundesvorstand der AfD ist derzeit um Schadensbegrenzung bemüht, versuchte die Mitglieder in mehreren

Rundschreiben zu beruhigen. In der Tat ist anders als in den 70er Jahren zu Zeiten des Radikalerlasses die bloße Mitgliedschaft nicht ausreichend für dienstrechtliche Konsequenzen. Heute verlangen die Disziplinargerichte Belege für individuelles Fehlverhalten. Wer bloß zahlendes Mitglied ist, sich ansonsten aber still verhält, der hat eigentlich nichts zu befürchten. Doch die AfD muss sich die Frage stellen, wie sie solch „schlafende“ Mitglieder für einen Wahlkampf aktivieren will.

Und ein weiteres Problem kommt auf die Partei zu. Sie hat überdurchschnittlich viele Jäger in ihren Reihen. Es kann für die Mitglieder künftig schwieriger werden, eine behördliche Waffenerlaubnis zu erhalten. Nach dem jüngst reformierten Waffengesetz muss vor der Erteilung ei-

ner solchen Erlaubnis stets beim Verfassungsschutz nachgefragt werden, ob gegen die Person etwas vorliegt.

Zwar sind die Fraktionen in Bund und Ländern von den behördlichen Überwachungsmaßnahmen ausgenommen – Abgeordnete und deren Mitglieder dürfen nicht als V-Leute angeworben werden –, aber Auswirkungen auf den parlamentarischen Alltag könnte das Urteil trotzdem haben, vor allem, weil die Partei im Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestags sitzt.

„Das kann aber so nicht bleiben. Wenn dieses Urteil letztinstanzlich bestätigt ist, ist das natürlich nicht möglich, dass eine Partei, die als Verdachtsfall eingestuft ist, Mitglied des Kontrollgremiums ist“, sagte deren Vorsitzender Roderich Kiesewetter (CDU). *Peter Entinger*

VERTEIDIGUNG

Politiker fordert „Eisenkuppel“ für Berlin

Florian Hahn (CSU) schlägt Raketenabwehrsystem nach israelischem Vorbild vor

VON NORMAN HANERT

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine treibt hierzulande Entwicklungen an, die vor wenigen Wochen noch als realitätsferne Gedankenspiele gegolten hätten. So hat der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Florian Hahn, nach israelischem Vorbild einen „Iron Dome“ (auf Deutsch: Eisenkuppel) gefordert, um die deutsche Hauptstadt vor russischen Raketen zu schützen. „Wir müssen uns in der Luftverteidigung neu aufstellen. Die russische Exklave Kaliningrad (Königsberg) platzt förmlich vor russischen konventionellen Raketen, die auf die NATO gerichtet sind“, so der CSU-Politiker.

Ob sich Berlin tatsächlich mit einem System nach dem israelischen Vorbild schützen lässt, ist fraglich. Aufgabe von Israels „Eisenkuppel“ ist es vor allem, relativ primitive Kurzstreckenraketen abzufangen, die von Gaza und dem Westjordanland abgeschossen werden. Bei den Raketen handelt es sich meist um Flugkörper, die von der militanten Palästinenserorganisation Hamas und der Miliz „Palästinensischer Islamischer Dschihad“ selbst gefertigt werden. Militärexperten gehen davon aus, dass die Produktionskosten der abgefeuerten Kurzstreckenraketen Marke Eigenbau bei wenigen hundert US-Dollar liegen.

Königsberg „platzt vor Raketen“

Auf der anderen Seite kostet die Abwehr der Raketenangriffe Israel viel Geld. Laut ZDF-Recherchen schlägt jede einzelne Abfangrakete mit etwa 50.000 US-Dollar zu Buche. Israels Militär verschießt bei den Angriffen aus dem Gaza-Gebiet und dem Westjordanland von den mobilen Anlagen teilweise mehrere Raketen gleichzeitig. Auch wegen der hohen Kosten des „Iron Dome“ arbeitet der staatliche Rüstungshersteller Rafael Advanced Defense Systems inzwischen an einem System, das anfliegende Kurzstreckenraketen per Laser ausschalten soll.

Das neue, „Iron Beam“ getaufte Projekt soll allerdings nicht nur die Kosten senken. Israels „Iron Dome“-System hat in mehr als zehn Jahren zwar erfolgreich



Nicht auf dem neuesten Stand: „Patriot“-System der Bundeswehr auf einer Schau in Schönefeld bei Berlin

Foto: SZ photo

mehr als 2500 Geschosse abgefangen. Allerdings liegt die Erfolgsquote trotz regelmäßiger Verbesserungen des Systems nach Angaben des Herstellers Rafael bislang nur bei 90 Prozent. Bei der Vielzahl palästinensischer Angriffe schaffen es damit immer wieder Raketen, den Schutzschirm zu durchdringen.

Berlin müsste zudem nicht vor primitiven Kurzstreckenraketen geschützt werden, sondern vor hochentwickelten Flugkörpern der allerneuesten Generation. Bestätigt ist, dass die russischen Streitkräfte seit 2018 im nördlichen Ostpreußen Iskander-M-Raketen stationiert haben. Diese lassen sich auch atomar bestücken und haben nach offiziellen russischen Angaben eine Reichweite von knapp 480 Kilometern. Die unweit von Insterburg stationierten Raketen können damit Berlin in kürzester Zeit erreichen.

Russland hat inzwischen zudem eine ganz neue Generation von Hyperschallraketen entwickelt, die sich derzeit kaum abfangen lassen. Im Februar wurde bei-

spielsweise berichtet, dass die russische Luftwaffe mehrere MiG-31K in die Region um Königsberg verlegt habe. Dieser Flugzeugtyp ist bislang der einzige, der die Hyperschallrakete „Kinschal“ (zu Deutsch: Dolch) tragen kann. Einmal abgefeuert, fliegt die „Kinschal“ auf ihr Ziel mit bis zu zehnfacher Schallgeschwindigkeit zu. U-Boot-gestützte Raketen der russischen Marine erreichen sogar bis zu 20-fache Schallgeschwindigkeit.

Deutsche „Patriot“ sind veraltet

Wie zahlreiche andere NATO-Armeen arbeitet die Bundeswehr in der Raketenabwehr bislang mit dem System „Patriot“ des US-Herstellers Raytheon. Allerdings gelten die „Patriot“-Systeme der Bundeswehr inzwischen als veraltet. Das Unternehmen hat angeboten, sein Produkt für die Bundeswehr zu erweitern und an neue Bedrohungslagen anzupassen. In Konkurrenz bemüht sich die Airbus-Tochter MBDA bereits seit Jahren, als Ersatz für „Patriot“ ein neues Taktisches Luftvertei-

digungssystem an die Bundeswehr zu liefern. Nachdem der Haushaltsausschuss des Bundestages 2020 für das Projekt lediglich einen geringen Sockelbetrag vorgesehen hatte, galt das Vorhaben jedoch erst einmal als gescheitert.

Mit der Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz, für die Bundeswehr ein „Sondervermögen“ in Höhe von 100 Milliarden Euro bereitzustellen, könnten die Chancen für die MBDA, mit ihrem Angebot zum Zuge zu kommen, wieder gestiegen sein. Tatsächlich warnen Militärexperten, dass die Bundeswehr in der Luft- und Raketenabwehr mittlerweile ein erhebliches Problem habe.

Wie das Beispiel von Israels „Eisenkuppel“ zeigt, würde eine Modernisierung des Abwehrsystems die Gefahr von Raketenangriffen zwar verringern, aber nicht völlig ausschalten können. Im Fall der deutschen Metropole würde bereits eine einzige atomar bestückte Rakete, die den Schutzschirm durchdringt, ausreichen, um die Stadt komplett auszulöschen.

ENERGIEVERSORGUNG

Banger Blick auf den nächsten Winter

„Ohne Denkverbote“: Immer mehr Stimmen plädieren für eine Kurskorrektur bei der Braunkohle

Gas und Erdöl aus Russland sind für Brandenburg die wichtigsten Importgüter. Allein die PCK-Raffinerie in Schwedt verarbeitet pro Tag rund 220.000 Fass (je 159 Liter) russisches Rohöl. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 lag der Tagesverbrauch in Deutschland durchschnittlich bei rund 2,13 Millionen Fass Erdöl.

Die Schwedter Raffinerie versorgt zu 95 Prozent die Länder Berlin und Brandenburg sowie große Regionen östlich von Oder und Neiße mit Benzin, Diesel, Heizöl und Kerosin für die Luftfahrt. Trotz dieser großen Bedeutung russischer Energielieferungen sieht Brandenburgs Wirtschafts- und Energieminister Jörg Steinbach (SPD) die Versorgung auch bei einem kurzfristigen Lieferstopp aus Russland gesichert. Gegenüber dem Sender rbb sagte Steinbach, auch bei einem Ausfall russischer Gas- und Öllieferungen „werden die Lichter nicht ausge-

hen“. Nach Angaben des Ministers hat Deutschland im Ölbereich für 90 Tage Reserven, im Kohlebereich bis Mitte Mai.

Lediglich im Gasbereich sind laut Steinbach die Lager nur zu 26 Prozent gefüllt. Im Fall von Versorgungsschwierigkeiten würde laut dem Wirtschaftsminister zunächst die Bevölkerung mit Energie versorgt und erst danach die freie Wirtschaft. Steinbach warnte jedoch, das werde möglicherweise nicht ohne Engpässe und kurzzeitige Versorgungsunterbrechungen ablaufen.

Abschaltung überdenken

Nicht angesprochen, geschweige denn beantwortet ist damit allerdings die Frage nach der Höhe der Energiekosten. Nach Angaben der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg machen die Preise für Benzin, Diesel und Gas den Firmen, die sehr energieintensiv produzieren wie et-

wa im Maschinenbau oder in der chemischen Industrie, immer mehr zu schaffen.

Besonders hart trifft die derzeitige Situation Spediteure, so Burkhard Rhein, Abteilungsleiter für Energiepolitik der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg. Für die Ernährungsbranche kommen zu den sehr hohen Energiepreisen auch noch steigende Weizenpreise als Belastung.

Der Wissenschaftler Felix Müsgens von der BTU Cottbus-Senftenberg sprach sich angesichts der neuen Lage dafür aus, die Sicherheitsbereitschaft von Kraftwerken zu verlängern. Müsgens, Inhaber eines Lehrstuhls für Energiewirtschaft, stellt den Ausstieg aus der Kohleverstromung nicht grundsätzlich in Frage, er plädiert aber dafür, die Kohle-Ausstiegsszenarien für die Jahre 2030 oder 2038 ohne Denkverbote zu prüfen. Mit Blick auf die Lausitz schlug er ganz konkret vor, die für

den kommenden Oktober geplante Abschaltung des Blocks F im Kohlekraftwerk Jämschwalde auf jeden Fall zu überdenken. Aus Sicht des Lausitzer Energieexperten „ist jetzt der Blick auf den kommenden Winter wichtig“.

Ministerpräsident Dietmar Woidke erklärte im Deutschlandfunk, er sehe in der heimischen Braunkohle eine Möglichkeit, „die Abhängigkeit von importiertem Öl zu nehmen“. Skeptisch zeigte sich Woidke, wie bei einem früheren Ausstieg aus der Braunkohle die Lücke in der Energieversorgung gefüllt werden könne. Laut Woidke müssten dann zusätzliche Gaskraftwerke einspringen: „Wir reden nicht über zwei oder vier, sondern über 50 bis 80.“ Er warnte, die zusätzlichen Gaskraftwerke würden dann die Abhängigkeit Deutschlands von importiertem Gas nochmals zusätzlich erhöhen. *N.H.*

● KOLUMNE

Hauptbahnhof

VON VERA LENGSFELD

Wer jetzt auf Berlins Hauptbahnhof kommt, ist mitten im Ukraine-Konflikt. Die gefühlte absolute Mehrheit sind ukrainische Frauen und Kinder. Wenige ältere Männer darunter. Man sieht, dass die Flüchtlingshilfe eine der letzten gut funktionierenden Institutionen Deutschlands ist. Der ganze Bahnhof wurde mit Absperrbändern gegliedert. Die Menschen werden durch die Korridore geschleust. Schilder weisen darauf hin, wo man zu essen bekommt, wo das Stillzelt ist, wo der Bereich für Kinder, bestens ausgestattet mit Spielzeug, wo man sich registrieren muss oder Gratis-Fahrkarten bekommt.

Zahlreiche Helfer sind emsig dabei, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Nur nachts muss manchmal die Polizei gerufen werden, weil Männer versuchen, Frauen zu überreden, mit ihnen zu kommen. Natürlich lassen sich lange Schlangen nicht vermeiden, besonders an der Fahrkartenausgabe. Ich selbst war nach Nürnberg unterwegs. Meine DB-App hatte mir ein Ticket für etwas über 13 Euro angeboten. Ein Schnäppchen, dem ich nicht widerstehen konnte. Auch die Warnung, dass eine hohe Auslastung erwartet würde, schreckte mich nicht ab. Auf dem Bahnsteig sah ich dann, dass vier Fünftel der Passagiere Ukrainerinnen war. Habe ich deshalb so eine günstige Fahrkarte bekommen? Die Frauen mit ihren Kindern wollten nach Leipzig, wie ich erfuhr. Sie kamen aus Kiew und Odessa, aber mehr war nicht zu erfahren. Sie waren sehr erschöpft und schiefen schnell ein, nachdem ich versprochen hatte, sie in Leipzig zu wecken.

Wie ich später hörte, mussten die Frauen in sächsischen Flüchtlingsunterkünften die ernüchternde Erfahrung machen, dass sie in Heime gesteckt wurden, in denen Syrer, oder was sich dafür ausgegeben hat, wohnten. Flüchtling ist Flüchtling, haben sich die Bürokraten wahrscheinlich gedacht. Das ging nicht gut. Schon am nächsten Tag wollten die Ukrainerinnen nicht mehr bleiben. Man entschloss sich aber stattdessen, die Männer zu verlegen. Anders als die syrischen Männer wollen die meisten Ukrainerinnen so schnell wie möglich in die Heimat zurück.

● MELDUNG

Charité beste Klinik Europas

New York/Berlin – Das amerikanische Magazin „Newsweek“ und das Datenportal Statista haben die Berliner Charité im Rahmen eines Vergleichs der 1000 besten Kliniken der Welt mit dem sechsten Platz bedacht. Damit ist das Haus nach Ansicht von „Newsweek“ und Statista das beste Klinikum Europas. Berlins landeseigene Universitätsklinik lag bereits in den vergangenen Jahren stets unter den ersten Zehn. Im weltweiten Vergleich landete das Karolinska Universitätssjukhuset aus der Region Stockholm auf Rang sieben und das Centre Hospitalier Universitaire Vaudois in der Schweiz auf dem neunten Platz. Den ersten von 250 Plätzen belegte im Jahr 2022 erneut die Mayo Clinic in Rochester, USA. Für die Einstufung griffen „Newsweek“ und Statista unter anderem auf Empfehlungen von Ärzten und Krankenhauspersonal sowie auf Patientenbewertungen zurück. *N.H.*

● MELDUNGEN

Ein zweites Afghanistan?

Berlin – Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten neun Jahren über vier Milliarden Euro für das westafrikanische Land Mali aufgewendet, ohne dass der immer stärker auftrumpfende islamische Extremismus dort hätte eingedämmt werden können. Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der UN-Friedensmission MINUSMA und der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali kostete bislang über zweieinhalb Milliarden Euro. Die zweitgrößte Summe in Höhe von rund 800 Millionen Euro kam aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Weitere 498 Millionen Euro stellte das Auswärtige Amt bereit. Darüber hinaus flossen noch 11,6 beziehungsweise 4,3 Millionen Euro aus dem Etat des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie des Bundesministeriums des Innern und für Heimat. Den Rest der Summe machten Zahlungen an internationale Hilfsorganisationen aus. **W.K.**

Kurilen: Japan zeigt Härte

Tokio – Japans Regierung hat im Jahrzehntelangen Streit mit Russland um die Inselgruppe der Südkurilen seine Gebietsansprüche erneuert. Außenminister Yoshimasa Hayashi bezeichnete die vier Inseln im Pazifik als „festen Bestandteil“ Nippons. Zuvor hatte auch schon Ministerpräsident Fumio Kishida diese Formulierung benutzt. Die japanische Regierung kehrt damit zu einem Sprachgebrauch zurück, den Kishidas Vorgänger Shinzō Abe lange vermieden hatte. Hintergrund der Zurückhaltung war die Hoffnung, im Territorialstreit um die Kurileninseln eine Einigung mit Russland erreichen zu können. Japans Regierung hat alle wirtschaftlichen Kooperationsprojekte mit Russland auf Eis gelegt. Betroffen ist davon auch ein Acht-Punkte-Plan, den 2006 der damalige Premierminister Abe zur Lösung des Territorialstreits vorgelegt hatte. **N.H.**

Appell an US-Präsidenten

Washington – Mehr als achtzig humanitäre Hilfsorganisationen haben in einem Brief an US-Präsident Joe Biden appelliert, einen Erlass zur Beschlagnahme von Geldern der afghanischen Zentralbank zurückzunehmen. Nach Angaben der Organisationen verschlechtert sich die Lage in Afghanistan durch eine Hungersnot hin zu einer humanitären Katastrophe. In dieser Situation könnte die US-Regierung der Bevölkerung am besten helfen, indem sie ihre Sanktionen überprüft und die Beschlagnahme der Gelder rückgängig macht. Der US-Präsident hatte im Februar einen Erlass unterzeichnet, mit dem Guthaben der afghanischen Zentralbank in den USA blockiert und zur Notenbank in New York transferiert werden. Die beschlagnahmten sieben Milliarden US-Dollar will die US-Regierung zur Hälfte für direkte Hilfen für die afghanische Bevölkerung verwenden. Die andere Hälfte will Biden zur Entschädigung von Angehörigen von Opfern der Terroranschläge vom 11. September 2001 heranziehen. **N.H.**

VON ROBERT MÜHLBAUER

Der Krieg im Nachbarland belastet den Wahlkampf in Ungarn. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine herrscht große Nervosität unter den Magyaren, die drei Jahrzehnte nach dem Ende des Ostblocks noch immer an einem sowjetischen Trauma leiden. Sie haben Angst vor den Russen. Und wenige Tage nach dem Angriff kam schon ein massiver Flüchtlingszustrom von mehr als 100.000 Ukrainern ins Land. Für Viktor Orbán könnte Wladimir Putins Krieg die Wahlaussichten zerstören, dachte die Opposition. Der seit 2010 amtierende rechtskonservative Ministerpräsident hatte mehr als andere Putins Nähe gesucht, er hatte für gute politische und geschäftliche Verbindungen plädiert und dafür ultragünstige Erdgas-Lieferverträge zugunsten Ungarns aushandeln können. Nun könnte seine Nähe zum Kreml-Herrn ihm zum Verhängnis werden, hoffte das Oppositionsbündnis um den Herausforderer Péter Márki-Zay. Er machte Orbán als „Kriegstreiber“ dafür verantwortlich, dass die Ukraine kein NATO-Mitglied geworden sei.

Doch neue Umfragen zeigen, dass der Fidesz-Chef nach Ansicht der meisten Ungarn seit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine offenbar den richtigen Ton getroffen hat. Der 58-Jährige hat Putins Krieg verurteilt und sich den EU-Sanktionen angeschlossen. Gleichzeitig will er auf jeden Fall verhindern, dass Ungarn in den Krieg hineingezogen wird. Laut einer Umfrage für die Denkfabrik Századvég stimmen 90 Prozent der Aussage zu, dass es kein wichtigeres Ziel für Ungarn gebe, als sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Orbán gilt als Garant für Stabilität. Auch seine Haltung, keine Waffentransporte durch Ungarn hindurchzulassen, teilen viele.

Ungarn wollen ihre Ruhe

Die Parlamentswahl in Ungarn am 3. April, also in gut zwei Wochen, ist für die ganze EU von hoher symbolischer Bedeutung. In Brüssel drücken sie der Opposition die Daumen; der rechtskonservative Orbán, der sich in der Immigrationskrise 2015 querstellte, ist dort vielen verhasst.

Die Europäische Volkspartei (EVP), der auch die CDU/CSU angehört, hat Orbáns Fidesz vor einem Jahr rausgeworfen. Orbán steht für die Nation, lehnt einen europäischen Superstaat und unkontrollierte Immigration ab. Allein das gilt vielen als Zumutung. Brüssel verweist auf Mängel an Rechtsstaatlichkeit und will deshalb EU-Gelder kürzen.



Wahlwerbung in Budapest: Fidesz verspottet Márki-Zay in Anspielung auf den Kinofilm „Austin Powers“ als „Mini-Feri“

UNGARN

Orbán kann auf Wiederwahl hoffen

Rechtskonservative trotz Ukraine-Krieg vorne – Die Opposition hat sich verheddert

Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Katarina Barley (SPD), nennt Orbán „einen Diktator, auch wenn es sich im Alltag nicht so anfühlt“. Orbáns Kritiker prangern autoritäre Regierungsführung und Korruption an. Aus Sicht der linksliberalen Eliten ist auch die konservative Familienpolitik Ungarns ein Graus, für die Orbáns 44-jährige Ex-Familienministerin Katalin Novák steht, die vergangene Woche zum ersten weiblichen Staatsoberhaupt Ungarns gewählt wurde. Mit diesem Coup, eine junge und kompetente Frau, dreifache Mutter, fünfssprachige Politikerin und dezidierte Konservative, die gegen die Homo-Ehe ist, zu nominieren, hat Orbán wieder Pluspunkte gesammelt.

Mit fünf Prozentpunkten vorne

Die regierende Fidesz liegt im Bündnis mit der kleinen Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) in Umfragen seit mehreren Wochen vorne – im Durchschnitt mit rund 49 Prozent, etwa fünf Punkten mehr als die Opposition. Im Lager der Orbán-Gegner breiten sich Sorgen aus. Noch bis Januar war das bunt zusammengewürfelte ungarische Oppositionsbündnis frohen Mutes. Orbán aus seinem Ministerpräsidentenbüro im Karmeliterkloster auf dem Burgberg von Budapest zu verdrängen. Doch ihre leichte Führung in Umfragen ist seitdem weggeschmolzen.

Sechs Oppositionsparteien hatten sich vergangenes Jahr zusammengeschlossen, um gemeinsame Kandidaten für die 106 Wahlkreise aufzustellen, für die ein Mehrheitswahlrecht gilt (für die anderen 93 Parlamentssitze gilt das Verhältniswahlrecht), was zuvor Fidesz begünstigt hatte. Vor vier Jahren hatte Fidesz mit 49 Prozent der Stimmen eine Zweidrittelmehrheit der Sitze erreicht. Diesmal dürfte es viel knapper werden.

Die „vereinigte Opposition“ ist ein heterogenes Bündnis. Es umfasst Sozialisten, Sozialliberale, Liberale und Grüne bis hin zu Jobbik, die einst wegen Antisemitismus-Skandalen verrufene rechtsextreme Partei. Neuerdings wird sie in Brüssel aber als „Mitte-rechts“ bezeichnet, weil man sie für die Orbán-Ablösung benötigt.

Péter Márki-Zay ist der parteilose Spitzenkandidat der Oppositionsallianz. Der

50 Jahre alte, sympathisch wirkende studierte Wirtschaftsfachmann und Vater von sieben Kindern amtiert seit 2018 als Bürgermeister der knapp 7000 Einwohner zählenden Kleinstadt Hódmezővásárhely. Der gläubige Katholik, der sich als konservativ bezeichnet, soll auch für enttäuschte Fidesz-Wähler attraktiv sein. Doch Fidesz kontert, Márki-Zay sei nur ein Strohmann, eine Marionette der seit der berüchtigten Lügen-Rede von Ferenc Gyurcsány in Ver-ruf geratenen Sozialisten. Gyurcsány, der einstige Ministerpräsident, leitet nun die „Demokratische Koalition“, die stärkste der sechs Oppositionsparteien. Auf Wahlplakaten stellt Fidesz den Herausforderer Márki-Zay als Zwerg, als „Mini-Feri“ dar.

Fidesz hat im Wahlkampf eine Fülle an sozialpolitischen Versprechen gemacht. Die Inflation will Orbáns Partei mit Preis-

Laut Umfragen hat Orbán nach Ansicht der meisten Ungarn im Ukraine-Krieg den richtigen Ton getroffen

kontrollen und eingefrorenen Spritpreisen mildern. Für Familien gibt es einen Steuerbonus. Márki-Zay hat sich dagegen einige Schnitzer geleistet. Nicht nur bezeichnete er Fidesz-Wähler als „behindert“, er spekulierte auch über „Juden“ in der Regierungspartei. Sein eigenes Bündnis bezeichnete er vor laufender Kamera als Allianz von „Liberalen, Kommunisten, Konservativen und Faschisten“ – „wo jeder seine eigene Weltsicht haben kann“. Diese Rede sorgte auch bei sympathisierenden Beobachtern für Stirnrunzeln. Obwohl Márki-Zay frischen Wind bringen soll, liegt er laut Umfragen im Popularitätsranking deutlich hinter Orbán. Auch wenn der Wahlausgang diesmal deutlich knapper als 2018 werden dürfte, haben Orbáns Konservative doch gute Chancen auf eine Wiederwahl.

GROSSBRITANNIEN

Der Ukraine-Krieg hat Johnson gerettet

Niemand spricht mehr über „Partygate“ – Der britische Premier ist nun außenpolitisch gefordert

Noch vor vier Wochen erschien es extrem zweifelhaft, dass Boris Johnson das sogenannte „Partygate“ politisch überleben würde. Wütende Rücktrittsforderungen prasselten auf den britischen Premierminister ein, nachdem immer mehr Geschichten über vermutliche Lockdown-Verstöße in der Downing Street 10 bekannt wurden. Inzwischen interessiert sich kaum noch jemand dafür.

Der Ukrainekrieg hat eine weltpolitische Wende gebracht und alles andere in den Hintergrund gerückt. Johnson ist nun außenpolitisch an vorderer westlicher Front dabei. Pro Tag führt er ein, zwei oder drei Telefonate mit anderen Staats- und Regierungschefs, mit US-Präsident Joe Biden, mit Emmanuel Macron und Olaf Scholz, mit den Skandinavien und Balten. Mit dem Kiewer Präsidenten Selenskyj telefonierte er mitten in der Nacht. Massive Finanz- und Wirtschaftssanktionen gegen Russland sollen dazu beitragen, „dass Putin scheitert“, so Johnson.

Das Vereinigte Königreich hat der Ukraine Waffen zur Verfügung gestellt. Schon vor der russischen Invasion hatten die Briten rund 2000 Panzerabwehrraketen geliefert, bis Mitte März transportierten sie weitere 1650 an die ukrainische Grenze. Außerdem lieferten sie kleinere Feuerwaffen, Schutzausrüstungen und Medikamente, teilte Verteidigungsminister Ben Wallace mit. Zudem haben die Briten mehr Truppen in baltische NATO-Staaten und nach Osteuropa verlegt. London betont, dass der britische Auslandsgeheimdienst MI6 zu den ersten gehörte, der vor Wladimir Putins Truppeneinsatz gewarnt habe. Johnson beansprucht, dass Großbritannien – gerade nach dem Brexit – eine außenpolitische Führungsrolle im Westen einnehme.

Die Opposition hat ihre Angriffe auf Johnson wegen der „Partygate“-Affäre fast vollständig eingestellt. Labour-Chef Keir Starmer wollte nicht einmal mehr seine Rücktrittsforderung wiederholen.

Einige Tory-Abgeordnete, etwa der schottische Regionalchef Douglas Ross, haben ihre Briefe zurückgezogen, mit denen sie zuvor ein Misstrauensvotum gegen Johnson in Gang setzen wollten. „Mitten in einer internationalen Krise ist nicht die Zeit, um über Rücktritte zu diskutieren“, sagte Ross. Das werde jetzt alles auf Pause gestellt.

Wenn es derzeit Kritik an der Regierung Johnson gibt, dann richtet sie sich zum Beispiel gegen die zu langsame Vergabe von Visa für Kriegsflüchtlinge. Während Polen schon mehr als eine Million und andere Mitteleuropäer Hunderttausende Flüchtlinge aus der Ukraine genommen haben, hat Großbritannien bislang nur für etwas mehr als 3000 Visa für Familienzusammenführungen ausgegeben. Eine totale Öffnung der Grenze wird es mit Innenministerin Priti Patel aber nicht geben.

Kritisiert wurde von Labour auch, dass die Londoner Regierung die russischen Oligarchen in London mit Samt-

handschuhen angefasst habe. Diese Kritik ist allerdings verstummt, seit die Johnson-Regierung sogar Roman Abramowitsch, den berühmtesten aller russischen Milliardäre in London und Besitzer des FC Chelsea, mit einem Sanktionsbann belegt hat. Sein gesamtes Vermögen in Großbritannien wurde eingefroren. Johnsons Regierung hat damit signalisiert, dass sie hart durchgreifen will.

Durch den Ukrainekrieg hat Johnson eine Rolle gefunden, die er vermutlich an seinem Idol Winston Churchill misst. Von dessen historischer Statur ist er wohl noch weit entfernt, aber der Druck von außen schweißt im Inneren zusammen. Wie lange der Burgfrieden hält, ist ungewiss. In ein paar Wochen wird die Metropolitan Police ihren Bericht über die Partys in Downing Street vorlegen. Dann könnte Johnson eine Geldstrafe drohen. Eher unwahrscheinlich ist, dass es deswegen zur großen parteiinternen Revolte kommen wird. **Claudia Hansen**

VON KONRAD BADENHEUER

Der Krieg in der Ukraine hat massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Währung. Dass die Notenbank in der jetzigen Lage Zinserhöhung scheut, ist verständlich. Und doch brachte die letzte Sitzung des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB) eine faustdicke Überraschung.

Für die Notenbank ist es ein Dilemma: Einerseits lässt der Krieg die Energiepreise durch die Decke gehen, auch Lebensmittel und Metalle werden teurer – deswegen müssten eigentlich die Zinsen angehoben und die Anleihenkäufe gestoppt werden. Andererseits versetzt der Krieg der Wirtschaft einen Schlag: Die Sanktionen treffen viele Firmen hart, Verbraucher und Unternehmen halten sich mit Konsum und Investitionen zurück, da sind Zinserhöhungen Gift. Die EZB hat mit einem Kompromiss reagiert: Die umstrittenen Anleihenkäufe werden bis Juni beendet, aber die Leitzinsen bleiben auf ihrem bisherigen Niveau, also bei plus/minus Null. Außerdem behält sich die EZB vor, je nach Entwicklung der Lage auch nach Juni noch Anleihen aufzukaufen.

Die EZB ignoriert Zusammenhang

Bis zu diesem Punkt war das alles keine Überraschung. Diese kam dann aber doch, und zwar in Form der Inflationsprognose von EZB-Chefin Christine Lagarde. Sie gab zwar zu, dass die EZB ihre diesbezügliche Prognose nach oben korrigieren müsse. Nach dem Anstieg der Inflationsrate von November bis Januar von 5,1 auf 5,8 Prozent erwartet die EZB nun für das Gesamtjahr 2022 eine Geldentwertung von 5,1 Prozent. Aber schon 2023 soll die Inflation wie von Zauberhand wieder auf 2,1 Prozent sinken, und 2024 sollen es nur noch 1,9 Prozent sein. Ja, wenn das so käme, dann lägen wir wieder punktgenau bei den „durchschnittlich zwei Prozent“, welche die EZB nun als ihr Inflationsziel verfolgt.

Aber wie wahrscheinlich ist das? Als genauester Frühindikator für die Verbraucherpreise gelten die Großhandelspreise. Und die sind von Dezember bis Januar in Deutschland mit Jahresraten von stets über 16 Prozent gestiegen, der Wert für den Februar liegt noch nicht vor. Logischerweise können die Verbraucherpreise auf Dauer kaum langsamer steigen als die Großhandelspreise, sonst ginge der Einzelhandel pleite. Für „Euroland“ als Ganzes werden die Großhandelspreise nicht ermittelt, allerdings die Erzeugerpreise, die ebenfalls Vorhersagen erlauben. Diese sind von November bis Januar mit jährlichen



Die Presse gab sich handzahn: EZB-Präsidentin Christine Lagarde mit ihrem Vize, Luis de Guindos (l.), und ihrem Generaldirektor Kommunikation, Wolfgang Proissl, auf der Pressekonferenz ihres Hauses am 10. März in Frankfurt am Main

INFLATION

„Dies kann von Nachteil sein“

Verblüffender Optimismus der Europäischen Zentralbank. Selbst viele Experten übersehen den Elefanten im Zimmer

Raten von 23,7, 26,2 und schließlich 30,6 Prozent angestiegen – wiederum alles vor Beginn des Krieges.

Es bleibt das Geheimnis der EZB, wie in dieser Lage die Inflation nicht scharf ansteigen, sondern bis Jahresende sogar auf 5,1 Prozent sinken soll. Und man sollte meinen, dieser Punkt wäre in der Pressekonferenz nach der Sitzung von den zugeschalteten Journalisten aufs Korn genommen worden. Das war aber nicht der Fall. Ausgeklügelte Fragen zu Details der Notenbankpolitik wurden gestellt, aber der Elefant im Zimmer blieb unbeachtet.

Die Presse lässt das durchgehen

Dabei verwundert nicht nur die Inflationsprognose vom 10. März. Vielmehr stellt die EZB inzwischen keinerlei Zusammenhang mehr her zwischen den zuletzt immer schneller steigenden Preisen und der massiven Aufblähung der Euro-Geldmenge insbesondere seit dem Jahr 2015. Man könnte diesen Zusammenhang

vielleicht herunterspielen, aber ihn komplett auszublenden, das ist schon etwas anderes. Keinem der Journalisten war es eine Frage wert.

Leise Kritik der Wirtschaftsweisen

Eine etwas gewundene Äußerung von Christine Lagarde hat die *Preußische Allgemeine* am 3. Dezember so interpretiert, dass die Währungshüter inzwischen womöglich der Ansicht seien, sie könnten die Geldmenge auch langfristig schneller wachsen lassen als das Güterangebot, ohne dass die Preise steigen. Das war eigentlich als Witz gedacht. Inzwischen ist klar, dass genau diese Denkweise tatsächlich das Handeln der EZB bestimmt. Die breite Öffentlichkeit – und sogar die Fachöffentlichkeit im Finanzbereich – hat diesen offenbar im Frühjahr oder Sommer 2021 vollzogenen Paradigmenwechsel schlicht ignoriert. Immerhin, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftli-

chen Entwicklung hat den Vorgang in seinem Jahresgutachten vom November an versteckter Stelle thematisiert und sehr vorsichtig dazu Stellung genommen. In Ziffer 167 (S. 142) ihres dicken Werkes schreiben die „fünf Wirtschaftsweisen“: „Mit Aufgabe der Zwei-Säulen-Strategie wird die bisher sehr prominente Gegenprüfung der Inflationsprognose durch die monetäre Analyse mit längerfristigen Trends des Geldmengenwachstums nicht mehr stattfinden oder stark in den Hintergrund rücken. Dies kann ... von Nachteil sein ...“

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, zu erklären, worin die bisherige Zwei-Säulen-Strategie der EZB bestanden hat. Aber man kann den Satz in Klartext übersetzen: Die EZB mit ihrem Chefvolkswirt Philip R. Lane sieht auch längerfristig keinen Zusammenhang mehr zwischen Geldmengenwachstum und Geldentwertung. In der Tat, das kann von Nachteil sein.

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

China schießt nach Russlands Energiekonzernen

Nach Abkehr westlicher Firmen – Moskaus einzige Option bleibt die Konzentration auf den Osten

War der Westen in den vergangenen 20 bis 30 Jahren der größte Handelspartner Russlands, so scheint diese einst positive Entwicklung durch Putins Angriff auf die Ukraine wie weggewischt. Immer mehr europäische und US-Firmen ziehen sich aus Russland zurück. In seiner Isolation bleibt Moskau nur noch China als verlässlicher Handelspartner.

China ist ein großer Abnehmer für russisches Öl, Gas und Nutzholz. Die beiden autoritär geführten Regime, deren Länder eine 4000 Kilometer lange Grenze teilt, haben noch kurz vor Beginn der russischen „militärischen Sonderoperation“ in der Ukraine ihre Freundschaft betont. In den vergangenen fünf Jahren hat China seine Energieeinkäufe auf fast 60 Milliarden US-Dollar verdoppelt, die China National Petroleum Corporation hält

20 Prozent an der Jamal-LNG-Flüssiggasanlage sowie zehn Prozent an „Arctic LNG2“.

Fraglich ist, ob die propagierte Partnerschaft mit China für Russland auf Dauer vorteilhaft ist. Derzeit verhält das Reich der Mitte sich gegenüber seinem Partner nicht eindeutig freundschaftlich: So sollen Technologiekonzerne den Export von Mobiltelefonen und Computern nach Russland stark eingeschränkt haben und sich weigern, dringend benötigte Teile für den Flugzeugbau zu liefern. Chinesische Banken haben es zudem abgelehnt, als Vermittler für die Durchführung internationaler Öl- und Gaskäufe aufzutreten.

Wenn der Handel mit dem Westen wegen des Krieges total zum Erliegen kommen sollte, wird Russland aber mehr denn je darauf angewiesen sein, technische Ge-

räte wie Computer und Haushaltstechnik, Mikrochips, Autos sowie Nahrungsmittel, Kleidung und ähnliches aus China zu importieren und so in eine gefährliche Abhängigkeit vom Nachbarn zu geraten, der eine neue Weltordnung mit Russland als Juniorpartner anstreben könnte.

Peking kennt keine Freunde

Die Gefahr für Russland besteht darin, dass China keine Freunde kennt, sondern nur Interessen hat, wie es ein Beobachter dieser Tage ausdrückte. Laut der Agentur Bloomberg interessieren sich chinesische Investoren bereits für den Kauf oder die Erhöhung ihrer Anteile an russischen Energie- und Rohstoffunternehmen, darunter fallen auch Gazprom und Rusal. Jedes dieser Geschäfte zielt darauf ab, den Import Chinas zu erhöhen sowie dessen

Energie- und Nahrungsmittelsicherheit zu konsolidieren. Denn auch China leidet unter der Situation in der Ukraine. Die Preise für Energie, Metall und Nahrungsmittel schießen in die Höhe.

Sollte sich das Embargo des Westens auf den russischen Ölsektor ausweiten, würde Russland die Haupteinnahmequelle wegbrechen. Im vergangenen Jahr betrug das Gesamthandelsvolumen mit der EU noch 240 Milliarden US-Dollar. Die EU war Russlands wichtigster Handelspartner. China kann die prekäre Lage seines Nachbarn ausnutzen, um Anteile russischer Unternehmen unter Preis zu kaufen. Liegt die russische Wirtschaft am Boden, hat Peking die Möglichkeit, nicht nur die Preise, sondern auch die Politik zu diktieren, so die Befürchtung russischer Fachleute. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Polen fehlen Gastarbeiter

Warschau – Durch den Krieg in der Ukraine nimmt der Arbeitskräftemangel in der polnischen Wirtschaft zu. Laut polnischen Schätzungen sind während der ersten Kriegswoche aus Polen allein aus der Bauwirtschaft 100.000 ukrainische Arbeiter in ihre Heimat zurückgekehrt. Personalprobleme durch das Fehlen von ukrainischen Fahrern melden auch polnische Speditionen. Vor dem Ukrainekrieg lebten bis zu anderthalb Millionen Ukrainer als Gastarbeiter in Polen. Etwa 600.000 von ihnen waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Ukrainer deckten in der polnischen Wirtschaft häufig den Personalbedarf ab, der seit der EU-Osterweiterung durch die Abwanderung von Polen in westliche Länder entstanden ist. Parallel zur Rückkehr ukrainischer Männer in ihr Heimatland sind in Gegenrichtung inzwischen mehr als 700.000 Flüchtlinge, meist Frauen und Kinder, von der Ukraine nach Polen geflohen.

N.H.

„Es droht eine Insolvenzelle“

Berlin – „Es droht eine Insolvenzelle im deutschen Transportlogistikgewerbe“, sagte Dirk Engelhardt, der Vorstandssprecher des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL). „Dann wäre die Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft in Gefahr.“ Aufgrund der stark steigenden Dieselpreise sei die Belastungsgrenze für viele der Unternehmen in Deutschland bereits erreicht. Zwar gäbe es sogenannte Absicherungsverträge, doch die würden erst nach Monaten greifen, sagte Engelhardt. In normalen Zeiten mache der Treibstoff ein Viertel der Betriebskosten aus, nun sei der Anteil aber deutlich höher. Um eine Pleitewelle zu verhindern, forderte der BGL-Vorstandssprecher umgehend die Einführung eines „Gewerbediesels“, sprich eine Reduzierung der Mineralölsteuer für Gewerbetreibende.

P.E.

Engpässe im Einzelhandel

München – Die Lieferprobleme im deutschen Einzelhandel haben sich nach einer Umfrage des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung im Februar wieder verstärkt. Wie das Institut mitteilte, gaben 76,3 Prozent der Einzelhändler im Februar an, nicht alle bestellten Waren geliefert bekommen zu haben. Im Januar hatte der Anteil noch bei 57,1 Prozent gelegen. Stark zugenommen haben die Versorgungsengpässe bei den Supermärkten. Hier stieg der Anteil auf 60,5 Prozent im Februar von 18,4 Prozent im Vormonat. „Die Entspannung im Januar war nicht nachhaltig“, so Klaus Wohlrabe, der Leiter der ifo-Umfragen. Dieser sagte: „Vereinzelte Lücken in den Regalen bleiben somit vorerst bestehen.“ Nach Einschätzung Wohlrabes haben sich die Aussichten für den Handel mit Blick auf die Lockerungen der COVID-Einschränkungen verbessert: „Auf der anderen Seite belasten die Lieferengpässe und die Inflation die Lage.“

N.H.

KOMMENTARE

Löst die Bremse!

HANS HECKEL

Was zu erwarten war: Wie schon unter dem Eindruck der Corona-Krise versuchen geschickte Strategen, auch den Ukraine-Krieg zu ihrem Vorteil zu nutzen. Frankreich und Italien sehen in der Bedrohung offenkundig die Chance gekommen, ihre Pläne zu immer mehr EU-weiter Gemeinschaftsverschuldung zu verwirklichen.

Deutschland droht dadurch in mehrfacher Hinsicht Opfer seiner eigenen Politik und Propaganda zu werden. Die Propaganda bestand darin, dass deutsche Politiker die deutschen Wähler immerfort mit der Erzählung zu ködern versucht haben, dass „Deutschland doch am meisten von der EU profitiert“. Diese Behauptung wird von unseren Partnerländern natürlich gern aufgenommen, um von den Deutschen als vermeintlichen Hauptprofiteuren immer neue Opfer zu verlangen.

Des Weiteren fällt den Deutschen ihre eigene Haushaltsführung auf die Füße. Mit der höchsten Steuer- und Abgabenquote aller großen Industrienatio-

nen saugt der deutsche Fiskus seine Bürger aus, damit er um jeden Preis die Staatsverschuldung niedrig halten kann. Auch der derzeitige Finanzminister Christian Lindner verteidigt die „Schuldenbremse“ mit Zähnen und Klauen.

Der Haken: Ungleich höher verschuldete Länder wie Frankreich oder Italien sehen den relativ ausgeglichenen Bundeshaushalt als Möglichkeit, den Deutschen noch höhere Gemeinschaftslasten aufzubürden. Nach dem Motto „Jeder nach seinen Möglichkeiten“ wird Deutschland damit für seine Schuldenaversion bestraft.

Die EU funktioniert letztlich wie eine schlampige Wohngemeinschaft, in welcher die einen stets den Kühlschrank füllen und sich selbst nur wenig gönnen, während andere laufend prassen und sich bedienen. Der einzige Ausweg: weg mit der Schuldenbremse, runter mit den deutschen Steuern und Abgaben auf EU-Durchschnittsniveau! Die Erkenntnis ist bitter und widerspricht aller klassischen, verantwortungsvollen Haushaltsethik. Aber in dieser EU ist der Sparsame der Dumme.

Wer stürzt Putin?

RENÉ NEHRING

Seit Ausbruch des Ukraine-Krieges fragt sich die Welt, wie man ihn wieder beenden kann. Die Schlüsselfigur in diesem Drama ist zweifellos Präsident Wladimir Putin, und zwar nicht nur, weil es sein persönlicher Krieg ist, über dessen Ausbruch offenkundig selbst engste Vertraute vorab nicht eingeweiht wurden, sondern auch, weil die Verfassung der Russländischen Föderation dem Staatsoberhaupt nahezu uneingeschränkte Vollmachten für sein Handeln gibt. So bestimmen die Artikel 80 ff. den Präsidenten nicht nur zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte, sie ermöglichen ihm auch, jederzeit „Maßnahmen zum Schutz der Souveränität der Russländischen Föderation sowie ihrer Unabhängigkeit und staatlichen Integrität“ zu erlassen, einschließlich des Ausnahmezustands.

Sicher scheint, dass es mit Putin kaum zu einer Verhandlungslösung zwischen Moskau und Kiew kommen wird.

Vielmehr zeigen die Bombardements auf ukrainische Städte in den vergangenen Tagen, dass der Präsident trotz des Stokkens seiner Angriffe keineswegs zur Umkehr bereit ist, und stattdessen keine Skrupel hat, auch Zivilisten anzugreifen.

Da Putin kein Einlenken zeigt und gemäß der Verfassung niemand die Kompetenz hat, dem Präsidenten auf offener Bühne in die Parade zu fahren, bleibt vermutlich nur eine Palastrevolution. Diese erscheint jedoch unwahrscheinlich – zumindest solange, wie die Leute in Putins Umfeld keine Aussicht auf Gnade durch den Westen haben.

Ganz anders wäre die Situation, wenn potentielle Putschisten aus dem Westen das Angebot erhielten, im Falle einer Kooperation ihre Jachten, Villen und Bankkonten behalten zu dürfen. Wenn sie die Wahl haben zwischen einem Untergang an der Seite Putins oder einem Fortgang des alten Lebens ohne ihn, könnte manche bisherige Stütze des Regimes schwach werden.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtsstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Noch immer mehr als nur ein x-beliebiger Buchstabe: Das „C“ im Namen der Christdemokraten Foto: pro imago/photothek

KOLUMNE

Was für das „C“ spricht

FLORIAN STUMFALL

Auch nach der Ära Merkel scheint es in weiten Teilen der CDU das Bedürfnis zu geben, alle noch verbliebenen kennzeichnenden Merkmale der Partei zu tilgen und weiter in einem bunten Taumel der Beliebigkeit zu versinken. Zeitgeist anstelle von Überzeugung, Angleichung anstatt Treue und die lustvolle Hingabe einer Tradition an die Unwägbarkeit der Kapriolen zeitgemäßen Schwachsinn – das scheint dort zu herrschen, wo es früher einmal Richtschnur und Regelwerk gegeben hat. Die Entwicklung des Zuspruchs der Wähler gibt Zeugnis davon. Man ist versucht zu sagen: Gut, viel geht da nicht mehr zugrunde, bei dieser ausgehöhlten und kraftlosen Gruppierung, daher ist der Schaden nicht sehr groß.

Doch eine neue parteiinterne Bewegung lässt aufhorchen, auch wenn man meint, den Abschluss des geistigen Niedergangs schon erlebt und erlitten zu haben. Innerhalb der CDU werden Stimmen laut, welche die Abschaffung des „C“ im Parteinamen fordern. Das wäre also der endgültige Abschied von den eigenen Wurzeln und dem Anspruch, bürgerlichen Wählern in Deutschland eine politische Heimstatt zu bieten. Diese Forderung kann aufstellen, wer die Partei endgültig schrumpfen lassen will, bis ihre Größe im taktischen Kalkül der Kräfte zu vernachlässigen ist. Oder aber, wer immer danach ruft, hat nie begriffen, was der Sinn ist, der dieser Namensgebung zugrunde liegt, und welche Weltsicht diese darstellt. Es ist also an der Zeit, an den Urgrund zu erinnern – denen, die ihn ablehnen, zum Vorwurf, allen, die darauf gebaut hatten, zum schmerzlichen Trost.

Christliches Menschenbild

Das Bekenntnis zu christlichen Grundsätzen in der Politik bedeutet zweierlei: die Anerkennung des christlichen Menschenbildes, profan auch das empirische genannt, und, zweitens, die Befolgung der christlichen Ethik im Handeln, so wie sie in den Zehn Geboten zusammengefasst ist. Was es nicht bedeutet, sind Forderungen an den einzelnen Parteigänger in dem Sinne, dass von ihm persönliche Frömmigkeit verlangt würde oder auch nur, dass er einer Kirche angehöre. Deshalb gibt es auch keine „christliche Politik“ – eine grundsätzliche Unterscheidung zum Islam übrigens.

Was also die empirische Anthropologie angeht, so beschreibt sie den Menschen als ein, wie Nicolai Hartmann gesagt hat, „spezialisiertes Mängelwesen“. In unserm Zusammenhang ist dabei unerheblich, dass sich Mängel des Menschen etwa darin zeigen, dass er ohne Maschine nicht fliegen kann, sondern in seiner geistigen wie ethischen Fehlerhaftigkeit. Die Empirie zeigt, dass jeder Mensch diesen Einschränkungen unterliegt.

Auf die Politik bezogen bedeutet das die Einsicht, dass man mit fehlerhaften Menschen keinen fehlerlosen Staat organi-

siert. Wer dem empirischen, also christlichen Menschenbild anhängt, ist bereits im Ansatz gegen derlei schreckliche Irrwege gefeit. Die Überzeugung nämlich lautet: Auf empirischem Weg ist zu erkennen, dass alle Menschen fehlerhaft sind, und das christliche Element liefert dazu die Erklärung: Der Mensch ist ein Geschöpf und er ist nicht vollkommen erschaffen, denn die Vollkommenheit liegt bei Gott.

Christliche Ethik

Das zweite Momentum, wozu das „C“ in einem Parteinamen verpflichtet, ist die christliche Ethik. Diese ist weitaus gründlicher in das europäische Geistesleben eingedrungen als die Anthropologie, die sich aus derselben Quelle speist. Sie prägt in bestimmendem Umfang alle Rechtskörper europäischer oder europäisch geprägter Staaten, vor allem im Strafrecht. Die Übereinstimmung ist so groß, dass das Herkommen der Rechtsauffassung aus dem Dekalog weitgehend vergessen ist. Die Prägung ist so unbestritten geworden, dass es auch für Atheisten im Normalfall selbstverständlich ist, Normen anzuerkennen, deren christlicher Ursprung längst vergessen sein mag.

Dies also ist das geistige Erbe, auf das sich zu berufen für manche Leute in der CDU überflüssig und störend geworden zu sein scheint. Unklar bleibt indes, was sie bei Ausmerzung des „C“ an dessen Stelle setzen wollen. Jede Partei braucht einen ethischen Kern. Wer diesen also wegwirft, steht vor dem Problem, ob er sich bei anderen Anleihen nehmen oder etwas ganz Neues erfinden will. Dies dürfte außerordentlich schwierig sein, zumal ein solcher geistiger Neuerwerb auch noch auf die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder angewiesen wäre.

So dürfte die CDU im Bedarfsfall das tun, was sie bisher schon getan hat, nämlich auf dem Markt der politischen Moden zum Einkaufen gehen und Dinge anzusammeln, von denen sie glaubt, dass sie dem Publikum gefallen. Die Folgen aus einem solchen Geschäftsmodell sind auch schon bekannt: geistige Auszehrung, schwindende Kraft und der Verlust nicht nur von Mehrheiten, sondern ebenso der Fähigkeit, überhaupt eine eigene Politik zu treiben.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Zerbombte Kultur-Brücke

Der Kollateralschaden des Kriegs in der Ukraine trifft auch die Kunst – Der hysterische Russland-Boycott des Westens

VON HARALD TEWS

Es gibt diese US-Serie aus den späten 60er Jahren, „Hogan’s Heroes“, deren Schauplatz ein fiktives deutschen Kriegsgefangenenlager des Zweiten Weltkriegs ist. In der Sitcom, die unter dem Titel „Ein Käfig voller Helden“ gelegentlich noch im deutschen Fernsehen zu sehen ist, werden die deutschen Gefangenenwärter durchweg als Volltrottel dargestellt. Gespielt werden die NS-Schergen des deutschen Akzents wegen ausgerechnet von jüdischen deutschen Schauspielern, die vor Hitler ins amerikanische Exil gegangen sind.

Ähnlich paradox dürfte die Kulturindustrie demnächst auf das neue Feindbild reagieren. Nachdem die Deutschen als Bösewichte ausgedient haben, wird man sich auf die Russen stürzen, dann im Film gespielt von ihren Gegnern: den massenhaft aus dem Kriegsgebiet flüchtenden, russisch sprechenden Ukrainern. Denn klar ist: Russische Künstler werden im Westen so schnell kein Engagement erhalten, nicht beim Film, auf der Bühne, bei Literaturmessen und Ausstellungen. Der hysterische Russland-Boycott nimmt wegen des Angriffskriegs auf die Ukraine in der Kultur totale Züge an.

Wer sich nicht wie Kirill Petrenko, russischer Chefdirigent der Berliner Philharmoniker, mit der Ukraine solidarisiert – er sprach vom „heimtückischen und völkerrechtswidrigen Angriff Putins“ –, wird ausgemustert. Bekanntester Fall ist der Putin-nahe Moskauer Dirigent Waleri Gergijew, dem die Leitung der Münchner Philharmoniker aufgekündigt wurde, weil er sich nicht vom russischen Einmarsch in die Ukraine distanzierte, was der Münchener OB Dieter Reiter (SPD) per Ultimatum vom ihm gefordert hatte.

Gergijew hatte sich jedoch zuvor nirgends für den Krieg ausgesprochen. Es reicht, Russe zu sein, um in diesen Tagen einer Gesinnungsprüfung unterzogen zu werden. Das bekam auch die Sopranistin



Personae non gratae: Der Dirigent Waleri Gergijew (l.) und die Sopranistin Anna Netrebko sind im Westen aktuell unerwünscht

Anna Netrebko zu spüren. Der Weltstar mit russischem und österreichischem Pass zieht sich „bis auf Weiteres“ vom Konzertleben zurück und hat bereits Auftritte in der Hamburger Elbphilharmonie und an der Mailänder Scala abgesagt. Mit dem Hinweis, selbst unpolitisch zu sein, kritisierte sie, „Künstler oder irgendeine öffentliche Person zu zwingen, ihre politischen Ansichten öffentlich zu machen und ihr Vaterland zu beschimpfen“.

Tatsächlich ist die Gefahr groß, dass Künstler wieder nach ihrer „korrekten“ politischen Gesinnung beurteilt werden. Gab es das nicht schon im Zweiten Weltkrieg? Ein Thomas Mann war wegen seiner Radioansprachen gegen Hitler bei den Alliierten ein gefeierter Held; ein Gerhart Hauptmann, dessen Naturalismus sich mit dem Nationalsozialismus dagegen

wie Feuer mit Eis vertrug, blieb verfemt, weil er sich gegen das Exil entschied.

Gesinnungsprüfung für Künstler

Das politische Schweigen von Künstlern der Inneren Emigration wie Erich Kästner oder Ernst Wiechert war damals auch eine Art Selbsterhaltungstrieb, welchen man jetzt auch den Russen zuerkennen sollte. So wies der Salzburger Festspielintendant Markus Hinterhäuser darauf hin, dass es wegen der politischen Repression in Russland falsch sei, allen Menschen mit russischem Pass Stellungnahmen abzuverlangen, die sie kaum geben könnten: „Das hat nichts mit einer Art von Putin-Hörigkeit zu tun. Das kann auch die nackte Überlebensangst sein.“

Der Philosoph Julian Nida-Rümelin, Mitglied des Deutschen Ethikrats, ging

noch einen Schritt weiter und warnte vor einer „Gesinnungsprüfung“ für Künstler wie in den USA in der McCarthy-Ära der 1950er Jahre. Die westliche Kultur war zuletzt durch die Cancel-Culture, mit der eine „woke“ akademische Minderheit die Dominanz der „weißen Kultur“ brechen will, bereits auf dem besten Wege dahin.

Jetzt wird die russische Kultur auf eine Weise „gecancelt“, also gestrichen, dass es absurde Züge annimmt. So hat man Musorgskis Zarenoper „Boris Godunow“ in Warschau wegen moralischer Bedenken vom Programm genommen, obwohl kein russischer Darsteller darin mitwirkt, den man wegen Kollektivschuld hätte anprangern können. Selbst der im 19. Jahrhundert lebende Dostojewski kam in Mailand in den Verdacht eines „Putin-Versteher“, weshalb ihn die dortige Universität aus

dem Lehrplan nahm. Doch man kennt das: Richard Wagner musste posthum ja auch schon für Hitlers Verbrechen büßen.

Die Russen aber trifft der Kunst-Boycott des Westens hart, denn seit Puschkin ist russische Kunst ein Exportschlager. Aber kann man sich noch entspannt eine Tschaikowsky-Sinfonie anhören, ohne an den Krieg und das Leid der Menschen in der Ukraine zu denken? Das Berliner Rundfunk-Sinfonieorchester sagte nein und ersetzte vor einer Aufführung ein sinfonisches Werk des Russen durch das eines Ukrainers. Ebenso ist das Bolschoi in London und Madrid mit seinen unschuldigen Balletten nicht mehr willkommen.

Der Kollateralschaden des Krieges trifft aber auch die Literaten und bildende Künstler, haben doch sowohl die Frankfurter Buchmesse als auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz sämtliche Kooperationen mit Russland abgebrochen.

Dabei muss man aufpassen, dass man sich nicht ins eigene Fleisch schneidet. Wenn große Hollywood-Studios wie Disney, Warner Bros. oder Sony darauf verzichten, neue Kinoproduktionen in Russland zu zeigen, dann mag der Einnahmeverlust für diese Megakonzerne verschmerzbar sein. Kommt aber die Retourkutsche aus Moskau und werden demnächst westliche Künstler nicht mehr eingeladen, dann kann das zu einem unermesslichen kulturellen Schaden führen. Kunst baut schließlich auch Brücken in die Zukunft, und man sollte die Brücke nach Russland nicht einstürzen lassen.

Absehbar ist indes, dass im Rahmen von Solidaritätsbekundungen viele Brücken in die Ukraine gebaut werden. Schon jetzt tauchen Namen von ukrainischen Literaten auf, die man unbedingt lesen müsse: Jurij Andruchowytch, Oksana Sabuschko oder ein gewisser Serhij Schadan, dem „Heinrich Böll und Günter Grass der Ukraine“. Man kann eine Wette darauf abschließen: Der nächste Literaturnobelpreis geht in die Ukraine und der nächste Film-Oscar an einen Ukraine-Flüchtling.

LITERATUR

Neues von den Grimms und anderen Klassikern

Die Staatsbibliothek Unter den Linden füllt ihren Sammlungsbestand mit kostbaren Neuerwerbungen auf

Die Staatsbibliothek zu Berlin hat mit ihrem Standort Haus Unter den Linden nach einer jahrelangen Rekonstruktion ihre Pforten seit gut einem Jahr für das Lesepublikum wieder geöffnet. Auch das Leitungsteam ist an der Spitze neu besetzt: Achim Bonte ist seit September vorigen Jahres neuer Generaldirektor in den beiden Standorten Unter den Linden sowie an der Potsdamer Straße (die PAZ berichtete). Die altherwürdige Bibliothek verwaltet einen großen Schatz an Dokumenten und konnte in letzter Zeit auf einigen Gebieten mit seltenen Neuerwerbungen aufwarten.

So konnte auf dem internationalen Markt unter anderem eine alte Handschrift aus dem 15. Jahrhundert, ein Brevier, erworben werden. Ebenso konnte man die Sammlungen durch Kauf bei Versteigerungen im vorigen Jahr um zehn interessante Objekte ergänzen, so um einen Brief von Heinrich Hoffmann von Fallersleben, dem Dichter unserer Nationalhymne. Auch von Jacob und Wilhelm Grimm konnten Schriftstücke ersteigert

werden. Wichtige Dokumente des schlesischen Schriftstellers Gustav Freytag, des Physikers Wilhelm von Helmholtz und des Afrikaforschers Gerhard Rohlfs gehören jetzt zu den Neuerwerbungen.

Die Musikabteilung, die den größten Beethoven-Bestand ihr Eigen nennt,

konnte im vergangenen Jahr aus dem Antiquariatshandel eine gut erhaltene Partitur erwerben, und unter den Historischen Drucken konnte eine englischsprachige Publikation aus dem 18. Jahrhundert von Moses Harris zur Insektenkunde als Zugang verbucht werden.



Erstdruck von Beethovens Neunter Sinfonie, die Friedrich Wilhelm III. gewidmet ist

Die Einbandsammlung konnte ebenfalls einen Zugang verzeichnen: einen reich verzierten italienischen Barockeinband aus dem Beginn des 17. Jahrhunderts, der innen eine Handschrift in einer lateinischen Kursivschrift enthält. Unter den Kinder- und Jugendbüchern befinden sich als Zugänge acht zwischen 1947 und 1949 in München erschienene Lehr- und Lesebücher für jüdische Kinder, wie in der ersten diesjährigen Ausgabe des Bibliotheksmagazins aus den Einrichtungen Berlin und München mitgeteilt wird.

Der Berliner Schriftsteller Walter Kaufmann, der vor einem Jahr verstarb, hinterließ der Bibliothek eine reichhaltige Zeitzeugensammlung, und Verlagsarchive werden um Autographen und seltene Stücke laufend ergänzt. Außerdem wird der Nachlass des Theologen Dietrich Bonhoeffer im Bibliotheksteil Unter den Linden verwaltet; und der Eingang des Saals, der im Haus Potsdamer Straße seinen Namen trägt, ist mit seiner Büste ausgestattet, die 1977 von Alfred Hrdlicka geschaffen wurde.

Wolfgang Dahle

● MELDUNG

Hommage an die Ostsee

Berlin – Das Baltic Sea Philharmonic und Kristjan Järvi kehren auf die Konzertbühnen zurück. Mit der ersten großen Tour im Jahr 2022 bringen sie ihr 90-minütiges „Nordic Swans“-Programm, das eine musikalische Hommage an die Ostsee ist, in neuer Besetzung zur Aufführung. Insgesamt 66 Musiker werden das anspruchsvolle Programm am 23. März im Königin-Elisabeth-Konzertsaal in Antwerpen (Belgien), am 24. März in der Berliner Philharmonie und am 26. März im Europäischen Zentrum der Solidarnosc in Danzig (Polen) präsentieren. In Danzig hatte das Orchester bereits 2016 gespielt. Als besonderes Konzert der Freiheit wird das Tourfinale jetzt in Zusammenarbeit mit dem deutschen Generalkonsulat in Danzig realisiert. Alle drei geplanten „Nordic Swans“-Konzerte hängen jedoch nach wie vor von der pandemischen Entwicklung ab. Programm und Weiterleitung zum Kartenvorverkauf: www.baltic-sea-philharmonic.eu H. Sch.

EGON BAHR

„Entspannung“, aber keine Einheit

Selten war die Überschrift eines Nachrufs so bemüht programmatisch und zugleich derart unpassend, wie diejenige im „Spiegel“ für den am 19. August 2015 verstorbenen Egon Bahr. Sie lautete: „Wegbereiter der Einheit“. Der SPD-Politiker stand für die „Neue Ostpolitik“, die „Entspannung“ und die deutsch-deutschen Beziehungen in der Zeit der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt, aber wohl kaum für die deutsche Einheit.

Noch wenige Jahre vor dem Fall der Mauer sprach er davon, dass es nur „zwei Friedensverträge für die beiden deutschen Staaten“ geben könne, und erklärte der DDR, die Bundesrepublik werde deren Staatsbürgerschaft anerkennen, sollte der SPD-Kandidat Johannes Rau die Bundestagswahl 1987 gewinnen. An „Gebetsmühlen“ fühlte er sich erinnert, wenn die Rede auf die deutsche Wiedervereinigung kam, und er bezeichnete das Ganze gar als „politische Umweltverschmutzung“.

Am 17. März 1922 wurde er im thüringischen Treffurt geboren, die Fami-



Vor 100 Jahren geboren: Egon Bahr

lie zog später nach Berlin. Er arbeitete als Journalist, war beim Bonner Büro des RIAS tätig und für einige Monate Presseattaché in Ghana. 1960 machte ihn Brandt, zu dieser Zeit Regierender Bürgermeister von Berlin, zum Leiter seines Presseamtes, Bahr war für ihn der „konzeptionell fähigste“ Mitarbeiter. Man wirkte äußerst eng zusammen, der Journalist Hermann Schreiber sprach von einer „politischen Lebensgemeinschaft, in der Bahr denkt und Brandt lenkt“. Bahr folgte Brandt 1966 als Leiter des Planungsstabes ins Auswärtige Amt und 1969 als Staatssekretär ins Kanzleramt, 1972 wurde er Minister für besondere Aufgaben.

Mit der Neuausrichtung der politischen Linie hatte sich Bahr bereits früh befasst, das von ihm geprägte Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ geht auf einen Vortrag von 1963 zurück. An einer Reihe Ostverträge zu Beginn der 1970er Jahre, etwa dem Grundlagenvertrag mit der DDR, hatte er maßgeblichen Anteil. Mit Moskau verhandelte er auch abseits der offiziellen Kanäle.

Der Sturz Brandts trieb ihm Tränen in die Augen. Mit dessen Nachfolger Helmut Schmidt kam er weniger gut zurecht, 1976 schied er aus der Regierung aus, bekleidete allerdings noch eine Reihe von Funktionen, etwa als SPD-Bundesgeschäftsführer. Wobei selbst von wohlwollender Seite vermerkt wurde, er sei wegen „seiner Neigung zum Jähzorn bei den Mitarbeitern gefürchtet“ gewesen. E. Lommatzsch

ALGERIENKRIEG

„Operationen zur Aufrechterhaltung der Ordnung“

Schon einmal gab es einen Krieg, der offiziell nicht als solcher bezeichnet werden durfte. Vor 60 Jahren endete der französisch-algerische Konflikt mit den Verträgen von Évian

VON WOLFGANG KAUFMANN

Westliche Medien mokieren sich derzeit darüber, dass der Ukrainekrieg in Russland nicht Krieg, sondern militärische „Sonderoperation zur Friedenssicherung“ genannt wird. Allerdings ist die Hemmung, einen Krieg, an dem man selbst maßgeblich beteiligt ist, auch als solchen zu bezeichnen, nichts spezifisch Russisches. Auch im Westen gibt es diverse Beispiel dafür. Genannt sei hier nur der Afghanistankrieg. Bis Karl-Theodor zu Guttenberg dauerte es, dass ein Bundesverteidigungsminister den Krieg in Afghanistan als solchen bezeichnete. Ein anderes Beispiel ist der Algerienkrieg, den das offizielle Frankreich jahrzehntelang als „Operationen zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ klassifizierte.

Die sogenannten Polizeiaktionen endeten am 19. März 1962 um 12 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt trat ein zwischen der algerischen Nationalbewegung und der Regierung in Paris ausgehandelter Waffenstillstand in Kraft. Die entsprechende Vereinbarung war am Vortag im Hotel du Parc in Évian-les-Bains vom Staatsminister für algerische Angelegenheiten, Louis Joxe, dem Minister für öffentliche Arbeiten und Transport, Robert Buron und dem Staatssekretär für die Sahara, Jean de Broglie, von der französischen Regierung sowie Krim Belkassam von der Provisorischen Regierung der Algerischen Republik (GPRA) unterzeichnet worden.

Nach 132 Jahren unabhängig

Neben dem Waffenstillstand hatten die Bevollmächtigten des französischen Staatspräsidenten, Charles de Gaulle, und der algerischen Nationalen Befreiungsbe-

wegung (FLN) weitere Abmachungen politischer und militärischer Natur getroffen. So erhielten die Algerier die Möglichkeit, im Rahmen eines Referendums über die Unabhängigkeit ihres Landes zu entscheiden. Dieses fand am 1. Juli 1962 statt. Eine überwältigende Mehrheit von 99,72 Prozent der Teilnehmer an der Abstimmung votierte für die Loslösung von Frankreich. Daraufhin wurde vier Tage später die heute noch existierende Demokratische Volksrepublik Algerien proklamiert, das Ende von 132 Jahren französischer Kolonialherrschaft in dem mittleren der drei Maghrebländer.

Des Weiteren vereinbarten die Unterhändler von Évian eine umfassende Amnestie für alle zwischen dem Ausbruch des Algerienkrieges und dem Waffenstillstand begangenen Handlungen. Außerdem sicherte sich Frankreich noch einen privilegierten Zugang zu den Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Sahara, wofür es im Gegenzug wirtschaftliche Aufbauhilfen versprach. Ebenso sagte Paris den

vollständigen Rückzug seiner Streitkräfte innerhalb von maximal drei Jahren zu.

Allerdings konnte Frankreich die Anlagen für Raketen- und Atomwaffentests in Reggane, Colomb-Béchar, In Ecker und Hammaguir noch für weitere fünf Jahre nutzen. Hier wurden bis 1966 zwölf Atomsprengeköpfe gezündet. Und am 26. November 1965 startete der erste französische Erdsatellit „Asterix“ in Hammaguir. Gleichermaßen verblieb der große Marinestützpunkt von Mers el-Kébir am Golf von Oran bis 1968 in französischer Hand.

1,5 Millionen tote Algerier

Durch die Abkommen von Évian-les-Bains endete ein Befreiungskrieg, in dessen sieben Jahren und fünf Monaten sechs französische Ministerpräsidenten stürzten und die Vierte Republik kollabierte. Der Beginn des Konflikts datiert auf den 1. November 1954, an dem die wenige Monate zuvor gegründete FLN eine Serie von 70 Anschlägen unternahm und die Unabhängigkeit Algeriens proklamierte. Frank-

reich reagierte mit der Verhängung des Ausnahmezustands. Die Eskalation mündete in lang anhaltende und mit großer Brutalität geführte Kämpfe der in Guerillamanier agierenden FLN mit den Streitkräften der Vierten und Fünften Republik, die mit Massenverhaftungen und Folter arbeiteten.

Die Opfer der Auseinandersetzungen waren recht ungleichmäßig verteilt. 25.600 französischen Soldaten und rund 50.000 Harkis genannten Angehörigen der algerischen Hilfstruppen der Kolonialmacht sowie 4000 bis 6000 europäischen Zivilisten standen möglicherweise bis zu eineinhalb Millionen Tote auf der Seite der Algerier gegenüber.

Die Friedensverhandlungen, die am 20. Mai 1961 begannen und in Évian, Lugrin und Les Rousses geführt wurden, waren die Folge eines Referendums vom 8. Januar 1961, bei dem sich drei Viertel der Franzosen wegen der zunehmenden Unpopularität des Algerienkrieges im Mutterland für die künftige Unabhängigkeit Algeriens ausgesprochen hatten, bei dem es sich offiziell nicht um eine Kolonie, sondern um 15 nordafrikanische Départements der Französischen Republik handelte.

Pieds-noirs auf der Flucht

Allerdings führte der Waffenstillstand vom 19. März 1962 zu keinem Ende der Gewalt in Algerien. Einerseits versuchte die französische Untergrundbewegung Organisation de l'armée secrète (OAS), deren Credo lautete „Algerien ist französisch und wird es bleiben!“, die Abkommen durch eine Vielzahl von Terroranschlägen zu sabotieren oder zumindest verbrannte Erde zu hinterlassen. Andererseits verübten algerische Milizen Massaker an den kollaborierenden Harkis und den Algerienfranzosen, denen dadurch nur die Wahl zwischen „Koffer oder Sarg“ blieb.

Deshalb flohen fast eine Million Siedler europäischer Herkunft, die damals Pieds-noirs (Schwarzfüße) genannt wurden, bis zum 5. Juli 1962 nach Frankreich oder in andere Staaten jenseits des Mittelmeeres. Damit verlor Algerien fast seine gesamte Bildungselite und den größten Teil des wirtschaftlichen Mittelstands. Darunter leidet die Entwicklung der Maghreb-Republik bis heute.

1999 als Krieg anerkannt

Ebenso wechselten die überlebenden 67.000 Harkis samt ihrer 80.000 Familienangehörigen nach Frankreich. Getreu dem Gaius Julius Caesar zugeschriebenen Zitat „Ich liebe den Verrat, aber ich hasse Verräter“ behandelte die Französische Republik sie nicht so großzügig wie die Bundesrepublik ihre sogenannten Ortskräfte, sondern steckte sie in Internierungslager. Manche der Attentäter, die seitdem in Frankreich im Namen des Islam gemordet haben, sind Abkömmlinge der Kollaborateure von einst.

Im Jahre 1999, viereinhalb Jahrzehnte nach dem Beginn, erkannte die französische Nationalversammlung die „Operationen zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ als Krieg an. Sollte die Volksvertretung der Russischen Föderation ihr französisches Pendant rücksichtsvollerweise nicht in den Schatten stellen wollen, müsste sie sich also mindestens bis 2067 mit der analogen offiziellen Anerkennung der aktuellen „Sonderoperation zur Friedenssicherung“ als Krieg Zeit lassen.

Unterzeichner der Verträge von Évian



Louis Joxe war Frankreichs Chefunterhändler bei den Verträgen von Évian. Vom 22. November 1960 bis 28. November 1962 war er Minister für Algerienfragen.



Krim Belkassam war von 1958 bis 1962 Stellvertretender Ministerpräsident sowie bis 1960 Verteidigungs- und bis 1962 Außenminister Algeriens.



Robert Buron leitete diverse französische Ministerien, darunter auch vom 8. Januar 1959 bis zum 16. Mai 1962 das für öffentliche Arbeiten und Transport.



Das Gros der Kriegsoffer waren Algerier: Friedhof in Bourokba für im Unabhängigkeitskrieg aufseiten Algeriens gefallene Kämpfer

VON RENÉ NEHRING

Wilhelm I. ist einer der wenigen Monarchen der deutschen Geschichte, die gleich zweimal gekrönt wurden. Dennoch wissen selbst historisch Interessierte nur wenig von ihm und seiner Bedeutung für die jüngere deutsche Geschichte. Und das wenige, das die meisten zu wissen glauben, stellt sich bei näherer Betrachtung als Klischee oder gar falsch heraus. Doch der Reihe nach.

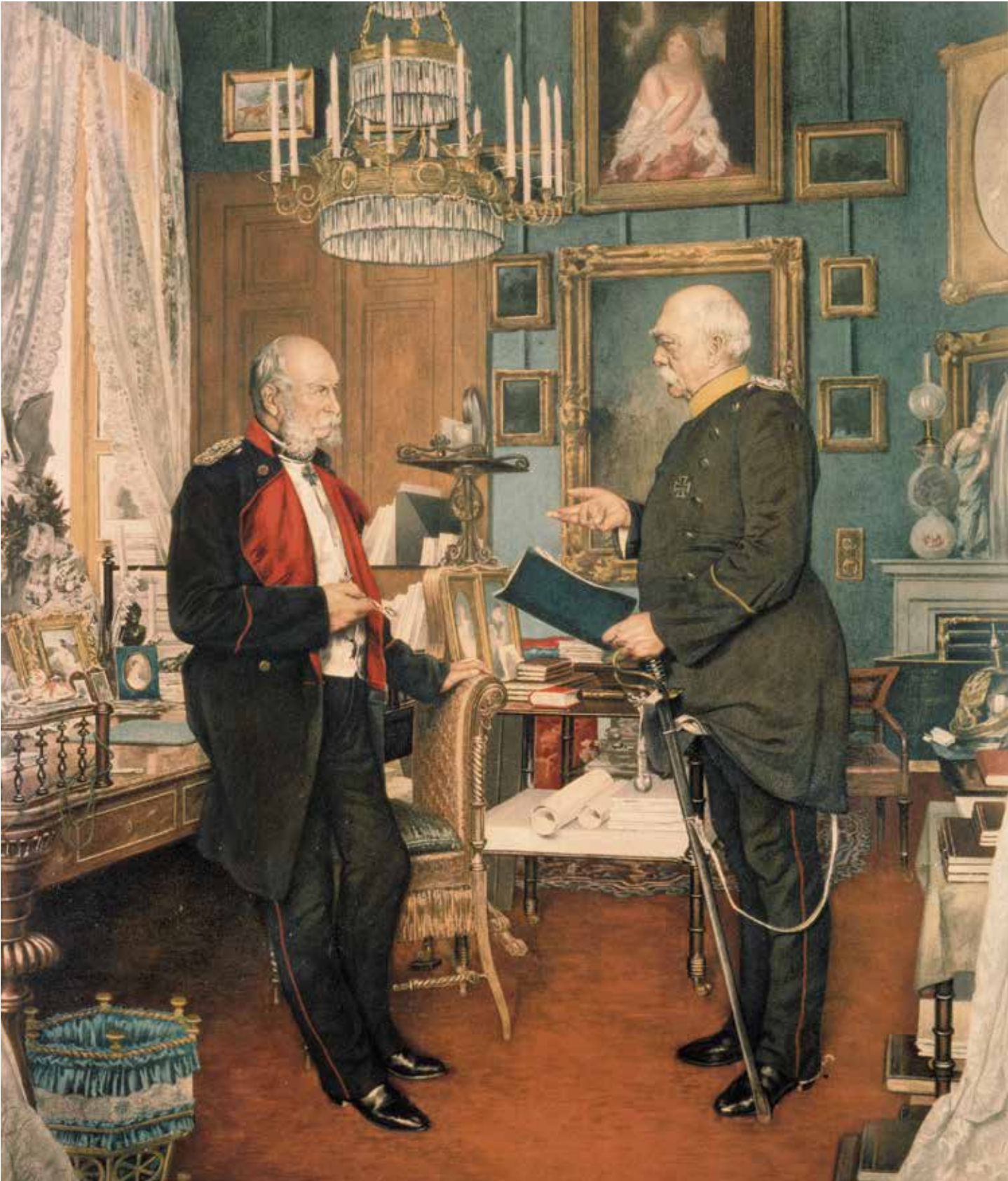
Geboren wurde der spätere König und Kaiser am 22. März 1797 – also vor 225 Jahren – in Berlin als Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen. Seine Eltern waren die Herzogin Luise zu Mecklenburg-Strelitz (die wenige Jahre später in der napoleonischen Zeit als Königin Luise zu einer Legende der Geschichte des Hohenzollernstaates wurde) und der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm, der nur wenige Monate nach Wilhelms Geburt zum König Friedrich Wilhelm III. wurde.

Wilhelms Leben war von klein auf geprägt von den Umbrüchen seiner Zeit – und der Zerbrechlichkeit des scheinbar so starken preußischen Staates. Schon als Neunjähriger musste der Prinz erleben, wie dieser Staat unter der Wucht der napoleonischen Eroberungszüge beinahe zerstört wurde. Mit seiner Mutter und den Geschwistern – darunter sein älterer Bruder, der spätere König Friedrich Wilhelm IV., und die Schwester Charlotte, die später als Gemahlin von Nikolaus I. die russische Zarin Alexandra Fjodorowna wurde – musste er unter höchst prekrären Umständen ins ostpreußische Memel fliehen. Auch wenn Preußen in den Befreiungskriegen schon bald wieder auferstand, blieb der Zusammenbruch für Wilhelm zeitlebens ein prägendes Erlebnis, das ihn an die drohende Vergänglichkeit auch der stärksten Mächte erinnerte.

Ausbildung zum Soldaten

Als zweitgeborenem Sohn seiner Eltern waren Wilhelm die späteren Ämter nicht in die Wiege gelegt. Stattdessen durchlief er wie viele Hohenzollernprinzen schon früh eine Soldatenlaufbahn im preußischen Heer. Mit zehn Jahren wurde der Prinz Fähnrich im 1. Garde-Regiment zu Fuß, und bereits im Alter von 17 Jahren begleitete er 1814 im Range eines Majors seinen Vater auf dem Feldzug gegen Napoleon. Auch wenn die hohen Beförderungen in jungen Jahren (1818 erhielt Wilhelm im Range eines Generalmajors das Kommando einer Gardeinfanteriebrigade) auf seine königliche Abstammung zurückgehen, war Wilhelm in militärischen Fragen zweifellos ein ausgewiesener Experte, der schon früh in jeder wehrpolitischen Debatte bestehen konnte. Dies brachte ihm freilich auch den Ruf ein, ein Militarist zu sein und – für sein Ansehen langfristig weitaus gefährlicher – von anderen, zivilen Fragen weitaus weniger zu verstehen. Doch wird diese Ansicht, die lange Zeit auch in der spärlichen Forschungsliteratur über Wilhelm gepflegt wurde, seinem Wesen und Wirken keinesfalls gerecht.

Spätestens als in den späten 1820er Jahren klar wird, dass die Ehe seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. mit Elisabeth Ludovika von Bayern kinderlos bleiben würde, widmet sich Wilhelm zunehmend auch anderen Politikfeldern. Sein wichtigstes Anliegen ist die Wahrung der Interessen der Krone, wobei Wilhelm – etwa in Auseinandersetzungen mit seinem Bruder – angibt, im Interesse seines 1831 geborenen Sohnes Friedrich zu handeln. Bereits zuvor hatte er das vormalige Stadtpalais des Grafen Boguslav v. Taubentzien am Boulevard Unter den Linden erworben und durch Carl Friedrich Langhans zu einem eigenen repräsentativen Wohnsitz im Herzen der Monarchie ausbauen lassen. 1833 ließ er Karl Friedrich Schinkel und Peter Joseph Lenné in Potsdam Schloss und Park Babelsberg errichten. Beide Bauvorhaben können durchaus als Beleg seines Selbstbewusstseins verstanden werden.



Prägende Figuren der preußischen Geschichte: Wilhelm I. und Otto v. Bismarck

Foto: bpk images

WILHELM I.

Der Mann über Bismarck

Vor 225 Jahren wurde der spätere König und Kaiser geboren. Gedanken über einen zu Unrecht vergessenen Monarchen

Auch in dieser Zeit – lange vor den Revolutionstagen des März 1848 – ist die Monarchie als Staatsform auch in Preußen keineswegs mehr unumstritten. Die Julirevolution in Frankreich 1830 hatte die Herrschaft der Bourbonen beendet und den „Bürgerkönig“ genannten Louis Philippe von Orléans auf den Thron gehievt – für Wilhelm eine weitere Mahnung, dass die preußische Krone keineswegs unverrückbar ist und neben äußeren Mächten auch durch innere Umwälzungen gefährdet ist. Doch da er außer seinem Platz in der Thronfolge kein konkretes Staatsamt innehat, bleibt Wilhelm in diesen Jahren eine direkte Mitwirkung am politischen Geschehen verwehrt.

Prinz von Preußen

Das ändert sich mit dem Jahr 1840. Als Wilhelms Vater am 7. Juni stirbt, wird sein Bruder als Friedrich Wilhelm IV. neuer König von Preußen – und er selbst als Prinz von Preußen Thronfolger. Aus dieser Zeit sind zahlreiche Briefe und Denkschriften überliefert, die unzweifelhaft ein politisches Programm erkennen lassen und die bis heute vorherrschende Meinung, Wilhelm sei im Grunde kaum mehr als ein unpolitischer Soldat gewe-

sen, eindeutig widerlegen. Wichtigste Bestrebungen des Prinzen von Preußen waren die Wahrung der Vorrechte der Krone nach innen und das Ziel, „an die Spitze Deutschlands“ zu treten, nach außen.

Als im März 1848 in Berlin die Revolution ausbricht, gilt Wilhelm damit in der Öffentlichkeit als Inbegriff und Kopf der Reaktion. Obwohl er kein einziges militärisches Amt innehat, gilt er als treibende Kraft hinter der Niederschlagung der Aufstände und muss die preußische Hauptstadt verlassen. Aufschlussreich ist, dass der Prinz von Preußen nicht etwa zu seiner Schwester und seinem Schwager nach Russland flieht, das damals als wichtigste Macht der reaktionären Kräfte galt, sondern in das Zentrum der liberalen Welt, nach Großbritannien. Schon von London aus schickt er Nachrichten nach Berlin, dass in seinen Augen die alte Welt dahin sei und nun etwas Neues entstehen müsse.

Dass dies keineswegs nur dahingesagt war, zeigt sich in den folgenden 1850er Jahren, die als „Reaktionsära“ in die Geschichte eingegangen sind. Kaltgestellt von seinem Bruder und dessen Umfeld um den Ministerpräsidenten Otto Theodor v. Manteuffel sowie die Brüder Ernst Ludwig und Leopold von Gerlach, die den

Prinzen von Preußen zwar nicht aus der Thronfolge verdrängen, jedoch seine Versetzung nach Koblenz bewirken können, entwickelt sich Wilhelm in diesen Jahren zum Hoffnungsträger der Liberalen.

„Neue Ära“ für Preußen

Tatsächlich beginnt denn auch mit Wilhelms Übernahme der Regierungsgeschäfte eine „Neue Ära“ für Preußen. Als er 1858 Stellvertreter des gesundheitlich angeschlagenen Königs wird, beruft er das liberale Kabinett Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen und leistet einen Eid auf die preußische Verfassung, was sein Bruder zuvor stets vermieden hatte. Damit erkennt Wilhelm die Verfassung als für die preußische Krone verbindlich an – und düpiert zugleich seinen Bruder, der trotz seiner Amtsunfähigkeit noch immer der Souverän im Staat ist.

Die Neue Ära endet jedoch schon bald wieder, als Wilhelm merkt, dass die vom Bürgertum geforderten Reformen zulasten der Vorrechte seiner Krone gehen. Zum großen Zerwürfnis kommt es ab 1859 in der Frage der Heeresreform und der damit verbundenen Kompetenzen für die Krone und das Parlament. Wilhelm „verschleißt“ in dieser Zeit mehrere enge Vertraute als

Ministerpräsidenten und Minister, darunter Rudolf von Auerswald und Adolf zu Hohenlohe-Ingelfingen.

König und Kaiser

Zur Bekräftigung seiner Ansprüche auf eine unumschränkte Krone unternimmt Wilhelm in dieser Zeit auch einen ungewöhnlichen Schritt. Als 1861 Friedrich Wilhelm IV. stirbt, wünscht Wilhelm als neuer König wie seine Vorgänger die Erbhuldigung der preußischen Stände. Da diese in der Verfassung jedoch nicht vorgesehen ist, krönt sich Wilhelm am 18. Oktober 1861 in Königsberg als zweiter Hohenzoller selbst zum König.

Bewegung in den Heereskonflikt, der sich längst zum Verfassungskonflikt entwickelt hat, kommt erst mit der Berufung Otto v. Bismarcks zum Ministerpräsidenten. Allerdings anders als von den Liberalen erhofft. Mit provokanter Rhetorik und Chuzpe ignoriert Bismarck die Ablehnung der Heeresvorlage durch das Unterhaus des Parlaments und sagt nach der Zustimmung des Oberhauses, dass die Verfassung für diesen Fall keine Vorschrift enthalte („Lückentheorie“). Nach dem Triumph im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 freilich lässt Bismarck nachträglich das Heeresbudget bewilligen – womit der König und sein Ministerpräsident letztlich die Verfassung als auch für die Krone bindend anerkennen.

In den folgenden Jahren – Wilhelm steht inzwischen in der zweiten Hälfte seines siebten Lebensjahrzehnts – wird Bismarck ohne Zweifel zum zentralen Akteur preußischer und deutscher Politik. Er forciert den Dualismus mit Österreich bis hin zum Deutschen Krieg von 1866 und wird anschließend zum Architekten des Norddeutschen Bundes, der mit seiner Bundesverfassung und der dominierenden Rolle Preußens die eigentliche Staatsgründung bildet. Und 1870/71 dann wird Bismarck nach dem Deutsch-Französischen Krieg zum Architekten eines neuen deutschen Kaiserreiches – mit Wilhelm I. als Deutscher Kaiser als Staatsoberhaupt.

Herr und Diener

Über das Verhältnis zwischen Bismarck und Wilhelm ist seit Generationen viel geschrieben worden, zumeist in dem Duktus, dass Letzterer von dem zupackenden Bismarck zu den wichtigen Schritten jener Zeit getrieben wurde und selbst die Kaiserwürde eigentlich gar nicht wollte.

Doch auch wenn Wilhelm selbst in seinen späten Jahren einmal gesagt haben soll, dass es unter einem Kanzler wie Bismarck schwer sei, Kaiser zu sein, kann bei der Lektüre der Briefe, Denkschriften und Reden des Monarchen kein Zweifel daran bestehen, dass Bismarck bei allem strategischen Geschick in den großen Entwicklungslinien letztlich den Willen seines Königs und Herrn umsetzt. Deshalb auch lässt Wilhelm, der 1871 bei seiner Kaiserproklamation fast 74 Jahre alt ist und bei seinem Tod am 9. März 1888 fast 91 Jahre, Bismarck in der Ausgestaltung des politischen Tagesgeschäftes weitestgehend freie Hand.

Die Leistungen der Jahrhundertfigur Bismarck führen jedoch schon bald nach dessen Tod 1898 dazu, dass sich die historische Forschung zunehmend dem Architekten der Einheit zuwendet – während sein „Auftraggeber“ fast in Vergessenheit gerät. Während die Literatur zu Bismarck kaum noch zu überschauen ist, gab es zu Wilhelm lange Zeit kaum Arbeiten.

Letzteres immerhin ändert sich allmählich. Mit „Wilhelm I. Deutscher Kaiser – König von Preußen – Nationaler Mythos“ von Guntram Schulze-Wegener (Mittler Verlag 2015) sowie „Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser“ (Böhlau 2020) sind in den vergangenen Jahren gleich zwei Biographien erschienen, die versuchen, der historischen Bedeutung Wilhelms gerecht zu werden. Weitere Forschungen und Arbeiten in diesem Sinne sind nicht nur wünschenswert – sondern geradezu geboten.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit Ausrufung der Corona-Pandemie ist permanent von Vertrauen die Rede: Vertrauen in die Politik und deren Maßnahmen, Vertrauen in die Wissenschaft und Vertrauen in die Corona-Vakzine. Doch Letzteres erfordert natürlich auch Vertrauen in die Hersteller der Impfstoffe. Dieses Vertrauen aufzubringen fällt indes schwer, wenn man sich die endlose Kette von Pharmaskandalen in der Vergangenheit vor Augen führt.

So gibt es weltweit Tausende von Menschen mit schweren Missbildungen der Gliedmaßen, deren Mütter zwischen 1957 und 1961 während der Schwangerschaft das thalidomidhaltige Schlaf- und Beruhigungsmittel Contergan eingenommen hatten. Die hohe Zahl der Geschädigten resultiert daher, dass sowohl die Herstellerfirma Grünenthal in Stolberg bei Aachen als auch die Behörden viel zu spät auf die alarmierenden Berichte über Kinder mit verstümmelten Gliedmaßen reagiert haben.

Die Liste der Medikamente, welche schon zu schweren gesundheitlichen Schäden führten, weil die Produzenten es an der nötigen Sorgfalt fehlen ließen, ist erschreckend lang. Hierfür nur einige typische Beispiele: Das Antirheumatikum und Schmerzmittel Coxigon von Eli Lilly and Company sorgte 1982 für schwere allergische Reaktionen und Hunderte von Toten. Die Blutdrucksenker Posicor von Hoffmann-La Roche und Cerate von Asta Medica verursachten 1998 lebensbedrohliche Wechselwirkungen mit anderen Arzneimitteln.

20 Milliarden Doller Schadenersatz

2001 musste die Bayer AG den Cholesterinsenker Lipobay wegen tödlicher Nebenwirkungen vom Markt nehmen. 2004 zog der Konzern Merck Sharp & Dohme (MSD) das kardiovaskulär toxische Schmerzmittel Vioxx zurück. Und 2008 stellte sich heraus, dass die Abspeckpille Acomplia von Sanofi-Aventis die Suizid-Neigung förderte. Als noch riskanter erwiesen sich die Appetitzügler und Diätmittel Menocil von Cilag Chemie und Phen-Fen von Wyeth. Letztgenannter Konzern musste deshalb ab 1998 mehr als 20 Milliarden US-Dollar Schadenersatz zahlen. Das war der bislang teuerste Haftungsfall in der Geschichte der Pharmaindustrie.

Dass es immer wieder zu solchen Skandalen kommen konnte, resultierte auch aus dem Versagen von Aufsichtsbehörden wie der U.S. Food and Drug Administration (FDA) und der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA). So war die FDA in der Vergangenheit manchmal mehr daran interessiert, einem neuen Mittel zur Marktzulassung zu verhelfen, als sich mit dem Problem der Nebenwir-



Mangelnde Sorgfalt, verschwiegene Fakten, lasche Prüfung: Eine gesunde Skepsis der Patienten ist angebracht

Foto: shutterstock

HEILKUNST

Medizin, die krank macht

Zahlreiche Pharmaskandale der jüngeren Vergangenheit mahnen zur Vorsicht, selbst wenn Politik, Wissenschaft und Arzneimittel-Hersteller ein Präparat unisono für unbedenklich erklären

kungen auseinanderzusetzen. Wobei die Pharmafirmen oft auch alle Register zogen, um die Behörden zu täuschen – so beispielsweise durch die Manipulation klinischer Studien oder das Verschweigen von brisanten Fakten.

Ein typisches Exempel hierfür ist das Vorgehen von MSD im Falle von Vioxx. Firmeninterne Analysen, die auf eine Zunahme der Sterblichkeitsrate durch das Medikament hindeuteten, wurden unter Verschluss genommen und der FDA sogar auf deren direkte Nachfrage hin vorenthalten. 2015 veröffentlichte die EMA eine Liste von 52 bereits im Umlauf befindlichen Medikamenten, von deren Einsatz sie nunmehr abriet, weil sich nachträglich herausgestellt hatte, dass die Zulassungsstudien schwere Mängel aufwiesen.

Außerdem wäre da noch die Verletzung ethischer Mindeststandards. Die Hälfte aller Medikamentenstudien findet heute in unterentwickelten sowie manchmal auch diktatorisch regierten Ländern statt, in denen man es mit den Informa-

tionspflichten weniger genau nehmen muss und kaum Schadenersatzklagen drohen. So testete GlaxoSmithKline 2003 einen Hepatitis-Impfstoff an nepalesischen Soldaten, die oftmals Analphabeten waren und das ihnen vorgelegte Aufklärungsmaterial nicht lesen konnten.

Mit Schmiergeld „motiviert“

In viele Skandale waren auch die heutigen Hersteller von Corona-Impfstoffen Pfizer, Johnson & Johnson und AstraZeneca verwickelt. Pfizer hatte 1996 sein Antibiotikum Trovan an Kindern in Nigeria getestet – mit einer Genehmigung der korrupten Militärregierung des Landes und tödlichen Folgen für manche der Versuchspersonen. Des Weiteren vertrieb Pfizer zwölf Jahre lang das „Antidepressivum“ Edronax, welches keinerlei Wirksamkeit aufwies. Das flog nur deshalb lange Zeit nicht auf, weil das Unternehmen sieben klinische Studien zurückhielt, die ein verheerendes Bild von dem Medikament zeichneten.

AstraZeneca wiederum musste 2006 seine Thrombinhemmer Exanta und Melagatrin wegen Leberschädlichkeit zurückziehen. Ebenso verkaufte der schwedisch-britische Konzern den Cholesterinsenker Crestor, bevor die notwendigen Langzeitstudien abgeschlossen waren. Und dann wäre da noch der überbeuerte Magensäureblocker Nexium, für dessen Verschreibung AstraZeneca 30.000 deutsche Ärzte mit Bonuszahlungen belohnte.

Auf Bestechung setzte ebenso der Konzern Johnson & Johnson, um sein Schizophrenie-Medikament Risperdal und das Herzmittel Natrecor unter die Leute zu bringen. Mit Schmiergeld „motiviert“ Apotheker schwatzten diese Pharmazeutika Menschen auf, welche sie überhaupt nicht hätten nehmen dürfen.

Eine weitere unlautere Werbetechnik der Pharmaunternehmen bestand im sogenannten Off-Label Marketing. So lautet die Bezeichnung für die systematische „Ermunterung“ von Ärzten, ein Medikament außerhalb des von den Zulassungs-

behörden genehmigten Einsatzbereiches zu verordnen. Beispielsweise pries Pfizer seine Arthritis-Arznei Bextra auch als Schmerzmittel zur postoperativen Anwendung an, obwohl diese bekanntermaßen zu einem erhöhten Thromboserisiko und weiteren gefährlichen Nebenwirkungen führte. Mit derartigen Praktiken standen Pfizer und Johnson & Johnson, welche für ihr Vorgehen jeweils mehr als zwei Milliarden US-Dollar Strafe zahlen mussten, allerdings nicht allein.

Wie Untersuchungen von Kriminologen und entsprechende Statistiken zeigen, begingen Pharmakonzerne in der Vergangenheit im Schnitt drei Mal so viele Rechtsverstöße wie Firmen anderer Branchen, wobei Bestechung und betrügerische Werbung stets eine besonders große Rolle spielten. Dies lässt vermuten, dass es auch heute nicht immer mit rechten Dingen zugeht, wenn Politiker, Wissenschaftler und Vertreter der Ärzteschaft den Nutzen von Präparaten beschwören.

DATENSCHUTZ

Mark Zuckerberg hat mächtig Ärger

Staatliche Stellen in Irland und im US-Bundesstaat Texas gehen gegen den Meta-Konzern des Facebook-Gründers vor

Die Idee, über soziale Netzwerke persönliche Informationen von Milliarden Menschen zu sammeln und die gewonnenen Daten mit Gewinn zu vermarkten, hat den Amerikaner Mark Zuckerberg in weniger als zwanzig Jahren zu einem der reichsten Menschen der Welt gemacht. Das Wirtschaftsmagazin „Forbes“ taxierte den Facebook-Gründer Zuckerberg im vergangenen Jahr auf ein Vermögen von 97 Milliarden US-Dollar.

Ein spektakulärer Kursrutsch des Facebook-Mutterkonzerns Meta hat Anfang Februar das Vermögen des 37-Jährigen nach Berechnungen des Wirtschaftsdienstes Bloomberg allerdings binnen eines Tages um 30 Milliarden Dollar

schrumpfen lassen. Der Konzern Meta, an dem Zuckerberg einen Anteil von 28 Prozent hält, ist noch immer hochprofitabel. Allerdings häufen sich für den Konzern, zu dem neben Facebook auch die Dienste WhatsApp und Instagram gehören, die Probleme.

Am 21. Februar beantragte Irlands Datenschutzbehörde, dass die Facebook-Mutter Meta keine Daten mehr von Europa in die USA übertragen darf. Laut der Behörde hat Meta nun 28 Tage Zeit, auf die Entscheidung zu reagieren. Danach müssten unter anderem auch die Datenschutzbehörden aller anderen EU-Länder reagieren, bevor es den Meta-Diensten endgültig untersagt würde, weiterhin Da-

ten zur Verarbeitung in die USA zu übermitteln. Hintergrund der Entscheidung der irischen Datenschützer ist ein schon länger schwelender Konflikt, bei dem es um den möglichen Zugriff amerikanischer Behörden auf die persönlichen Daten von europäischen Internetnutzern geht.

Gigantische Forderungen drohen

Obwohl ein Meta-Sprecher erklärte, das Unternehmen wolle den europäischen Markt nicht verlassen, machen inzwischen Spekulationen über einen „Meta-Exit“, einen Rückzug des Konzerns samt seiner Dienste Facebook, WhatsApp und Instagram aus Europa die Runde. Bereits Anfang Februar hat der Bundesstaat Te-

xas den Meta-Konzern wegen dessen Umgang mit biometrischen Daten verklagt. Laut der Klage soll Facebook über ein Jahrzehnt lang eine Programmfunktion unterhalten haben, die auf hochgeladenen Fotos sowohl Facebook-Nutzer als auch Nicht-Mitglieder des Online-Netzwerks automatisch erfasste.

Ein texanisches Gesetz schreibt allerdings vor, dass Unternehmen zur Sammlung biometrischer Daten die ausdrückliche Zustimmung der Betroffenen einholen müssen. Obendrein wirft der Staat Texas Facebook vor, die gewonnenen biometrischen Daten verbotenerweise auch noch an Dritte weitergereicht zu haben. Sollten sich die Rich-

ter der Sichtweise des texanischen Justizministers Ken Paxton anschließen, könnte bei mehr als 20 Millionen Nutzern in dem Bundesstaat eine Forderung zusammenkommen, die den derzeitigen Börsenwert des Konzerns bei Weitem übersteigt.

Bereits vergangenes Jahr war nach einer Anhörung im US-Kongress der politische Druck auf Facebook gestiegen. Enthüllungen der Ex-Facebook-Managerin Frances Haugen über Interna des Unternehmens führten sogar zu der ungewöhnlichen Situation, dass Republikaner und Demokraten sich darin einig waren, Maßnahmen gegen den Internetriesen zu ergreifen.

Norman Hanert



ALLENSTEIN

Schöner Park als Erinnerungsort

An der Stelle des ehemaligen evangelischen Friedhofs sollen Gedenktafeln aufgestellt werden

VON UWE HAHNKAMP

Ende Januar hatte der Stadtrat von Allenstein der Anbringung von Gedenktafeln zur Erinnerung an den ehemaligen evangelischen Friedhof zwischen den Gleisen der Eisenbahn und der Bahnhofstraße (ulica Partyzantow) und die dort bestatteten Einwohner zugestimmt. Eingebettet werden sie in einen Park, der dort im Rahmen des Umsteigepunkts Allenstein-Stadtmitte (Olsztyn-Śródmieście) entsteht. Inzwischen sind in einem ersten Schritt die dortigen Garagen fast komplett entfernt worden.

Was lange währt, wird endlich gut: Bereits 2018 stießen Bauarbeiter beim Umbau der Bahnhofstraße zwischen der Polizei-Kommandantur und dem Haus Kopernikus der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) auf der Seite zu den Bahngleisen auf menschliche Überreste. Die Arbeiten wurden unterbrochen und archäologische Forschungen angeordnet. Gefunden wurden im Verlauf der Arbeiten 27 Gräber.

Negativer und positiver Umgang

„Damals war ich gerade ganz frisch im Amt“, erinnert sich Lukasz Stachelek, der Pastor der evangelisch-augsburgischen Kirche in Allenstein, „ich habe sofort mit dem Stadtpräsidenten Kontakt aufgenommen, weil dort früher ein evangelischer Friedhof war.“ Nach dem ersten Fund beruhigte sich die Lage, bis im Juli 2018 Teilnehmer eines Stadtspaziergangs mit Rafał Bętkowski vom Museum der Moderne in Allenstein an jener Stelle zufällig auf frei liegende Knochen stießen. In der Folge der öffentlichen Empörung darüber stellte die Gesellschaft „Święta Warmia“ einen Antrag auf Eintrag des Friedhofs ins Denkmalregister.

Bis November 2018 folgten mehrmonatige Verhandlungen. Es ging um den Umgang mit der Fläche des früheren Friedhofs und den sterblichen Überresten. Im Rah-



Anstelle der Garagen wird hier künftig ein Park mit Gedenktafeln sein: Gelände an der Bahnhofstraße in Allenstein

Foto: U.H.

men der Vereinbarung zwischen der Stadt Allenstein, der Gesellschaft „Święta Warmia“ und der evangelisch-augsburgischen Gemeinde wurde der Antrag zurückgezogen, den Friedhof als Denkmal einzutragen. Im Gegenzug verpflichtete sich die Stadt zum pfleglichen Umgang mit den Gräbern und sterblichen Überresten sowie zu einem Gedenken an die Bestatteten.

Gestaltung und erste Umsetzung

„Der Friedhof war 1873 bis 1886 der evangelische Hauptfriedhof, und noch bis 1947 wurden dort insgesamt mehr als 1300 Menschen beerdigt“, erklärt Pastor Stache-

lek. Doch die Liquidierung des Gräberfelds in den 60er Jahren erfolgte ohne Fingerspitzengefühl. Es wurde oberflächlich eingeebnet, die Grabsteine entfernt, aber „es gibt keinerlei Dokumente zu irgendwelchen Exhumierungen“, so Bętkowski. Er wurde von der AGDM, die die entsprechende Ausschreibung gewonnen hatte, beauftragt, die Namen der dort Beerdigten herauszufinden. Hauptquelle war dabei das Evangelische Zentralarchiv in Berlin.

Diese Arbeit war zusammen mit der erwähnten Vereinbarung die Grundlage für die jetzige Konzeption. Laut Andrzej Karwowski von der Stadt Allenstein „wird es

eine Grünanlage, einen öffentlichen Park mit einem Erinnerungspavillon geben. An Gedenkwänden finden sich dann Tafeln mit Inschriften der Namen.“ Die Garagen, die sich auf dem Gelände des früheren Friedhofs befanden, sind bis auf zwei Ausnahmen von der Stadt Allenstein übernommen und inzwischen als erster Schritt des Bauvorhabens abgerissen worden. „Ich denke, es ist ein guter Kompromiss geworden“, freut sich Pastor Stachelek, „dieser Park am Umsteigepunkt Allenstein-Stadtmitte wird nicht nur ein angenehmer Ort zum Gedenken, sondern auch eine Visitenkarte der Stadt sein.“

● MELDUNGEN

Die Rückkehr der Strände

Königsberg – Der Leiter des Küstenschutzes in der Pregelmetropole, Jewgenij Burnaschow, hofft, dass sich die Schäden an den Stränden der Ostsee, welche die Winterstürme angerichtet haben, im Sommer teilweise wieder von selbst regulieren werden. Zwar seien die Ufer unterspült und abgetragen worden, doch der Sand sammle sich am Boden und werde von den Wellen wieder an Land gespült. Im Januar wurden 15,5 Hektar Land weggeschwemmt, die Strände nicht mitgerechnet. Laut Angaben des Experten ist entlang der gesamten Küstenlinie ein etwa anderthalb Meter breiter Streifen verschwunden. Fünf starke Stürme hatten die Infrastruktur der Küstenorte zerstört. Auf der Kurischen Nehrung wurde eine Straße überspült, in Cranz die Promenade beschädigt und in Palmnicken der Strand weggespült. **MRK**

Baggerschiff wird teurer

Frisches Haff – Eine Werft in Finnland hat den Zuschlag für den Bau des Baggerschiffs erhalten, das für die ständige Vertiefung des neuen Wasserweges auf dem Frischen Haff arbeiten wird. Das Meeresamt in Gdingen hatte eine Ausschreibung veröffentlicht. Der Direktor des Amtes, Wiesław Piotrkowski, sagte, dass der Vertragspartner nach vielen Arbeitsproben ausgewählt worden sei. Die erste Ausschreibung wurde für ungültig erklärt, die zweite wurde mit Rücksicht auf die Kosten verworfen. Übrig blieb der jetzige Partner, der jedoch nicht der günstigste ist. Das Meeresamt hatte umgerechnet knapp 17 Millionen Euro eingeplant, aber der Bau des Schiffes kostet 7,6 Millionen mehr, die aus dem eigenen Haushalt gezahlt werden müssen. **PAZ**

KÖNIGSBERG

Ein neuer „Korsar“ verkehrt auf der Linie 5

Neue Straßenbahnen in der Pregelmetropole – Die Idee, auf Busse im Zentrum ganz zu verzichten, stößt auf Widerstand

In der ersten Februarhälfte sind auf der Linie 5 in Königsberg die neuen Straßenbahnen vom Typ „Korsar“ in Betrieb genommen worden. Die Straßenbahnen, die in Twer für das Königsberger Gebiet gebaut werden, kamen mit der Fähre von Ust-Luga nach Pillau und wurden dann nach Königsberg transportiert.

Der Anschaffungspreis für eine Straßenbahn beträgt umgerechnet fast 1,3 Millionen Euro. Insgesamt 16 von ihnen sind nun auf Königsbergs Straßen im Einsatz. Es sind die teuersten und modernsten Straßenbahnen der Russischen Föderation. Im Vergleich zu den alten Straßenbahnen gleiten die neuen „Korsaren“ sanft und leise über die Gleise. Die alten Straßenbahnen sind mehr als dreißig Jahre alt und wurden noch in der Tschechoslowakei hergestellt. Sie waren einfach und robust, aber ihre Ausstattung und ihr Komfort entsprachen schon lange nicht mehr den modernen Anforderungen.

Das Design der neuen Straßenbahn, sowohl außen als auch innen, entspricht den Erwartungen an ein modernes Verkehrsmittel, wie es auf den Straßen europäischer Städte zu finden ist. Hier finden

die Fahrgäste eine Klimaanlage, eine Wettervorhersage, W-LAN und Steckdosen für ihre mobilen Geräte. Die Straßenbahn hat eine Gesamtkapazität von 122 Fahrgästen.



Bessere Luft dank Elektroantrieb: „Korsar“ im Königsberger Zentrum

Foto: J.T.

Angesichts der Einführung moderner Verkehrsmittel in Königsberg wurde in der Stadtverwaltung die Idee diskutiert, den Busverkehr im Stadtzentrum vollständig durch die umweltfreundlichen Straßenbahnen zu ersetzen. Das wäre eine Kehrtwende um 180 Grad, denn die Stadtverwaltung hat das Straßenbahnnetz in den letzten Jahren konsequent abgebaut und die Züge zu einem überflüssigen Verkehrsmittel erklärt.

Um die Straßenbahn populärer zu machen, wollen Experten der städtischen Verkehrsbetriebe das Verkehrskonzept ändern und die Zahl der Busse im Zentrum reduzieren, um so die Schadstoffemissionen in der Stadt zu senken. In der Praxis dürfte dies bedeuten, dass ein Teil der Busse in ihren eigenen Stadtvierteln nur bis zur Anschlusshaltestelle der Straßenbahn verkehren, ohne ins Stadtzentrum zu fahren. Nach Ansicht von Experten würde dies dazu beitragen, die Zahl der Busse im Linienverkehr zu verringern.

Solche Ideen zur Optimierung des Verkehrslebens haben jedoch bereits eine heftige Ablehnung bei den Einwohnern der Stadt hervorgerufen. Und das ist keineswegs überraschend. Die Einführung des neuen Verkehrssystems würde zu einer großen Anzahl von Umsteigevorgängen und einer Verlängerung der Gesamtfahrzeit führen.

In Königsberg kreuzen sich nämlich die meisten Straßenbahngleise mit Straßen. Und da es in der Stadt täglich zu Unfällen kommt, die den Straßenbahnverkehr für längere Zeit lahmlegen, befürchten die Anwohner, dass dies zu einem Verkehrskollaps im Stadtzentrum führen wird. Und wenn es keine Busse mehr gäbe, müssten die Fahrgäste zu Fuß weitergehen.

Die Stadtverwaltung stellte daraufhin klar, dass alle Vorschläge vorläufiger Natur und keine „Umwälzungen“ im Königsberger Linienverkehr geplant seien.

Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Schwartz, Elfriede, geb. Volkmann, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 4, am 24. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Chedor, Hildegard, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. März
Kastner, Gertrud, aus Lyck, am 22. März
Schultz, Johannes, aus Lyck, am 20. März
Steckel, Horst, aus Weepers, Kreis Mohrunge

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dannat, Liesbeth, geb. Jebramek, aus Langheide, Kreis Lyck, am 18. März
Habicht, Heinrich, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Schönfelder, Margot, aus Neuen

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kepp, Franz, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 24. März
König, Hildegard, geb. Kaupat, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 23. März
Naujok, Erna, geb. Quednau, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 22. März
Schellhorn, Helga, geb. Weiß, aus Bauditten, Kreis Mohrunge

ZUM 96. GEBURTSTAG

Murach, Wilma, geb. Arndt, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. März
Schulewski, Ernst, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 24. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 13/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 13/2022 (Erstverkaufstag 1. April) bis spätestens Dienstag, den 22. März, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Termine des ersten Halbjahres

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt
23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)
11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

Schulz, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, am 20. März
Tödt, Irmgard, geb. Niklas, aus Gusken, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grunwald, Annemarie, geb. Schilter, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 21. März
Reitz, Marta, geb. Arbeiter, aus Haselau/Jürkendorf, Kreis Heiligenbeil, am 20. März
Risch, Irmgard, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. März
Schalk, Marianne, geb. Tusk, aus Rollnau, Kreis Mohrunge

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bruss, Ruth Irmgard, geb. Witzki, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. März
Dowedeit, Ursula, geb. Hermann, aus Lyck, Bismarckstraße 44, am 20. März
Flade, Elfriede, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 22. März
Kienzle, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 18. März
Krusholz, Anneliese, geb. Pudellek, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 22. März
Kulik, Kurt, aus Karlhöhe, Kreis Neidenburg, am 19. März
Maske, Hannelore, geb. Kleist, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. März
Mengel, Maria, geb. Friedel, aus Lyck, am 24. März
Philipp, Willi, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 22. März
Sadlowski, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 20. März
Scheffler, Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. März
Schmidt, Margarete, aus Lyck, Deutsche Straße 2, am 18. März
Schlüter, Bernd-Peter, aus Patterswalde, Kreis Wehlau, am 21. März
Steinmeier, Brigitte, geb. Rhode, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 22. März
Strüver, Ernst August, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 24. März
Torkler, Eleonore, aus Kobilinen, Kreis Lyck, am 19. März

Zywulska, Leokadia, aus Lyck, am 18. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bee, Alice-Lotte, geb. Embacher, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. März
Buchholz, Hannelore, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 24. März
Burdinski, Elisabeth, geb. Krzossa, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 19. März
Degler, Grete, geb. Schmidt, aus Neidenburg, am 22. März
Didjurgeit, Günter, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 24. März
Fischer, Hildegard, geb. Radmacher, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 19. März
Gusko, Waltraud, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. März
Huthmann, Helene, geb. Schmeil, aus Skirwieth, Kreis Heydekrug, am 21. März
Motzkus, Edeltraud, geb. Taubert, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 20. März
Neumann, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. März
Plotkowiak, Hedwig, geb. Kipar, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. März
Rogait, Gerhard, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 21. März
Taschke, Fritz, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 24. März
Wachlin, Gerda, geb. Altrock, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alex, Gerda, geb. Engelke, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 22. März
Bannach, Wilhelm, aus Powunden, Kreis Fischhausen, am 24. März
Brandt, Lieselotte, geb. Markewitz, aus Lyck, von-Ludendorffstraße 2, am 19. März
Dudek, Erika, geb. Struppek, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. März
Friedebold, Helga, geb. Müller, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrunge

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Urbschat, Maria, geb. Dargus, aus Wehlau, am 18. März
Utke, Ursula, geb. Schulz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 18. März
Schaberer, Hilde, geb. Hausmann, aus Gaffken, Kreis Fischhausen, am 19. März
Vette, Adelgunde, geb. Schwaak, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 20. März
Wysotzki, Irmgard, geb. Jendal, aus Neidenburg, am 18. März
Zöllner, Elli, geb. Herrmann, aus Reichertswalde, Kreis Mohrunge

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baader, Irmtraut, geb. Kannenberg, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 19. März
Block, Siegfried, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. März
Börner, Christel, geb. Rosenberg, aus Kattern, Kreis Mohrunge

ZUM 90. GEBURTSTAG

Andreas, Waltraud, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 19. März
Baumann, Ursula, geb. Burri, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. März
Beuse, Hedwig, geb. Senkbeil, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 19. März
Birntzer, Magdalene, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. März
Dycek, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. März
Flatow, Gertrud, geb. Steinbacher, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 19. März
Gatermann, Ursula, geb. Philippen, aus Saalfeld, Kreis Mohrunge

Kurische Nehrung
– Mutter und Tochter warten auf den Fischer –
96,5x74,5 m. R.
Erika Durban-Hofmann
O.R. 900,- €
Kontakt reipeci1@web.de

PAZ wirkt!

Feierabend am Haffstrand
von Karl Eulenstein, 1937,
146x110 mit Rahmen
Preis 8.000 €
Tel. 05162-885636

Radke, Herta, geb. Plonski, aus Sorden, Kreis Lyck, am 23. März
Saat, Irmgard, geb. Jodjohn, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. März
Schneiderreit, Georg-Hugo, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 20. März
Stöhlmacher, Dorothea, geb. Alex, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 20. März
Vanhöfen, Herbert, aus Quanditten, Kreis Fischhausen, am 22. März
Weber, Liesbeth, geb. Braun, aus Berningen, Kreis Ebenrode, am 19. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Anderlick, Erika, geb. Deike, aus Fahrentholz, Kreis Mohrunge

Sewzyk, Günther, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 21. März
Sobottka, Dr. Gert, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 19. März
Tillmann, Toni, geb. Tachil, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 23. März
Wagner, Edith, geb. Friedrich, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 23. März
Waschkuhn, Ursula, geb. Bogschewski, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 24. März
Wittig, Christel, geb. Königstein, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 20. März
Wünsche, Waltraut, geb. Gusko, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 22. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alexander, Rosemarie, geb. Jäckel, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 18. März
Eising, Ernst, aus Freiwalde, Kreis Mohrunge, am 19. März
Gomm, Otto, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 21. März
Haedge, Marion, geb. Fingado, aus Kownatken, Kreis Neidenburg, am 20. März
Heise, Konrad, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 18. März
Jopp, Dietmar, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 18. März
Kiesler, Christa, geb. Wahsilla, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 19. März
Kolodzey, Ursula, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 18. März
Mayer, Günter, aus Wehlau, am 20. März
Nowotka, Brigitte, geb. Syska, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 23. März
Paczynski, Lieselotte, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. März
Ratz, Karin, geb. Dammasch, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. März
Schäfer, Reinhold, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 21. März
Susek, Heinrich, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 20. März
Widmann, Edeltraut, geb. Goerke, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 18. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Schindler, Klaus, aus Richau, Kreis Wehlau, am 23. März

Ostpreußisches Landesmuseum

Marion Dönhoff: Die Gräfin, ihre Freunde und das andere Deutschland, Vortrag von Gunter Hofmann, Mittwoch, 30. März, 18.30 Uhr, Eintritt: 5 Euro.

Hofmann war bis 2008 Chefkorrespondent der „Zeit“. 2003 erhielt er für sein Buch „Abschiede, Anfänge – Die Bundesrepublik. Eine Anatomie“ den Preis der Friedrich-Ebert-Stiftung für das beste politische Buch des Jahres.

Bei dieser Veranstaltung gelten die 3G-Regeln (getestet, geimpft, genesen). Ein entsprechender Nachweis ist am Einlass vorzuweisen. Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per Mail: info@ol-ig.de

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Ostermarkt

Stuttgart – Sonnabend, 26. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92: 13. Ostdeutscher Ostermarkt.

In einer gemeinsamen Aktion vom Jugendverband DJO-Deutsche Jugend in Europa, dem Bund der Vertriebenen und fast aller Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen werden den Tag über an den verschiedenen Ständen im Haus der Heimat kulinarische Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, ostpreußischer Bärenfang, schlesischer Mohn- und Streuselkuchen, Ostpreußischer Raderkuchen und vieles mehr angeboten. Darüber hinaus bieten die Aussteller verschiedene Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und eine Ausstellung handwerklicher Kunst, Trachten und Zubehör an. Die Bibliothek des Hauses der Heimat lädt zur aktuellen Ausstellung „Arabic und Muckefuck, Kaffeegeschichten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer“ von 10.30 bis 15.30 Uhr ein. Eine kleine Cafeteria rundet das Angebot ab.

Weitere Informationen bekommen Sie gerne von: DJO-Deutsche Jugend in Europa e.V., Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart. Ansprechpartner ist Hartmut Liebscher, Telefon (0711) 625138, E-Mail: hartmut@djowb.de.

Nachruf

Die Landesgruppe Baden-Württemberg trauert um ihren Schatzmeister Günter Borm, geboren am 9. Okto-

ber 1938 in Tilsit, gestorben am 28. Februar 2022 in Dornstetten.

Lieber Günter, in Korn zu glauben, dass Du nicht mehr da bist! Du, der immer so pünktlich und zuverlässig warst, bist ganz überraschend mit nur 83 Jahren gestorben. Wir waren mit allem, was Du gemacht hast, einverstanden – mit Deinem plötzlichen Tod und dass wir nun ohne Dich auskommen müssen, sind wir es nicht.

Nach Deiner schweren Krebserkrankung vor einigen Jahren hast Du Dich voller Kraft ins Leben zurückgekämpft, wolltest nie bemitleidet werden. Vielleicht hat da jeder, der Dich kannte, gehofft, dass Du nun so etwas wie unsterblich bist... Leider ein Irrtum.

1981 wurdest Du einstimmig zum Landesschatzmeister der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Baden-Württemberg gewählt. Eine gute Wahl, und Du hast dieses Ehrenamt 40 Jahre lang bis zu Deinem Tod mit großem Engagement und Pflichtbewusstsein ausgeübt. Jeder wusste: bei Günter Borm ist das Geld der Landsmannschaft in sicheren und erfahrenen Händen; wir konnten Dir voll und ganz vertrauen.

Aber nicht nur in finanziellen Fragen warst Du spitze, auch menschlich wirst Du uns sehr fehlen. Du hattest eine sehr gewinnende Art und konntest Menschen für Dich einnehmen, ohne Dich aufzudrängen. In Deiner Gegenwart fühlte man sich einfach wohl. Und wenn es mal zwischen den ost- und westpreußischen Gruppen im Ländle „menschelte“, dann hast Du mit Deiner ruhigen Art vermittelt und alles war wieder gut.

Vor 33 Jahren haben wir uns bei einer Landesdelegierten- und Kulturtagung kennengelernt und seitdem zwei- bis dreimal im Jahr zu Vorstandssitzungen und der Delegierten- und Kulturtagung im Hotel Wartburg wiedergesehen. Deine große Liebe zur ostpreußischen Heimat war immer spürbar. Mir werden der Austausch und die Gespräche mit Dir, Dein herzhaftes Lachen über ostpreußische Witze

und Dein Humor überhaupt sehr fehlen – und sicher nicht nur mir. Wir alle verlieren einen hervorragenden Schatzmeister und wertvollen Menschen!

In Gedanken sind wir auch bei Deiner Familie und wünschen ihr viel Kraft, das Leben nun ohne Dich zu meistern.

Lieber Günter, Du warst ein feiner Kerl, Gentleman und großartiger Ostpreuße! *Uta Lüttich, Erste Landesvorsitzende*



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landeskulturtagung 2022

Ellingen – Sonnabend, 26. März, 9.30 bis 17.15 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen: Landeskulturtagung. Bitte schriftlich bis zum 21. März beim Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen anmelden. Sie erhalten von dort eine Bestätigung Ihrer Teilnahme. Bitte beachten Sie, dass eine Teilnahme ohne diese Bestätigung nicht möglich ist. Voraussetzung für eine Teilnahme ist ferner die aktuell gültige 3-G-Regel, ohne die auch ein Betreten des Schlosses generell nicht gestattet ist. Eine Überprüfung findet am Empfang statt. Denken Sie bitte daran, den entsprechenden Nachweis mit sich zu führen.

Wie immer bietet unser Tagungsprogramm sprichwörtlich einen „Kessel Buntes“. In diesem Jahr feiern wir unglaublich erfolgreiche 40 Jahre einer einmaligen Einrichtung, des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordenschloss Ellingen. Direktor Freyberg, der Vater dieses Erfolges, wird uns die Stationen einer außergewöhnlichen Erfolgsgeschichte in Erinnerung rufen.

Ein besonders berührendes Kapitel ostpreußischer Geschichte ist

das Schicksal der „Wolfskinder“. Mit Tatkraft und Empathie hat sich ein fränkisch-hohenlohischer Edelmann, der langjährige Bundestagsabgeordnete Freiherr von Stetten nach der Wende dieser vergessenen ostpreußischen Kinder angenommen. Dieser „Vater der Wolfskinder“ wird uns aus seinem Erleben von „Glücksmomenten“ bei seinen litauisch-deutschen Begegnungen berichten.

Unverzichtbar ist die Pflege unseres reichen ost- und westpreußischen Volksliedgutes. Wir singen gerne, dies ist baltisches Erbe. Rüdiger Stolle, unser bewährter Chorleiter, wird uns musikalisch an die Hand nehmen.

Wer historische Landkarten aufmerksam betrachtet, wird feststellen, dass Preußen, insbesondere West- und Ostpreußen über ein dichtes Eisenbahnnetz verfügt hat. Bis es dazu kam, waren Verkehrsprobleme auf dem „langen Weg zur preußischen Staatsbahn“ zu bewältigen. Rainer Claßen, unser Bahnexperte wird uns diesen bedeutenden Aspekt der preußischen Verkehrsgeschichte anschaulich darstellen.

Und zum Ausklang wird es noch einmal musikalisch. Was oft übersehen wird: Es gibt eine ganze Reihe bemerkenswerter Künstler, die in Ton und Text das Schicksal unserer Heimat besungen haben und noch besingen. Kennen Sie Ingo Insterburg, Herdin Radtke, Gaby Baginski? Sicher kennen Sie Iwan Rebhoff, Alexandra und Bernstein. Von allen wird die Rede sein, Hörproben inbegriffen.

*Jürgen Danowski
Landeskulturreferent*

Tagungsprogramm

Sonnabend, 26. März, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloß Ellingen. 9.30 Uhr: Eröffnung der Tagung, Jürgen Danowski, Ansbach. 9.45 Uhr: Kulturgeschichte „40 Jahre Kulturzentrum Ostpreußen Schloß Ellingen“, Wolfgang Freyberg, Ellingen - Kaffeepause - 11 Uhr: Deutsch-Litauisches Schicksal, „Wolfskinder – Glücks-

ANZEIGEN

Suche im Rahmen der privaten Ahnenforschung unsere gemeinsamen Wurzeln

Gesucht wird/werden: **Hildegard Kiewning** (Mädchenname) bzw. Nachkommen

geboren aller Wahrscheinlichkeit nach: **ab 1912 in Wenzken bzw. Gut Wenzken/Kreis Angerburg/Ostpreußen**

Sie hat aller Wahrscheinlichkeit nach ab ca. 1945 **in Neumünster gelebt.**

Ihre **Eltern** waren **Fritz** (Friedrich Gustav, wählte Kurzform von Friedrich = Fritz) und **Auguste Kiewning geb. Zeuch.**

Ihre **Mutter**, wie ihr **Vater** sind im **Kreis Angerburg/Ostpreußen geboren** und in **Ulmet/Rheinland-Pfalz verstorben.**

Ihre Geschwister waren, Carl Heinz Kiewning, Helene (genannt Lena) Nickel geb. Kiewning, Kurt Kiewning und Gertrud Kilian geb. Kiewning.

Die **Suchende** heißt **Anett Schönberger geb. Jedamski**, ihr **Urgroßvater Julius Jedamski** war der **Halbbruder der Mutter von Hildegard Kiewning.**

Erbitte Hinweise unter Telefon 0178/6287141 oder Mail wunderbares-leben@web.de

Preußische Gesellschaft
Berlin-Brandenburg e.V.



Helfen Sie, die preußischen Tugenden zu erhalten und profitieren Sie von fünf informativen Vorträgen pro Jahr!

Aktion für neue Mitglieder, die bis zum 31.3.2022 beitreten:

- Die ersten zehn neuen Mitglieder gewinnen ein Abendessen mit einem namhaften Gast
- Mitgliedsantrag unter www.preussen.org an bender@preussen.org senden oder an +49 321 211 200 39 faxen
- Ein Buch Ihrer Wahl aus den Verlagen Europolis/Berlin und des IVFE/Köln
- Teilnahme an Vorträgen wie z.B. Prof. Markus Kerber, Dr. Maaßen, Gunter Weißgerber oder auch Prof. Otte

Weitere Infos: www.preussen.org oder kontakt@preussen.org

momente. 30 Jahre litauisch-deutsche Begegnungen“, Wolfgang Freiherr von Stetten, Künzelsau. Tagungspause – Mittagessen. 14 Uhr: Gemeinsames Singen, „Ost- und westpreußische Volkslieder“ mit Rüdiger Stolle, Eggolsheim.

14.45 Uhr: Verkehrsgeschichte, „Preußens Verkehrsprobleme im 19. Jahrhundert. Der lange Weg zur Staatsbahn“, Rainer Claßen, Wülfershausen. - Kaffeepause - 16.15 Uhr: Heimatliche Populärmusik, „Ostpreußische Schlager und

Chansons und ihre Interpreten“, Jürgen Danowski, Ansbach. Unsere Landeskulturtagung wird gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Anmeldung erbeten bis Montag, 21. März per Fax unter: (09141) 864414 oder per E-Mail: sekretariat@kulturzentrum-ostpreussen.de oder per Post an Kulturzentrum Ostpreußen, Postfach 17, 91791 Ellingen.

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C

ANZEIGE



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Treffen

Nürnberg – Dienstag, 29. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1 (Ende der U1 gegenüber): Treffen zum Thema: „Die Volksabstimmung in Ostpreußen im Jahr 1920“.

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Lesereihe: Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa

Michaela Nowotnick über Nadine Schneiders Romane ist über den YouTube-Kanal des Kulturforums abrufbar: https://www.youtube.com/watch?v=f2WW9o_gWxs

Nadine Schneider vertieft sich mit ihren Romanen in die baltischschwäbische Vergangenheit und Geschichte der Region – im Bewusstsein, dass niemand seiner Familie entkommen kann. Literaturwissenschaftlerin Michaela Nowotnick stellte Schneiders Romane vor und erklärte deren literarischen wie historischen Kontext.

Nadine Schneider, geboren 1990 in Nürnberg, studierte Musikwissenschaft und Germanistik in Regensburg, Cremona und Berlin. Ihr erster Roman „Drei Kilometer“ (2019) wurde



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Mitgliederversammlung

Bremen – Mittwoch, 30. März, 15 Uhr, Lounge, Restaurants im

mit dem Hermann-Hesse-Förderpreis und dem Literaturpreis der Stadt Fulda ausgezeichnet. Berufliche Stationen führten sie unter anderem an die Komische Oper und an die Vaganten Bühne Berlin. Derzeit arbeitet sie für den Bundeswettbewerb Gesang. 2021 las sie beim Ingeborg-Bachmann-Preis. „Wohin ich immer gehe“ (2021) ist ihr zweiter Roman.

Michaela Nowotnick war wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin mit Forschungsprojekten zur Sicherung von Archiven und Sammlungen zur deutschsprachigen Minderheitenbevölkerung in Rumänien, seit September 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arno Schmidt Stiftung in Bargfeld, Veröffentlichungen zur rumäniendeutschen Literatur und Literatur in totalitären Regimen.

www.kulturforum.info

Überseemuseum, Bahnhofsplatz: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl. Hierzu laden wir herzlich ein. Anträge zur Mitgliederversammlung sind bis zum 20. März an unsere Geschäftsstelle zu richten. Wir weisen darauf hin, dass nach derzeitiger Rechtslage ein Zutritt zur Jahreshauptversammlung nur möglich ist, wenn ein 3G-Nachweis (geimpft, genesen, getestet) vorliegt und mitgeführt wird.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Delegiertenversammlung

Hamburg – Sonnabend, 2. April, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Delegiertenversammlung der Landesgruppe Hamburg. Die Sitzung des Kulturreferats findet im Anschluss statt.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Filmvortrag:

Kassel – Donnerstag, 7. April, 15 Uhr: Filmvortrag: „Verborgene

Geschichte“. An diesem Nachmittag werden Forschungsergebnisse englischer Historiker zum Ersten Weltkrieg vorgestellt.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bericht

Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel trafen sich im März bei der Vorsitzenden. Leider konnten nicht alle dabei sein – zum Teil wegen der Corona-Regelungen.

Thema des Nachmittags war die Geschichte „Reise durch Masurien“ von Rudolf Braunburg aus dem Buch „Ostpreußen – Ein Lesebuch“. Ein gebürtiger Ostpreuße unternimmt eine Reise mit Sohn Thomas und Tochter Uta durch seine Heimat Masurien.

Sohn und Tochter nehmen die Eindrücke unterschiedlich wahr und stellen auch Vergleiche mit dem Westen an. Vater erklärt und geht dabei auch auf die Geschichte des Landes zurück.

Gegen Ende der Reise hat der Vater aber noch etwas Besonderes vor: Besuch im Forsthaus bei dem alten Förster Ziegler.

Nein, der hat keinen Ausreiseantrag gestellt. Seinen Arbeitsplatz hat sein polnischer Kollege, der einmal sein Gehilfe war. Ziegler lebt weiter in seiner Heimat und

will hier auch sterben. Sicher wäre von den Vertriebenenverbänden niemand bereit, wieder hierher zurückzukehren, wenn er dafür seine gute Position in Deutschland aufgeben müsste.

Der Text gab Anlass für eine lebhafte Aussprache, in der auch immer wieder Erlebnisse der Flucht und der späteren Reisen in die Heimat zum Ausdruck kamen. Zur Sprache kam auch der Angriff auf die Ukraine, auf die Gefallenen und Verletzten, die Flüchtlinge und die Angriffe auf die Städte und Ortschaften. Eine Teilnehmerin, die nicht kommen konnte, hatte mit ihrer Bekannten Osterbilder zum Aufhängen mitgeschickt. Wir bedanken uns dafür.

Gisela Brauer



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Kreistags- und Beiratssitzung

Sarstedt – Sonnabend, 2. April, 11 Uhr: Kreis- und Beiratssitzung mit den Punkten: Jahresplanung, Hilfeprogramm, Finanzwesen, Heimatbrief und Personalstand.

Das Hauptkreistreffen wird am 4. September in Dortmund stattfinden (siehe Heimatbrief 2022).



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Johanneskirche

Fortsetzung der Ausgabe 10/2022

Kommunisten vieler Nationen waren daran beteiligt, wunderschöne alte Kirchen wurden gesprengt, Glocken konfisziert, später dann verkauft, Kreisverwaltungen mussten monatlich berichten, wie viel Kirchen im abgelaufenen Zeitraum geschlossen oder zerstört wurden. Dies alles hörte erst nach dem Tod Stalins auf, denn nun war die neue Aussage, der kirchliche Aberglaube würde mit der Zeit schon von selbst aufhören.

Somit schien die Zeit im Memelland und im gesamten Ostpreußen beendet, die über 700 Jahre alte Kultur, die alten Gebäude, Kirchen, alles, was das Land und die Menschen dort gestalteten. Deutsche, Preußisch-Litauer, Engländer, Schotten, Kuren und Franzosen haben Spuren im Land hinterlassen, war das alles vergebens?

Aber seit Litauen sich seine Unabhängigkeit erkämpft hat, sehnt sich die Evangelisch Lutherische Gemeinde danach, die St. Jo-

Fortsetzung auf Seite 17

Rätsel

Halsteil an der Kleidung

selten, knapp

Fachgruppe d. Hochschule

keck, vorlaut

durch die Nase sprechen

Richtungsanzeiger

Federbettstoff

nicht neues Gebäude

also, folglich (italienisch)

Schreibart; Kunststrich

feuerfester Faserstoff

ausführen, verrichten

außerordentlich

Wasser-vogel

Sekret absonderndes Organ

überlieferte Erzählung

ein Europäer

Kameraeinstellung

norwegische Hauptstadt

kleines Klappfenster

Theke für kalte Speisen

besitzanzeigendes Fürwort

ein Fahrzeug lenken

Schiffseigner

unecht, nachgemacht

altes Wegemaß

frühere französische Münze

Sinfonie Beethovens

Neuverfilmung (engl.)

Auktionssteilnehmer

Dringlichkeitsvermerk

Musik: an keine Tonart gebunden

Gebäudestütze

Haarbüschel bei Tieren

ital. Barockmaler (Guido)

Teil des Essbestocks

aus-schweifendes Gelage

Gruppe von Säugtieren

Äbtissin

Anrede für Kardinäle

früherer Minister islam. Staaten

südfranzösische Stadt

westafrik. Binnenstaat

Urgroßmutter (Kosewort)

Raub-, Speisefußgewächs

Hahnenfußgewächs

rein, unverfälscht

früherer österr. Adelstitel

faul; langsam

der gereifte Zustand

religiöser Brauch; Zeremoniell

erfolgreiches Musikstück

Gaststätte, Café

italienische Weinstadt

südamerikanisches Gebirge

Fluss zur Seine

Segelbaum

tiefe Bedauern

Gesichtsfärbung

zu Hause

Roman v. Heinrich Mann: „Der ...“

sich erdreisten

Standbild

nicht heiter; seriös

beißender Spott

Ausruf der Verwunderung

Jahreszeit

ägyptische Göttin

Eingang; Vor Speise (franz.)

griechischer Kriegsgott

Kfz-Zeichen Uelzen

früherer Minister islam. Staaten

südfranzösische Stadt

westafrik. Binnenstaat

Urgroßmutter (Kosewort)

Raub-, Speisefußgewächs

Hahnenfußgewächs

rein, unverfälscht

früherer österr. Adelstitel

faul; langsam

der gereifte Zustand

religiöser Brauch; Zeremoniell

erfolgreiches Musikstück

Gaststätte, Café

italienische Weinstadt

südamerikanisches Gebirge

Fluss zur Seine

Segelbaum

tiefe Bedauern

Gesichtsfärbung

zu Hause

Roman v. Heinrich Mann: „Der ...“

sich erdreisten

Standbild

nicht heiter; seriös

beißender Spott

Ausruf der Verwunderung

Jahreszeit

ägyptische Göttin

Eingang; Vor Speise (franz.)

griechischer Kriegsgott

Kfz-Zeichen Uelzen

1 8 6 7 3 9 2 4 5

4 7 5 1 2 6 8 9 3

2 3 9 8 5 4 6 7 1

9 9 2 3 8 1 7 6 7

7 6 1 9 4 2 3 9 8

3 4 8 6 7 5 1 2 9

9 1 3 2 6 7 5 8 4

6 5 7 7 1 4 8 9 2

8 1 2 4 5 9 3 6 7

Spekulananten

Kreiskette: 1. Spende, 2. Kusine, 3. Lusaka, 4. Kanten, 5. Nieten – 6. Novize – Brennse, Rahmen

Diagonalrätsel: 1. Butler, 2. privat, 3. Maehne, 4. Kammern, 5. gewiss, 6. Novize – Brennse, Rahmen

So ist's richtig:

1 2 3 4 5

6 7 8 9 10

11 12 13 14 15

16 17 18 19 20

21 22 23 24 25

26 27 28 29 30

31 32 33 34 35

36 37 38 39 40

41 42 43 44 45

46 47 48 49 50

51 52 53 54 55

56 57 58 59 60

61 62 63 64 65

66 67 68 69 70

71 72 73 74 75

76 77 78 79 80

81 82 83 84 85

86 87 88 89 90

91 92 93 94 95

96 97 98 99 100

Sudoku

	1			6		2	
		6	8		4	7	
		5				3	
	2		5		9		4
8	5		2		6		9
	9		1		3		6
		9				6	
		8	9		1	5	
	4			3			8

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bestandteile eines Autos.

- 1 englischer Haushofmeister
- 2 nicht öffentlich
- 3 Nacken-, Schulterhaare
- 4 kleines Zimmer
- 5 sicher, unbezweifelbar
- 6 Klosterneuling

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für einen waghalsigen Geschäftsmacher.

1 Gabe, Schenkung, 2 Base, 3 Hauptstadt von Sambia, 4 Ecken, 5 Lose ohne Gewinn

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

hanniskirche bald wieder aufzubauen. Viele, viele Überlegungen gab es, eine Menge Pläne wurden geschmiedet, schon im Jahr 2012 erfolgte dann, während der 760-jährigen Gründungsfeier der Stadt Memel, die Grundsteinlegung für den Wiederaufbau der St. Johanniskirche auf Initiative von Jurgis Ausra, der auch die gesamten Kosten der Grundsteinlegung übernommen hatte. Erfüllen sich nun die Träume und intensiven Wünsche?

Als dann im Jahr 2013 der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck in Memel war, kam er auch mit vielen Memelländern und Gemeindemitgliedern der evangelischen St. Johanniskirche zusammen. Er stiftete für den geplanten Neubau aus seinem Etat 25.000 Euro, sicherte zudem zu, bei der Weihe der Kirche, nach Beendigung seiner Amtszeit, als Privatperson teilzunehmen. Für die Menschen in Memel, aber auch für die Gemeinde kam dies sehr überraschend, weckte in ihnen Freude und Hoffnung zugleich, dass nun sehr bald mit dem Neubau begonnen werden kann.



Memel: Fotografie von vor 1944 von „Oma Muskat“ Foto: G.M.

Heute finden alle Gottesdienste im Gemeindehaus statt, seit Jahren begleitet Pfarrer Reinholdas Moras die Gläubigen, gibt ihnen Halt, Hoffnung und Geborgenheit im Glauben. Auch Memelländer, die heute in der Bundesrepublik Deutschland leben, besuchen gern die sonntäglichen Gottesdienste, wenn sie in Memel sind, nehmen am Heiligen Abendmahl teil, kehren anschließend voller Glück, Zufriedenheit und Zuversicht in die Bundesrepublik und ihr Zuhause zurück, vergessen ihre Heimat aber nicht, tragen in ihren Herzen Erinnerung und Sehnsucht.

Für den Wiederaufbau der St. Johanniskirche suchten Fachleute in jahrelanger feinsten Arbeit Material, um die Pläne auch tatsächlich umzusetzen. Dann einigten sich im Jahr 2015 die Stadtverwaltung in Memel und die Evangelisch Lutherische Kirche, das Gotteshaus originalgetreu, also in unveränderter Form, nach den Entwürfen von Friedrich August Stüler, die nach dem Brand 1854 geschaffen wurden, zu errichten, der Turm soll wieder 75 Meter hoch werden.

Linus Skwirblies war es nach vielen Recherchen gelungen, die Pläne von Stüler ausfindig zu machen und diese der Kirchengemeinde und der Stadt zu übergeben.

Die Stadtverwaltung von Memel hat ihre angemessene Unterstützung und auch ihre aktive Beteiligung in allen Dingen beim Wiederaufbau zugesichert. Um alle notwendigen Dinge organisatorisch abzuwickeln, zudem Spenden für den Wiederaufbau der St. Johanniskirche zu sammeln,



Der Beginn des Neuanfangs: Grundstein für die St. Johanniskirche in Memel 2012 Foto: Günter Muskat

wurde eine Stiftung gegründet, über die Pfarrer Moras und die Leiterin der Stiftung, Lilija Petraitiene, in einem besonderen Schreiben in unserer Heimatzeitung berichten werden.

Das litauische Parlament beschließt den Wiederaufbau

Nun schaltete sich auch das litauische Parlament in Wilna ein, fasste am 14. Januar 2020 folgende Beschlüsse und stimmte darüber ab:

1. Der Wiederaufbau der St. Johanniskirche in Memel wird als wichtiges Landesprojekt anerkannt.

2. Die litauische Landesregierung empfiehlt, nach eigenem Ermessen und finanziellen Kräften/Möglichkeiten, sich an der Förderung des Projektes zu beteiligen.

Die Abstimmung im Landesparlament fiel recht eindeutig aus, denn es waren 91 Abgeordnete dafür, keine Gegenstimmen, bei vier Enthaltungen. Auch das Konzept überzeugte die Politik, denn für die wiedererbaute St. Johanniskirche

sind drei grundlegende Funktionen vorgesehen:

1. Das Liturgische, in der Kirche werden alle Gottesdienste der Evangelisch lutherischen Kirchengemeinde in Memel durchgeführt.

2. Als Gedächtnisort, sie soll an alle Nationalitäten erinnern, die die Stadt Memel und das Memelland gestaltet und geprägt haben.

3. Als historisches und kulturelles Zentrum, das die Vergangenheit des Memellandes und Ostpreußens den Menschen und den Besuchern der Stadt zeigt, auch verständlich macht.

Natürlich sind all diese wunderbaren Neuigkeiten und Entwicklungen mehr als gut, sie zeigen, dass damit die eingangs erwähnte „Zusammenführung der Vergangenheit mit der Gegenwart und mit der Zukunft“ möglich ist, ja, geradezu einlädt. Jetzt gilt es, die Schlüsse daraus zu ziehen, an die Umsetzung zu gehen, wenn gleich die momentane schwierige Situation auf unserer Erde ein wenig hinderlich ist. Aber, mit

Menschlichkeit, mit Gegenseitigkeit, mit Achtung vor dem Anderen, mit Nächstenliebe und mit Gottes Hilfe, werden wir auch durch diese nicht ganz einfache Zeit kommen, dessen bin ich mir sicher.

Alle zusammengetragenen Daten, Geschehnisse, Erzählungen und Erlebnisse habe ich nach besten Wissen und Gewissen niedergeschrieben, möchte aber allen fleißigen Händen und klugen Köpfen Dankschön sagen, die mir dieses Material geliefert haben, ob bewusst oder unbewusst. Uns eint ein Ziel, das liegt uns sehr am Herzen, nämlich die St. Johanniskirche in Memel wieder aufzubauen, um den Gläubigen ihren Mittelpunkt, ihren Ort des Gebets und des Seelenfriedens zu schaffen.

Danke sage ich aber auch an die Unterstützer des Vorhabens, der Stadtverwaltung von Memel, der Universität in Memel, dem Verein in Nidden, der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise, der Litauischen Welt Organisation, der Gemeinschaft der Evangelischen Ostpreußen und der Hilfe für die Litauische Evangelische Kirche. Sie alle werden den Wiederaufbau der St. Johanniskirche mittragen, daran glaube ich fest, in geistlichen, moralischen und materiellen Fragen.

Ehrenamtliches Engagement

Noch erwähnen möchte ich, dass der Flensburger Bach Chor im Dezember 2019 in Memel ein Konzert gegeben hat, und die Einnahmen für den Wiederaufbau der St. Johanniskirche übergeben wurden. Bei den Treffen der Memelländer wird über dieses Bau-

vorhaben immer wieder gesprochen und viele der noch in Memel geborenen, in der St. Johanniskirche getauften Frauen und Männer, wünschen sich nichts sehnlicher, als bei der Weihe der wiedererrichteten Kirche dabei zu sein. Vergessen dürfen wir aber nicht, dass die Gläubigen der Gemeinde der St. Johanniskirche in Memel diejenigen sind, für die das Gotteshaus eine überaus große Bedeutung hat, um ihre Gottesdienste in der Kirche zu feiern, wie dies andernorts eine Selbstverständlichkeit ist.

Pfarrer Moras kämpft seit so vielen Jahren um seine Kirche, unser Herrgott möge ihn für seinen selbstlosen Einsatz beschützen und belohnen, damit er in seiner Gemeinde in naher Zukunft in der wiedererbauten St. Johanniskirche das Wort Gottes verkünden kann!

Günter Muskat



Innenansicht der St. Johanniskirche in Memel: Altar auf einer Aufnahme um 1930

TRAKEHNER VERBAND

Bewerbungsverfahren abgeschlossen

Die Trakehner Zucht ist immaterielles Kulturerbe

Die Trakehner Zucht hat nach einem länger als drei Jahre dauernden Bewerbungsverfahren die Aufnahme in das Bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes geschafft!

Die Entscheidung der Kulturministerkonferenz und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien fiel auf Empfehlung des unabhängigen Expertenkomitees für Immaterielles Kulturerbe der Deutschen UNESCO-Kommission der Länder am 9. März und ist in der deutschen Pferdeszene einzigartig. Die Trakehner Zucht ist die erste Pferdezucht und das erste deutsche Immaterielle Kulturerbe mit hippologischem Hintergrund. Mit der Spanischen Hofreitschule in Wien und der klassischen Reitkunst des Cadre Noir in Saumur wurden zuvor bereits Stätten der klassischen Reiterei mit jahrhundertealter Tradition von der UNESCO als Immaterielles Kulturerbe anerkannt.

„Die Aufnahme verleiht der Besonderheit der Trakehner Zucht Ausdruck“, kommentierte der Zuchtleiter und Geschäftsführer des Trakehner Verbandes, Lars Gehrmann. „Die Geschichte und die Zuchtmethodik der Reinzucht sind bis heute Alleinstellungsmerkmale unserer Zucht, die neben der Traditionspflege stets und innovativ den Blick nach vorn richtet. Sie bringt heute nicht nur mo-

derne Reitpferde hervor, sondern ist mit zahlreichen Bildungsangeboten, aktiver Jugendarbeit und Offenheit für neue Mitglieder zukunftsorientiert ausgerichtet.“ Das Markenzeichen der edlen Trakehner Pferde, die „doppelte Elchschaufel“ ist nahezu global und keineswegs nur unter Pferdeleuten bekannt.

Im mehrstufigen nationalen Bewerbungsverfahren, das im zweijährigen Turnus stattfindet und von einer fünfköpfigen Arbeitsgruppe mit fördernder Unterstützung der Stiftung Trakehner Pferd bearbeitet wurde, galt es mehr als zwanzig umfassende Fragestellungen zu beantworten: unter anderem zur Geschichte durch fast drei Jahrhunderte unter verschiedenen politischen Systemen, zur Organisation und zu Besonderheiten der Zucht, zur heutigen Praxis, Tierschutz und Weitergabe an kommenden Generationen. Jedes Bundesland trifft eine Vorauswahl und kann bis zu vier Bewerbungen an das Sekretariat der Kultusministerkonferenz weiterleiten, wo der Antrag vom Expertenkomitee Immaterielles Kulturerbe der deutschen UNESCO-Kommission geprüft wird. Der Empfehlung des Expertenkomitees folgten dann schlussendlich die Kulturministerkonferenz und die Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien mit der Aufnahme der „Trakehner

Zucht“ ins Bundesweite Verzeichnis. Neben den Trakehnern gelang die Aufnahme aktuell ganzen vier weiteren Kulturformen.

Das Expertenkomitee würdigte ausdrücklich das Engagement, mit dem die Trakehner Zucht betrieben wird sowie die Dokumentation und Weitergabe von Wissen und Können seit nunmehr drei Jahrhunderten. Das Komitee begrün-

dete seine positive Entscheidung zudem mit der offenen Praxis, dem grenzüberschreitenden Austausch und den umfangreichen Bildungs- und Informationsangeboten für Mitglieder und Öffentlichkeit. Mit der Aufnahme in das Bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes wird die „Trakehner Zucht“ unter www.unesco.de/ike mit Text und Bild dargestellt. TV



Der Trakehner Hengst aus der Steiermark: Villazón Foto: Gestüt Murtal

ANZEIGEN



„Was man nicht vergisst,
hat man nicht verloren.“

Günter Borm

* 9. 10. 1938 † 28. 2. 2022
(Tilsit, Rosenstraße) (Dornstetten)

Wir nehmen Abschied
von meinem lieben Bruder, Schwager,
Cousin, Onkel und Großonkel.

Dein Bruder Reinhard mit Familie

Edenkoben im März 2022



Die Landesgruppe Baden-Württemberg
trauert um ihren
langjährigen Landesschatzmeister

Günter Borm

* 9. 10. 1938 † 28. 2. 2022
in Tilsit in Dornstetten/Schwarzwald

40 Jahre – von 1981 bis zu seinem Tod – war er ehrenamtlich für die Landesgruppe als Schatzmeister tätig. Sein Einsatz für die ostpreußische Heimat und den Zusammenhalt unserer Landesgruppe war vorbildlich, geprägt von der Liebe zu Ostpreußen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren
und sein Vorbild wird uns Verpflichtung sein.

Uta Lüttich	Dietrich Peylo	Hans-Werner Schwalke
1. Landes-	2. Landes-	3. Landes-
vorsitzende	vorsitzender	vorsitzender

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Tarnwesten, Draniki und Schürfwunden

Jeder zehnte Breslauer ist Ukrainer – Die Stadt ist eine Metropole der Hilfsbereitschaft

VON CHRIS W. WAGNER

Führt man mit der Straßenbahn durch Breslau, bekommt man den Eindruck, dass ein Großteil der Fahrgäste ukrainisch spricht. Und das war schon lange vor Kriegsbeginn in der Ukraine so. Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass im April 2021 knapp 40.000 Arbeitnehmer mit ukrainischem Pass allein in Breslau registriert waren. In der gesamten Woiwodschaft Niederschlesien gab es weitere 20.000 legal arbeitende Ukrainer. Hinzu kommen Studenten und nicht registrierte Schwarzarbeiter. Viele dieser Menschen stehen nun als Sprachmittler und Helfer

40.000

Ukrainer waren bereits vor dem aktuellen Kriegsausbruch in Breslau als Arbeitnehmer registriert



Am Breslauer Hauptbahnhof: Freiwillige kümmern sich um die Kriegsflüchtlinge

Foto: Wagner

den Kriegsflüchtlingen zur Seite, auch bei außergewöhnlichen Aktionen.

Tarnnetze und Kampfanzüge

An der Breslauer Kunstakademie haben sich nun Studenten und Dozenten zusammengetan, um Tarnnetzte für ukrainische Kämpfer zu knüpfen. Die Idee hatte Patrycja Letniowska. Sie stammt aus einer westukrainischen Kleinstadt und kam zum Studieren in die schlesische Metropole. „Vor acht Jahren, als die unschöne Geschichte mit Russland anfing, habe ich als Volontärin in meiner Heimat solche Netze geknüpft“, sagte die Kunststudentin im Morgenmagazin des staatlichen polnischen Fernsehsenders TVP. Mit diesen Tarnnetzen könne man Sprengstoff oder Autos abdecken, aber auch Men-

schen würden sich darunter verstecken können, meint sie. Die angehenden Künstler der Breslauer Akademie nähren auch Tarnanzüge für ukrainische Scharfschützen. Dafür bräuchten sie mehr scharfe Scheren und weitere helfende Hände, „weil ja nebenher noch studiert werden muss“, so Patrycja, die hofft, dass mit ihrer Aktion Leben gerettet werden können.

Zwei Tage nach Kriegsausbruch hatten sich griechisch-orthodoxe Frauen im Sitz ihrer Gemeinde zusammengefunden und ukrainische Piroggen gekocht. Gleich am ersten Tag wurden 40 Kilogramm Kartoffeln und 26 Kilogramm Teigtaschenfü-

llung verarbeitet. Die spontane Aktion war nur für einen Tag angelegt, doch daraus wurde ein Dauerbrenner. Bis zu 30 Freiwillige arbeiten nun in Schichten und ihr Menü beschränkt sich nicht mehr nur auf Piroggen. Es kamen weißrussische Draniki, die wir als Kartoffelpuffer kennen, dazu sowie ukrainische Pelmeni, also mit Fleisch gefüllte Teigtaschen oder polnische süße Naleśniki (dünne Pfannkuchen). Die Frauen verkaufen ihre Hausmannskost in einem Imbiss auf der Dominzel, und der Erlös wird in die Ukraine gespendet. Am Anfang waren es nur Ukrainerinnen, die kochten, doch schnell kamen polnische und weißrussische Frauen dazu. Die Weißrus-

sinnen wollten zeigen, dass auch sie sich mit dem ukrainischen Volk solidarisieren, „egal wie Putin und Lukaschenko zueinander stehen“, so Halina Czekanowska im Onlineportal „Wroclaw.pl“.

Piroggen und Pelmeni

Am Sonntag, dem 13. März, haben sich auf dem Breslauer Ring polnische und ukrainische Jugendliche zusammengefunden und ukrainische Volkslieder gesungen. „Wir wollen damit nur etwas Freude machen und von den Sorgen ablenken“, sagte die Initiatorin Małgorzata Tutko. Sie berichtete in Radio Breslau, wie dankbar und gerührt die Zuhörer waren,

und dass die Aktion auch zum Spenden anregte.

Im Radiosender Breslau selbst werden Sachspenden entgegengenommen. Die Reporter berichten nicht nur, sie engagieren sich auch selbst als Freiwillige bei Hilfsaktionen. Sie konnten innerhalb weniger Stunden zwei Rettungswagen samt Fahrer organisieren, die beladen mit medizini-

„Wir brauchen dringend medizinische Fachkräfte, denn die Flüchtlinge kommen zunehmend in einem schlechteren Zustand an.“

Paweł Sroka
freiwilliger Helfer

schen und Hygieneartikeln bereits in der Ukraine Hilfe leisten. Die Rettungsmannschaft sei kampferprobt, da sie davor in Afghanistan und der Ostukraine im Einsatz gewesen sei, heißt es in Radio Breslau.

Seit Kriegsbeginn haben sich Hunderte Freiwillige zur Hilfe gemeldet. Am meisten zu tun haben wohl die Helfer im Breslauer Bahnhof. „Wir sind erschöpft, haben die Woche kaum geschlafen. Wir brauchen dringend medizinische Fachkräfte, denn die Flüchtlinge kommen zunehmend in einem schlechteren Zustand an“, so der Freiwillige Paweł Sroka. Er berichtet von übermüdeten, dehydrierten Flüchtlingen, die oft fiebern, Schwellungen oder Schürfwunden aufweisen. Den Medizinern stehen Übersetzer zur Seite, versichert Sroka.

OSTPREUSSISCHE SPRACHE

Das Johannes-Evangelium neu gelesen

Mit seiner Übersetzung des Bibeltextes hat Werner Gitt etwas Einzigartiges geschaffen

Das gab es noch nicht. Das Johannes-Evangelium und ausgewählte Psalmen auf Ostpreußisch. Der Naturwissenschaftler Werner Gitt hat diese Teile der Bibel in seine Muttersprache übersetzt, um die ostpreußische Sprache vor dem Vergessen zu bewahren und das Interesse am Evangelium zu beleben. Und in der Tat, bis heute gibt es keine Übersetzung der Heiligen Schrift oder auch nur Teilen davon ins Ostpreußische.

Ostpreußisch bewahren

In Raineck [Simonowka], Kreis Ebenrode, Kirchspiel Kattenau ist Gitt aufgewachsen. In seinem nördlich der Remone und zehn Kilometer nordwestlich von Ebenrode liegenden Dorf wurde nur ostpreußisches Platt gesprochen. Auch nach der Flucht aus der Heimat 1944 sprachen Vater und Sohn zu Hause in ihrer vertrauten Muttersprache. Obwohl viele Jahre vergangen sind, so schreibt er in seinem Vorwort, blieben Sprachklang, Sprachempfinden und die Wörter in guter Erinnerung.

Dass er sich für den Evangelisten Johannes entschieden hat, liegt an der Besonderheit des Evangeliums. Nur hier kommen die „Ich-bin-Worte“ Jesu vor:

„Ich bin das Brot des Lebens“, „Ich bin das Licht der Welt“, „Ich bin die Tür“, „Ich bin der gute Hirte“, „Ich bin die Auferstehung“, „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben“, „Ich bin der wahre Weinstock“. Auch empfinde er das Johannes-Evangelium als das Tiefsinnigste und leicht Verständlichste, wie er schreibt.

Bekannte Texte in einer fremden Sprache zu lesen, verschafft dem Leser oftmals einen neuen Zugang zum Text, und/oder es hilft zu einem tieferen Verständnis. So schreibt Margrit H. aus der Schweiz, welche die ostpreußische Übersetzung bereits gelesen hat: „Mir ist vieles im Johannes-Evangelium deutlich geworden, was ich zuvor überlesen ha-

be.“ Der noch in Ostpreußen geborene Dietrich M. ist dankbar für die Übersetzung und freut sich, das Evangelium erstmals in seiner Muttersprache lesen zu dürfen.

Ohne Muttersprache keine Heimat

Es ist kein Geheimnis, dass alles, was nicht gepflegt wird, in Vergessenheit gerät. Muttersprache und Heimat sind hier ein gutes Beispiel. Vernachlässigt man das eine, hat es auch Folgen fürs andere. Um die Erinnerung an die Heimat wachzuhalten, kann die ostpreußische Sprache ein guter Helfer und Begleiter sein. Im vorliegenden Fall macht es auch Freude. Jede und jeder kann es ohne Voraussetzung lesen. Der Autor hat sich nämlich dazu entschlossen, die Übersetzung in einer Art Lautschrift anzufertigen. Zwei Beispiele auf Seite 7 sollen das verdeutlichen. Die Stadt „Bordeaux“ würde demzufolge „Bordo“ geschrieben und das englische Wort „tough“ in gleicher Weise „taff“.

Diese Übersetzung ist aus Liebe zum Wort Gottes und aus heimatlicher Verbundenheit entstanden. Sie ist eine Einladung, sich mit der Bibel und ihrer Botschaft zu beschäftigen. Bärbel Hansen



In bibliophiler Aufmachung: Das Johannes-Evangelium

Foto: akg images

● **Professor Werner Gitt** wurde am 22. Februar 1937 in Ushdegggen, ab 1938 Raineck, einem kleinen Dorf im Nordosten Ostpreußens, geboren. Seit einer Evangelisationsveranstaltung in Braunschweig gehört Gitt zur Braunschweiger Friedenskirche, einer evangelisch-freikirchlichen Baptistengemeinde. Der Informatiker und Vertreter des Kreationismus ist Mitglied der Studiengemeinschaft Wort und Wissen und tritt in ganz Deutschland auf Evangelisationen als Vortragsredner auf. Er ist Autor zahlreicher Bücher.

Werner Gitt: „Johannes-Evangelium und ausgewählten Psalmen opp Ostpreußisch“, Lichtzeichen-Verlag, Lage 2021, gebunden, 114 Seiten, 5,90 Euro

Ostpreußische Mundart

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat in ihrer Mediathek eine große Audiosammlung mit Beiträgen in ostpreußischer Mundart. Die Dateien sind abspielbar unter Internet: www.ostpreussen.de/lo/mediathek/audiosammlung.html

DER PREUSSENVERSTEHER AUS POMMERN – ZUM 20. TODESTAG

Der Schriftsteller Christian Graf von Krockow

Er bemühte sich um Distanz und brachte dem Leser doch den Hohenzollernstaat, Friedrich den Großen und vieles andere näher

VON ERIK LOMMATZSCH

Christian Graf von Krockow wird in erster Linie mit seinen Veröffentlichungen und Auftritten zum Thema Preußen in Verbindung gebracht. Zwar ist das Spektrum seiner Publikationen weit facettenreicher, aber wahrscheinlich war es besonders einprägsam, wenn sich ein echter preußischer Graf als Erklärer des Hohenzollernstaates betätigte.

Je nach Auffassung ist die Angabe der Herkunft unvollständig, zählen die Krockows doch zum pommerschen Uradel, und die Zugehörigkeit zu Preußen umfasst bekanntlich nur einen Teil der wechselvollen Geschichte Pommerns. Aber schließlich lag die Bildung der preußischen Provinz Pommern bereits über ein Jahrhundert zurück, als Christian Graf von Krockow am 26. Mai 1927 in Rumbke, etwa 20 Kilometer nordöstlich von Stolp, geboren wurde. Und Krockow selbst erklärte: „Ich bin nicht in der Welt des deutschen Bürgertums geboren worden, sondern in Pommern und Preußen.“

Bekennender Preuße und Pommer

Nach Kriegseinsatz, Vertreibung und Studium wurde er bei dem ihn prägenden Soziologen und Philosophen Helmuth Plessner promoviert, der seit 1951 an der Universität Göttingen wirkte. Plessner seinerseits wurde durch sein Werk „Die verspätete Nation“ bekannt, in welchem er die These vertrat, Deutschland habe in der Neuzeit den Anschluss an die Entwicklung der westlichen Welt „verpasst“.

Krockow beschäftigte sich in seiner Dissertation mit der Frage, wodurch der Nationalsozialismus seine Anziehungskraft auf Angehörige der intellektuellen Elite wie Ernst Jünger, Carl Schmitt oder Martin Heidegger ausübte. Schnell avancierte er zum Professor, zunächst in Göttingen, dann in Saarbrücken und schließlich in Frankfurt am Main.



Das Stammschloss derer von Krockow in Krockow um 1860: Eine Lithographie aus der Sammlung Alexander Duncker. Die Herren von Krockow gehören zum pommerellischen Uradel. Als erster Angehöriger des Geschlechts wird der Ritter Gneommer Crockau am 13. Juli 1292 zu Danzig urkundlich erwähnt

tingen, dann in Saarbrücken und schließlich in Frankfurt am Main.

1969 gab Krockow seine Stellung auf und arbeitete fortan als freier Schriftsteller. Ausschlaggebender Anlass für den Abbruch der akademischen Karriere war ausweislich seiner „Erinnerungen“ das Hintertreiben einer Berufsangelegenheit durch einen Kollegen.

Kein Anhänger der 68er Bewegung

Krockow resümierte später: „In der Welt, aus der ich stamme, gehörte zu den überlieferten Regeln ohnehin, dass man ‚den Abschied nimmt‘, wenn man mit den Dienstverhältnissen, den Vorgesetzten oder mit Befehlen über Kreuz gerät“. Vor allem aber war es die Veränderung an den Hochschulen im Zuge von „1968“, die ihn zur Kündigung veranlasste. Die „alte Uni-

versität“, so Krockow, sei untergegangen, nicht nur aufgrund der Vermassung. Er sah sich, einen zum Schlagwort avancierten Buchtitel von Helmut Schelsky aufgreifend, als Angehöriger der „skeptischen Generation“. Dieser seien „alle Spielarten von Bekehrungs- und Glaubenseifer ein Gräuel, in deren selbstgerecht gutem Gewissen schon die Verfehmung und Verfolgung des Andersdenkenden und mit ihr die Menschenverachtung angelegt sind“. Zwar bemühte sich Krockow durchaus um Verständnis für die Anliegen der „Rebellen von 1968“, attestierte ihnen jedoch, „in fragwürdige deutsche Verhaltensmuster“ zurückzufallen.

Nachdem er die Universität verlassen hatte, gehörte sein publizistisches Interesse zunächst der Politik, der Sportsoziologie oder beispielsweise einer aktuell

ausgerichteten Überblicksdarstellung Mexikos. Seit Beginn der 1980er Jahre dominierte der historische Bereich. Mehrfach mündeten Reisen, vor allem in deutsche oder ehemals deutsche Gebiete in Werke, die Geschichte mit seiner Gegenwart verbanden. In Bezug auf Preußen versuchte er immer, Distanz zu wahren, mitunter etwas bemüht akzentuiert. So, wenn er den Verlag für sein erstes, 1981 erschienenes Preußen-Buch mit den Worten werben ließ: „Graf Krockow warnt vor der Verklärung eines Staates ohne Idee.“

Zahlreich sind die weiteren Werke zum Thema Preußen, etwa eine kurze „Bilanz“ von 1992. Friedrich der Große war mehrfach Gegenstand seines Interesses, einmal in Form eines gelungenen Doppelporträts, das den König zusammen mit dessen Bruder Prinz Heinrich darstellt. Auch dem Schloss Rheinsberg widmete Krockow einen kleinen Band. Obwohl mit sichtlicher Zuneigung stets geschrieben, wiederholte er immer wieder das Diktum Theodor Fontanes, vom „gleich sehr zu hassenden und zu liebenden Preußen“.

Verfasser vieler Biografien

Biografien über Bismarck, Wilhelm II. und Churchill legte Krockow vor oder Titel wie „Die Deutschen in ihrem Jahrhundert 1890–1990“. Seine Heimat rückte er mit „Die Stunde der Frauen. Bericht aus Pommern 1944 bis 1947“ in den Blickpunkt, hier verarbeitete er die Aufzeichnungen seiner Schwester, insbesondere aber mit der 1985 erschienenen „Reise nach Pommern“.

Im Jahr zuvor hatte er das Gebiet im nunmehrigen Polen besucht. Erinnerungen und Schilderungen an das pommerische Leben seiner Jugendjahre sind vorherrschend, versöhnliche Töne bestimmen die Kapitel über die Erfahrungen 40 Jahre nach der Vertreibung. Pommern war für Krockow ein „verschwiegenes

Land“, denn hier liebe die Natur „keine Sprünge, weder ins Schroffe noch ins Verspielte; sie macht nicht von sich reden.“ Als weiterer Grund komme hinzu: „Anderers als von Ostpreußen, Schlesien, der Mark oder Mecklenburg ist von ihm kaum erzählt worden.“ Zur Behebung dieses Mangels trug er mit seinem Buch bei.

Er beschrieb sich als altmodisch

Vor 20 Jahren, am 17. März 2002, ist Christian Graf von Krockow in Hamburg gestorben. Kurz vor seinem Tod vollendete er noch seinen Titel „Einspruch gegen den Zeitgeist“. Er beschrieb sich hier selbst als „altmodisch“. Wirkte sein Gieren als Verweigerer von Computer und Internet auch zu dieser Zeit schon als eher unvorteilhafte Koketterie, so dürften Formulierungen wie „maulende Anspruchsmonster“ für antiautoritär erzogene Kinder zeigen, dass Krockow nicht nur als – im besten Sinne populärwissenschaftlicher – Historiker und Reisender nach wie vor lesenswert ist.



Die gepflegte Schlossanlage heute

● **Info** Das Schloss ist heute Hotel, Restaurant, Museum und Kulturzentrum. Im Museum wird auf Informationstafeln, Bildern, Büchern und originalen Urkunden die Geschichte der Familie von Krockow, des Schlosses und des Dorfes gezeigt. Internet: www.zamekkrokowa.pl/de

TRAUMSTRAND UND RUHE

Das Wolliner Ostseebad Heidebrink

Vom Fischerdorf zum ruhigen Kurort an Pommerns Ostseeküste

Von den Ostseebädern der Insel Wollin ist Misdroy der unangefochtene Primus. Wem aber der sommerliche Trubel beim Inselprimus nicht zusagt, der wird vielleicht in Neuendorf, Heidebrink, Swantus oder West-Dievenow fündig. Diese Wolliner Bäder blieben bisher vom Massentourismus verschont und bieten relative Ruhe und Abgeschiedenheit. Und sie haben einen ebenso schönen Strand und die gleiche Wasserqualität wie Misdroy.

Von der Sonne verwöhnt

Heidebrink [Międzywodzie], die Nummer zwei unter den Wolliner Badeorten, ist sonnenverwöhnt wie alle pommerschen Bäder und kann mit seinem milden Seeklima punkten. Der Ort liegt auf dem Trendel, einer etwa zwei Kilometer breiten Nehrung im Nordosten der Insel, die

den Camminer Bodden von der Ostsee abtrennt und sich über mehr als drei Kilometer bis nach Dievenow erstreckt. Die Hauptstraße des Ortes mit ihren zahlreichen Gaststätten, Geschäften und Kiosken beginnt an der Woiwodschaftsstraße DW 102 und führt über eine hohe Düne direkt zum Strand, der zu einem Bad einlädt. Der schier endlose, feinsandige Strand, auch „Polens Côte d’Azur“ genannt, ist die Hauptattraktion Heidebrinks. Das Wasser wird erst hinter der ersten Sandbank tiefer, Kinder können hier folglich gefahrlos baden. Es verwundert jedoch, dass man hinter der Sandbank recht selten Schwimmer sieht.

Endloser Strand

Der Hafen des Ortes – ein Binnenhafen – liegt am Camminer Bodden, einer Ausbuchtung der Dievenow, und ist vom Ortszentrum aus per pedes in einer halben Stunde erreichbar. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es von hier aus Dampfschiffverbindungen nach Stettin und Cammin. In Sichtweite des Hafens liegen die Insel Gristow und die altehrwürdige Stadt Cammin, die frühere Residenz der Pommernherzöge. Auf der Insel Gristow befinden sich die drei Orte Gristow, Neu Gristow und Bünnewitz. Die Attraktion der Insel ist „der große Stein“.



Ein wundervoller Strand – so schön war es noch im Herbst

Foto: Rosenthal

Er liegt im Norden des Eilands im flachen Wasser und hat einen Umfang von 20 Metern. Es heißt, dass er der Namensgeber für die Stadt Cammin war. Die Insel ist von Cammin aus über eine Brücke erreichbar.

Wenige Kilometer nordöstlich von Heidebrink, eingerahmt vom Dünenwald, befindet sich der „Tote See“. Es handelt sich hier um die frühere Mündung der Dievenow. Die Dievenow, der östliche Mündungsarm der Oder, ergoss ihr Wasser bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in

der Nähe von Heidebrink in die Ostsee. Ein „Durchstich“ verlegte die Mündung nach Dievenow und ließ einen idyllischen, etwa 1,5 Kilometer langen neuen See entstehen. Die Waldwege um den See laden zum Wandern und auch zum Radfahren ein. Die Stadt Dievenow, nach der Heidebrink eingemeindet ist, kann auch in kurzer Zeit erreicht werden.

Einst nur zwei Fischerkaten

Jahrhundertlang war Heidebrink ein Fischerdorf. Ende des 18. Jahrhundert gab

es hier lediglich zwei Fischerkaten. Man fischte in der Ostsee und im Camminer Bodden. Die Reusen und Netze waren immer prall gefüllt. Pommern war berühmt für seinen Fischreichtum.

Ein Jahrhundert später hatte das Fischerdorf, das nach Fritzow eingepfarrt war, bereits zehn Fischerhäuser und 60 Einwohner. Der Kirchgang begann immer mit einer Bootsfahrt, denn das hinterpommersche Dorf Fritzow ließ sich von Heidebrink aus nur auf dem Wasserweg erreichen.

Als Heidebrink zu Beginn des 20. Jahrhunderts See- und Solbad wurde, begann der wirtschaftliche Aufschwung des Ortes. Zunächst zählte man jährlich etwa 800 Badegäste, um 1924 war deren Anzahl bereits auf 2200 angestiegen. Die Einwohnerzahl hatte sich im Jahre 1939 auf 473 erhöht. Seit 1974 ist der Ort Heilbad für rheumatische Erkrankungen. Das Gesundheitszentrum Millennium bietet ganzjährig Kuren an. Die Patienten schätzen die malerische Lage des Bades und seine Ruhe. Und: Seinen ursprünglichen Charakter als Fischerdorf hat der Ort auch heute noch nicht ganz abgelegt.

Den Interessierten unter den Badegästen sei ein Ausflug nach Misdroy, Cammin, Dievenow, Hoff oder Swinemünde empfohlen.

Erwin Rosenthal



Die urwüchsige Küste einst – die Ostsee formt die Küstenlinie immer neu

„Der Überfall lässt sich keinesfalls rechtfertigen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

Der hervorragende Artikel von Herrn Nehring spiegelt in Kürze Versäumnisse der Vergangenheit und das Staunen in der Gegenwart wider.“

Peter Karstens, Eckernförde
zum Thema: Krieg in Europa (Nr. 9)



Ausgabe Nr. 9

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DIE EU HAT SCHLECHTE KARTEN ZU: WAS JETZT? (NR. 8)

Das Ende der Sowjetunion war zweifellos ein Glücksfall für Europa. Die Länder des Baltikums und jene des ehemaligen Ostblocks haben ihre Freiheit wiedererlangt, ohne dass sie von der EU und NATO zum Beitritt gezwungen worden wären. Otto von Habsburg hatte als Europa-Abgeordneter nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auch die Dekolonisierung Mittel- und Osteuropas einschließlich des Baltikums gefordert, was ihm heftige Angriffe deutscher SPD-Politiker einbrachte.

Komplizierter ist die Vorgeschichte der Ukraine. Diese ist im Osten von Russen, im Zentrum und Westen, besonders Ostgalizien, von ebenfalls ostslawischen, aber teilweise auch katholisch-orthodoxen Ukrainern bewohnt. Selbst der Schriftsteller Alexander Solschenizyn propagierte, dass die drei ostslawischen Länder Russland, Belarus und die Ukraine zusammenbleiben sollten. Die Ursachen des brutalen Überfalls auf die Ukraine liegen sicher im unterschweligen Panslawismus und im Wunsch nach Warmwasserhäfen begründet. Der Überfall lässt sich damit aber keinesfalls rechtfertigen.

Im Gegensatz zu den eingangs genannten Ländern hat die EU allerdings im Fall der Ukraine denkbar schlechte Karten. Russland wird nie darauf verzichten, dieses Land wie Belarus an sich zu binden. So ist zu hoffen, dass der Konflikt begrenzt bleibt und bald endet.

Dr. Wolfram Euler, München

„BEWAFFNETER FRIEDE“ ZU: DAS ENDE VIELER TRÄUME UND DER HARTE AUFPRALL IN DER REALPOLITIK (NR. 9)

Wenn die westlichen Medien von „Putins Krieg“ sprechen, dann sollte auf jeden Fall ergänzt werden: Auch der Westen hat daran seinen Anteil.

Längst waren meiner Meinung nach nicht alle diplomatisch-politischen Chan-

cen genutzt worden, um diesen irrsinnigen Krieg zu verhindern. Doch mit der grenzenlosen Arroganz und der Inkompetenz – besonders der deutschen Politik – ist es schließlich Putin nicht mehr schwergefallen, den Angriffsbefehl auf die Ukraine zu erteilen.

Kurzfristig dürfte ihm klar geworden sein, dass man mit den Politikern aus Berlin machen kann, was man will. Und längerfristig rückschauend wird nun deutlich, welche katastrophale Politik – besonders der Merkel-Ära – dazu geführt hat, dass sich Deutschland von einem starken sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Staat in eine hilflose, abwehrunfähige, destabilisierte Ruine entwickelt hat, in der grün-linke Ideologie eine vernichtende Dominanz eroberte.

„Der Friede muss bewaffnet sein...“ Haben die Ignoranten in der deutschen Gegenwarts politik nicht wenigstens einmal Wilhelm Busch gelesen?

Manfred Kristen, Freital

GESCHICHTSMÄRCHEN ZU: EIN NEUER KALTER ODER HEIS- SER KRIEG WÄRE EINE KATASTRO- PHE FÜR ALLE SEITEN (NR. 8)

In seiner Rede am Montagabend, dem 21. Februar 2022, hat Wladimir Putin eine Neuordnung der territorialen Grenzen in Europa angekündigt. Für die Ostpreußen und alle anderen Heimatvertriebenen von besonderer Bedeutung war aus meiner Sicht eine Aussage in seiner Rede: „Sowohl vor als auch nach dem Großen Vaterländischen Krieg gliederte Stalin einige Gebiete in die UdSSR ein, die zuvor zu Polen, Rumänien und Ungarn gehörten, und übertrug sie der Ukraine. Dafür gab er Polen einen Teil des traditionell deutschen Landes als Entschädigung, und 1954 nahm Chruschtschow Russland aus irgendeinem Grund die Krim weg und gab sie ebenfalls der Ukraine ... Dafür gab er Polen einen Teil des traditionell deutschen Landes als Entschädigung.“

Die polnische Mär von den „wiedergewonnenen Gebieten“ dürfte damit end-

gültig widerlegt sein. Es handelte sich, wie wir Vertriebenen ohnehin seit eh und je wissen, um traditionell deutsche Gebiete. Doch weshalb wird die Wahrung des Völkerrechts für die Ukrainer eingefordert (und für alle anderen Völker dieser Welt), nicht aber für uns Deutsche?

Wilhelm Kreuer, Unkel

VERSTÄNDNIS FÜR BLOCKADE? ZU: AUF DEM WEG ZUR „GRÜNEN RAF“ (NR. 9)

Da stehen selbst mir als Eisenbahner und Eisenbahnfreund beim Lesen die Haare zu Berge. Eine selbsternannte Polit-Zoff-Truppe legte neulich für drei Stunden die Autobahn lahm – unter der Leitung einer Grundschullehrerin! Es sieht so aus, als wären das neue Vorbilder für unmündige Grundschüler. Von Verhältnismäßigkeit hält die gut bezahlte Staatsbedienstete offenbar nichts, die hier mit gleichgesinnten „Aktivisten“ gegen ihren eigenen Arbeitgeber vorgeht.

Es hat den Anschein, als ob das „von oben“ – nicht nur finanziell – unterstützt wird wie viele linke Aktionsgruppen. Hier sind hunderte Menschen in Geiselschaft genommen worden für die Demonstration einer privaten Meinung, alles natürlich „ordentlich“ angemeldet, mit „FFP“-Maske versehen und auf Abstand. Das ist das Wichtigste und reicht schon, um eine Lebensader komplett lahmzulegen.

Diese Leute drohen jetzt schon mit weiteren Aktionen, die die Gesellschaft noch härter treffen sollen. Will man so Sympathie gewinnen? Dadurch wird die Eisenbahnstrecke Tribsees-Velgast auch nicht wieder zum Leben erweckt. Und der Staat unternimmt nichts, weil die freie Meinungsäußerung in Zusammenhang mit der Demonstrationsfreiheit höherwertig ist als private Schäden, die durch eine Autobahnblockade entstehen.

Es wird also nicht einmal eine Anzeige wegen grobfahrlässiger Verkehrsbehinderung geben, so ein Polizeisprecher. Man kann jedoch sicher sein, dass eine andere Organisation, die nicht so regierungsnah

ist, bei der gleichen Tat hart rangenommen werden würde. Zweierlei Maß gilt auch hier. Bis auf ein paar extremistische „Sympathisanten“ hat dafür doch wohl kaum jemand Verständnis. Oder muss man das neuerdings etwa haben?

Carsten Behm, Stralsund

HASCH MACHT DUMM ZU: WARNUNG VOR FOLGEN- SCHWEREM IRRTUM (NR. 8)

Den ausgezeichneten Ausführungen über psychische Störungen durch Cannabis-konsum ist Folgendes zu ergänzen: Tetrahydrocannabinol (THC), der Wirkstoff von Cannabis-Produkten, reduziert die Chromosomenzahl des menschlichen Genoms von 46 auf 23 (der Chromosomenzahl eines Frosches). Damit werden alle Organe des menschlichen Organismus geschädigt. Die Befürworter des Cannabis-Konsums als einer „bewusstseinsweiternden Droge“ unterliegen einer Sinnestäuschung.

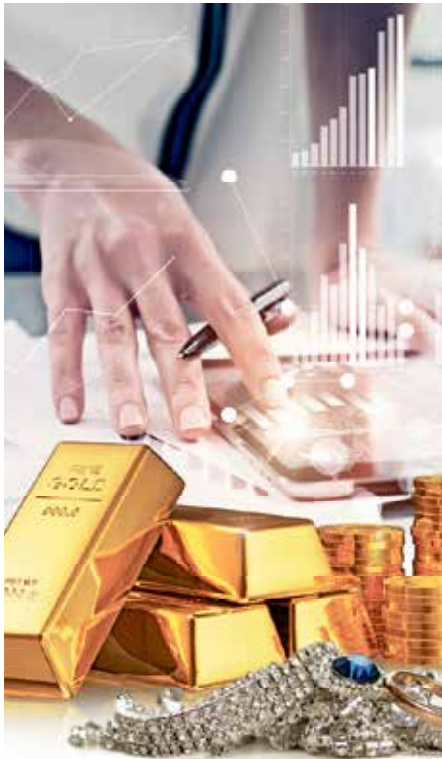
Schon zu Beginn der 1970er Jahre verbreitete sich die Einsicht: Hasch löst keine gesellschaftlichen Probleme. Es löst nicht einmal private Probleme. Hasch-Rauchen macht dumm. Charles Baudelaire, selbst Hasch-Konsument, bekennt: „Wenn ein Staat den Untergang seiner Untertanen möchte, braucht er sie nur zum Haschkonsum zu ermutigen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Dr. Wolfgang Link, Gengenbach

ÜBER BORD GEWORFEN ZU: VORDENKER DER ROMANTIK (NR. 9)

Ein sehr erhellender Artikel über Friedrich Schlegel, der dessen Bedeutung für die Romantiker gut erklärt. Vielleicht hätte man hinzufügen können, dass der Pastorensohn aus Hannover im Alter zum Katholizismus konvertierte und seine hehren Ideen von einer „progressiven Universalpoesie“ geradezu reaktionär über Bord warf. *Matthias Schöne, Hannover*

ANZEIGE



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Wo Ihre Wertsachen gut aufgehoben sind

■ Wohin mit den Ersparnissen in diesen Zeiten? In Sachwerte investieren? Eine gute Idee. Aber wie finde ich die seriösesten Händler und wo kann ich die Wertsachen sicher aufbewahren? Dieser neue Ratgeber gibt Ihnen wertvolle Tipps.

Die Bedrohung durch Inflation, Strafzinsen und Währungskatastrophen

Die Inflation explodiert. Und immer mehr Banken berechnen ihren Kunden Strafzinsen für Kontoguthaben. Wo bei die Grenze, ab der dieses »Verwahrtgelt« berechnet wird, immer weiter sinkt. Wer das nicht akzeptiert, dem drohen Banken schon mal dreist mit der Kontokündigung.

Sachwerte: Was kaufen? Wo und wie lagern?

Immer mehr Sparer und Anleger investieren daher in inflationsgeschützte Sachwerte – vor allem in Edelmetalle, Edelsteine, Schmuck und Uhren. Doch wohin mit den kostbaren Stücken? Selbst der widerstandsfähigste Tresor bei Ihnen zu Hause schützt Ihre Schätze nicht, wenn brutale Einbrecher Sie mit der Waffe bedrohen und zum Öffnen des Panzerschranks zwingen.

Das praxiserprobte Sicherheitskonzept für Ihre Wertsachen

Bleibt als Alternative ein Wertschließfach bei Ihrer Bank. Doch seit die Geldinstitute aus Kostengründen eine Filiale nach der anderen schließen, werden die Wertschließ-

fächer knapp. Viele Banken führen bereits lange Wartelisten. Zudem haben sie einen weiteren großen Nachteil.

Die schlimmsten Fehler vermeiden

Der Ausweg: bankenunabhängige Wertschließfächer – gut geschützt und bestens versichert.

Alles, was Sie wissen müssen,
um Ihre Wertsachen optimal aufzubewahren,
verrät Ihnen der Wirtschaftsjournalist
Michael Brückner in dieser Neuerscheinung.

Erfahren Sie in diesem praxisnahen und aktuellen Ratgeber:

- Wie Sie Wertsachen, Dokumente, Bargeld und Schmuck sicher aufbewahren
- Welche Verstecke die größten Risiken bergen
- Was Tresore wirklich taugen
- Welche Alternativen es für Bankschließfächer gibt

Gehen Sie auf Nummer sicher und profitieren Sie von diesem praxiserprobten Sicherheitskonzept.

Michael Brückner: In Sachwerte investieren und diese sicher aufbewahren • gebunden • 159 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 985 400 • 14.99 €

Damit Sie in Ruhe
schlafen können!



LUFTFAHRT

Fliegen wird weiblicher

Im PAZ-Gespräch schildert eine Flugkapitänin, wie sie ihren Traumberuf gegen die Männerkonkurrenz verwirklichen konnte

Pilotin Susanne Erdmann ist ein sogenannter Fleetcaptain der Airbus-A320-Flotte von Lufthansa in Frankfurt am Main. Neben dieser Führungsposition ist sie auch als Flugkapitänin unterwegs im europäischen Streckennetz. PAZ-Autorin Silvia Friedrich sprach mit ihr über die Herausforderungen an Frauen für diesen Beruf.

PAZ: Wollten Sie schon als Kind Pilotin werden?

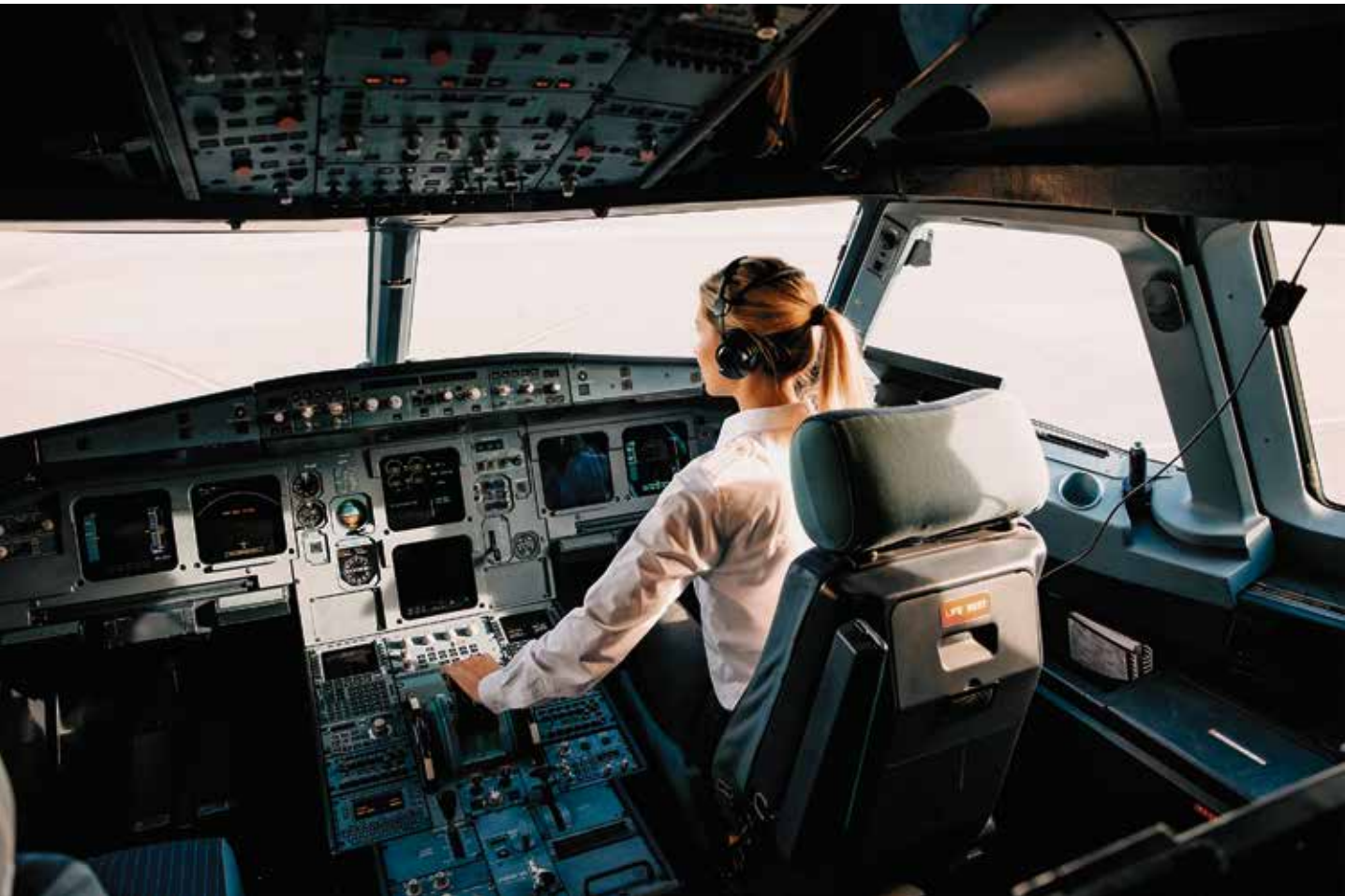
Erdmann: Ja, ich war schon als Kind von der Fliegerei begeistert und habe im Alter von 15 Jahren mit dem Segelfliegen begonnen. Danach war für mich klar, dass ich auch beruflich fliegen möchte. Durch Zufall lernte mein Vater einen Lufthansa-Flugkapitän kennen und dieser bot an, mich einmal auf einem seiner Flüge mitzunehmen. Zu der Zeit war ein Mitflug im Cockpit noch möglich. Ich weiß noch genau, wie ich mit glänzenden Augen dort auf dem Klappsitz saß und mir dachte, das ist ja noch viel besser, als du es dir vorgestellt hast. Nach Beendigung meiner Ausbildung sind wir dann auch tatsächlich zusammen im Cockpit geflogen, er als Kapitän und ich als Erster Offizier.

Welches war Ihr Lieblingsfach in der Schule, und hatte das bereits mit Ihrer jetzigen Arbeit zu tun?

Am meisten Spaß haben mir die Sprachen gemacht: Englisch und Französisch. Da unsere gesamte Literatur in der Fliegerei auf Englisch ist, war der Englisch-Leistungskurs eine gute Wahl. Ein gesundes Interesse an Naturwissenschaften sollte man auch auf jeden Fall mitbringen.

Warum sollten gerade Mädchen diesen Beruf ergreifen?

Die ersten Pilotinnen bei der Lufthansa gab es im Jahr 1988. Heute sind wir bei einem durchschnittlichen Damenanteil von etwa 7,4 Prozent, und wir freuen uns sehr über weiteren weiblichen Nachwuchs für die Cockpits. Es ist ein spannender, fordernder Beruf, der eine tolle Kombination aus Technik und Zusammenarbeit mit Menschen bietet. Bei der Arbeit verbringt man einen großen Teil seines Lebens, und es ist ein Privileg, einen Beruf ausüben zu dürfen, der auch noch Spaß macht und bei dem man die große weite Welt bereisen kann.



Der Traum vom Fliegen: Nur wenige Frauen schaffen es als Pilotin ins Cockpit eines Verkehrsflugzeugs

Foto: Shutterstock

Welchen Rat würden Sie Mädchen diesbezüglich geben?

Die eigenen Ziele konsequent verfolgen und sich nicht beirren lassen.

Wie ist der typische Ausbildungsweg, um Pilotin und Flugkapitänin zu werden?

Nach dem Abitur habe ich mich direkt bei Lufthansa beworben, und nach bestandenerm Aufnahmetest erfolgte die Ausbildung an der Lufthansa-Flugschule.

Gab oder gibt es Probleme, wenn man als Frau in dieser ehemaligen Männerdomäne arbeitet?

Die ersten Damen in den Cockpits hatten sicherlich einige Herausforderungen zu meistern. Manchmal staunt heute noch der eine oder andere Passagier, wenn eine weibliche Stimme aus dem Cockpit klingt. Wir sind aber sicherlich auf einem guten Weg Richtung Normalität, und es ist toll, dass Frauen heutzutage auch Berufe ausüben können, von denen unsere Großmütter nur träumen konnten.

Was macht Ihren Beruf zu einem wahren Traumjob?

Mindestens einmal am Tag die Sonne zu sehen. Besonders toll ist der Start auf einem nebelverhangenen, regnerischen Flughafen: in wenigen Sekunden die Wolkendecke zu durchfliegen und in helles Sonnenlicht zu tauchen.

Was macht in der Fliegerei am meisten Spaß?

Das Fliegen selbst und die Zusammenarbeit mit den Kollegen am Boden und in der Luft, denn es gehören einige Menschen dazu, so ein Flugzeug überhaupt in die Luft zu bringen: von den Technikern, die das Flugzeug warten, den Tankern, die das Flugzeug mit Kerosin betanken, dem Beladepersonal, welches die Koffer und die Fracht korrekt einlädt, bis hin zu den Kollegen in der Kabine, die sich um die Gäste kümmern, und nicht zuletzt den Lotsen der Flugverkehrskontrolle, die uns auf den Radarschirmen überwachen und dafür sorgen, dass wir immer sicher ans Ziel kommen.

Wie schafft man es, bei Nachtflügen wach zu bleiben?

Am besten versucht man, davor etwas zu schlafen, was leider nicht immer gelingt. Während des Fluges hilft dann ein nettes Gespräch mit den Kollegen, die unten vorbeiziehende Landschaft zu betrachten. Und manchmal gibt es auch etwas Besonderes, wie Polarlichter oder Sternschnuppen zu bestaunen.

Haben Sie ein Lieblingsflugzeug, und wenn ja, warum gerade dieses?

Die Boeing 747 oder auch Jumbo genannt. Es ist eines der größten Flugzeuge mit einem Startgewicht von rund 400 Tonnen. Schauen Sie sich doch mal den Start eines Jumbos an. Wenn er auf der Startbahn steht und langsam anfängt zu beschleunigen mit hängenden Tragflächen voller Kerosin und dann immer schneller und schneller wird, die Flächen biegen sich immer weiter nach oben, bis er schließlich mit durchgebogenen Tragflächen vom Boden abhebt und in die Lüfte steigt, das sieht einfach majestätisch aus.

Wie haben Sie den Lockdown erlebt, als der Passagierflugverkehr fast zum Erliegen kam?

Die Pandemie hat in der weltweiten Luftfahrt eine große Krise ausgelöst. Ich war insofern etwas abgelenkt, als ich mit Beginn der Pandemie einen kleinen Sohn bekommen habe und mich zu Hause um ihn kümmern konnte, bevor ich Anfang vergangenen Jahres wieder in die Fliegerei zurückgekehrt bin. Nach so einer langen Abwesenheit heißt es erst einmal, wieder viel Theorie zu lernen und einige Simulatorstunden zu absolvieren, bevor es wieder zurück ins Flugzeug geht.

Was raten Sie Menschen, die Flugangst haben?

Jeder hat einmal vor etwas Angst, und das ist auch gar nicht schlimm. Der eine geht nicht gern zum Zahnarzt und der nächste reist nicht immer gern mit einem Flugzeug. Am besten beim Einsteigen gleich bei der Besatzung melden und um Unterstützung bitten. Am Boden erklärt die Crew auch gern das eine oder andere.

Hatten Sie selbst schon einmal Angst beim Fliegen?

Nein, unsere Flugzeuge werden exzellent gewartet, und wir werden sehr gut ausgebildet und trainiert, sodass jeder vollstes Vertrauen haben darf, der zu uns ins Flugzeug steigt.

Gibt es Traum-Orte, wo Sie selbst gerne noch einmal hinfliegen möchten?

Auf die Malediven. Bereits im Sinkflug kann man die vielen kleinen Inseln mit Palmen und weißem Sandstrand bewundern, ein echtes Traumziel.



Flugkapitänin Susanne Erdmann

AUSFLUG

Die Burgziegen im Urwald

Die Thüringer Leuchtenburg lädt zum „Frühlingszauber“ ein, bevor man am ersten Aprilwochenende die Porzellan-Tage feiert

Pünktlich zum Frühlingsbeginn startet die Leuchtenburg in Thüringen mit dem „Leuchtenburger Frühlingszauber“. Vom 19. März bis 8. Mai geht es auf der Höhenburg im thüringischen Seitenroda besonders farbenfroh und blumig in die Saison. Burggärtnerin Kerstin Fischer gibt dem mittelalterlichen Bauwerk mit den Burgmestern ein Blumenkleid und verwandelt die mittelalterliche Burganlage auf 10.000 Quadratmetern in eine atemberaubende Frühlingslandschaft.

Überall gibt es Blüten, bunte Überraschungen und Inszenierungen zu sehen. Im kleinsten Winkel sprießen farbenfrohe Frühlingsblüher und lockt frisches Grün zum Verweilen. Zur Begrüßung vor der Burg, im Innenhof bis in die Ausstellungsräume der Porzellanwelten hinein erwacht die hoch über dem Saaletal gelegene Burg aus dem ruhigen Winterschlaf.



Bunte Vielfalt: Blumige Frühlingsboten auf der Leuchtenburg

Tulpen, Narzissen, Hornveilchen, Primeln, Schneeglöckchen und Stiefmütterchen – alles was bunt ist, ist zur Blumen-schau geladen.

In diesem Jahr steht der Frühlingszauber unter dem Motto „Fantasia“ und wartet mit besonders überraschenden Attraktionen auf die Gäste. Ein überdimensionales, bepflanztes Herz lockt Verliebte zum Fotokuss, ein riesiger Wasserspeier lässt Kannen regnen, und die Burgziegen sind in einen Urwald umgezogen. Direkt vor dem „Steg der Wünsche“, auf dem Scherben Glück bringen, stimmt eine Kannen-Oster-Insel auf die bevorstehenden Feiertage ein.

Burggärtnerin Fischer legt bei ihrer Arbeit besonderen Wert auf Ressourcenschonung. Sie arbeitet vor allem mit Naturmaterialien und alten Stücken: Unikate vergangener Jahrhunderte – echte Mu-

seumsstücke – werden zum Blühen gebracht. Aber auch aus Porzellan zaubert sie Überraschendes: Tassen, Saucieren und Porzellanscherben werden in die künstlerisch-florale Gestaltung integriert. Weidenruten, Birkenrinde, Schneckenhäuser – kurzum, alles was die Natur hervorbringt – verwandelt die Gärtnerin aus Leidenschaft zu einem blühenden Gesamtkunstwerk.

Ilka Kunze/tws

● **Leuchtenburger Frühlingszauber** ist vom 19. März bis zum 8. Mai (Muttertag) täglich zu besichtigen (im März von 10 bis 17 Uhr und im April von 9 bis 18 Uhr). Während dieser Zeit sind folgende Sonderaktionen geplant: 2./3. April „Tag des Thüringer Porzellans“, 15. bis 18. April „Ostern auf der Leuchtenburg“, 24. April „Cos in the Castle – Fototreffen der Cosplayer und Anime“

FÜR SIE GELESEN

Auftakt zur Saison

Campingurlaub erfreut sich immer größerer Beliebtheit, was sich auch auf die Zahl der Campingplätze auswirkt. Mehr als 12.000 Camping- und Stellplätze in Europa führt der „ACSI CampingCard & Stellplatzführer 2022“ auf. Seit 1965 herausgegeben, wird das beliebte Hilfsmittel für Freunde dieser Urlaubsart jährlich aktualisiert und erweitert. Rechtzeitig zum Saisonstart ist nun die diesjährige Auflage erschienen.

Die in zwei Bänden vorgestellten Plätze sind stets von Inspektoren des Auto Camper Service International (ACSI) besucht worden, was aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie eine große Herausforderung war. Dennoch ist es gelungen, auch in diesem Jahr eine aktualisierte Auflage zusammenzustellen.

Die Bücher enthalten neben allgemeinen Informationen wichtige Angaben zu den in alphabetischer Reihenfolge mit Foto vorgestellten Plätzen wie Adresse, GPS-Koordinaten, Lage und Ausstattung. Zusätzlich ist eine herausstrennbare Ermäßigungskarte enthalten, mit der Camper auf mehr als 3000 Campingplätzen Rabatte bis zu 60 Prozent erhalten können, zumindest in der Nebensaison. Für den „ACSI“ gibt es eine kostenpflichtige App, mit der man auch offline sämtliche Daten einsehen kann.

Manuela Rosenthal-Kappi



ACSI CampingCard & Stellplatzführer 2022, zwei Teile, Hallwag Verlag, München 2022, 994/938 Seiten, broschiert, 26,95 Euro

Spannende Unterhaltung

Einen spannenden, gut geschriebenen Krimi legt Simon Beckett mit „Die Verlorenen“ vor. Jonah Colley, ein verdeckter Ermittler der Londoner Polizei, wird von seinem einst besten Freund Gavin angerufen, zu dem er seit zehn Jahren keinen Kontakt mehr hatte. Von dem Treffen erhofft er sich neue Informationen zum Verschwinden seines Sohnes vor zehn Jahren.

Am Hafenkai erwartet Colley eine düstere nächtliche Umgebung. Im alten, verlassenen Lagerhaus liegt Gavin scheinbar leblos auf einer Plastikfolie. Bevor sich Colley der Gefahr bewusst ist, bekommt er einen Schlag auf den Kopf. Irgendwie schafft er es zu entkommen, Gavin ist allerdings verschwunden.

Der Londoner Inspektor Flechter zweifelt an Colleys Aussage. Colley ermittelt nun selbst in dem Fall, bei dem er fast sein Leben verloren, aber beinahe eine Kniescheibe eingebüßt hätte. Obwohl er nur humpelnd ermitteln kann, findet er sehr viele neue Hinweise, und nicht nur der Inspektor sitzt ihm im Nacken, auch der Täter scheint ein Auge auf sein Leben geworfen zu haben.

Angela Selke



Simon Beckett: „Die Verlorenen“, Wunderlich Verlag, Hamburg 2021, gebunden, 411 Seiten, 24 Euro

REISEFÜHRER



Wunderschönes Masuren

Ob Radeln, Wandern, aktiv auf dem Wasser oder an den zahlreichen Stränden die Seele baumeln lassen – an den Masurischen Seen ist all das möglich

Die Masurischen Seen sind gerade für viele Ostpreußen-Liebhaber ein Sehnsuchtsort. Auf den Spuren der Vorfahren lässt sich die Region auf vielfältige Weise entdecken. Bei der Vorbereitung wie auch unterwegs vor

Ort ist der handliche Reiseführer eine nützliche Hilfe mit zahlreichen Tipps und Informationen in Text und Bild. Erfreulich ist, dass die deutschen Ortsnamen nicht vergessen wurden.

MRK

„Marco Polo: Masurische Seen“, Mairdumont Verlag, Ostfildern, 12. komplett überarbeitete und neu gestaltete Auflage 2022, broschiert, 136 Seiten mit herausnehmbarer Faltkarte, 14,95 Euro

BOTANIK

Die Eiweißpflanze, ein Knochenheiler

Regine Ebert, Gründerin einer Kräuterschule, stellt Beinwell für die Anwendung in der Heilkunde, in der Küche sowie für Kosmetik und im Garten vor

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Der AT-Verlag ist bekannt für seine hochwertigen und bildreichen Bücher. „Beinwell. Knochenheiler aus der Pflanzenwelt. Anwendung in Heilkunde, Küche, Kosmetik und Garten“ von Regine Ebert macht hier keine Ausnahme. Auf über 200 Seiten vermittelt Ebert ein umfangreiches Wissen über diese Heilpflanze.

Der Autorin geht es in ihrem Sachbuch darum, Informationen zum Beinwell und all seinen Arten zu „sortieren und zu hinterfragen, die Erkenntnisse der Wissenschaft ernstzunehmen und gleichzeitig das alte Wissen nicht zu vergessen“.

Seit 2000 Jahren als Heilpflanze bekannt

Beinwell hat eine 2000 Jahre alte Geschichte. Schon im ersten Jahrhundert nach Christi wurde er vom griechischen Arzt Dioskurides beschrieben. Natürlich kannte auch Hildegard von Bingen seine heilende Wirkung und empfahl die Pflanze bei Wunden und Geschwüren. Paracelsus nutzte Beinwell bei Knochenbrüchen und Wunden.

In den späten 60er Jahren des 20. Jahrhunderts brach mit der Entdeckung der Pyrrolizidinalkaloide eine Diskussion los, die alle Pflanzen mit diesen besonderen Alkaloiden als gefährlich einstufte. Einige der Pyrrolizidinalkaloide wirken krebserregend und schaden immens der Leber. Deshalb gibt Ebert nicht nur Tipps, wie und wann man am besten

die Wurzeln des Beinwells ausgräbt und verarbeitet, sondern erwähnt auch Studien und Archive, um dem Leser ein umfassendes Bild zur Forschungslage der krebserregenden Alkaloide zu ermöglichen. Letztlich müsse jeder Mensch für sich selbst entscheiden, ob er der heilenden Wirkung der Pflanze mehr Gewicht beimisst als der unzureichenden Forschungslage.

In den Texten der Autorin fließen oft esoterische Ansätze ein. Wer so etwas nicht mag oder nicht darüber weglesen kann, sollte sich eine andere Informationsquelle zum Beinwell suchen. Alle anderen erfahren in diesem Buch viel über die Pflanze, ihre Inhaltsstoffe, ihre Geschichte, die Anwendung als Heilpflanze und als Düngemittel, als kosmetische Hilfe oder als Erste-Hilfe-Maßnahme.

Die Rezepte sind leicht zu verstehen und die Anwendungsweise klar beschrieben. Bilder verdeutlichen die Anleitungen wie zum Beispiel bei einer Topfdestille.

Ein Literaturverzeichnis und ein Stichwortverzeichnis runden mit einem ausführlichen und kleinteiligen Inhaltsverzeichnis das Sachbuch ab.



Regine Ebert: „Beinwell. Knochenheiler aus der Pflanzenwelt. Anwendung in Heilkunde, Küche, Kosmetik und Garten“, AT Verlag, Aarau und München, 2022, gebunden, 208 Seiten, 24 Euro

„RUHRPOLEN“

Polnische Arbeiter im Kaiserreich

Matthias Blazek erzählt die Geschichte der Erwerbszuwanderer ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Ruhrgebiet

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die Forschungen zur eigenen Familiengeschichte veranlassen den Historiographen Matthias Blazek zu einer intensiven Beschäftigung mit der Geschichte der sogenannten Ruhrpolen. Gemeint sind Erwerbszuwanderer aus Polen, Ost- und Westpreußen, der Kaschubei sowie Schlesien, die sich ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im rheinisch-westfälischen Industriebezirk niederließen, um dort als Bergleute oder in der Industrie zu arbeiten. „Polacy w Westfalii – Polen in Westfalen. Polnische Migration ins Ruhrgebiet“ lautet der Titel einer Aufsatzsammlung von Blazek. Der Band enthält neben einem allgemeinen Überblick inhaltlich gesonderte Kapitel, in denen die Lebensumstände der Polnisch sprechenden Zuwanderer im heutigen Ruhrgebiet zur Zeit des deutschen Kaiserreichs im Fokus stehen sowie unter anderem beispielhaft eine Firmengeschichte und eine Ortsteilgeschichte.

Die zugewanderten Arbeitskräfte lebten in Zechenkolonien, in denen sich Viertel mit überwiegend polnischen Bewohnern bildeten. Diese gründeten Vereine und Gewerkschaften. Das Anwerben von Landarbeitern in den agrarischen Ostprovinzen für die Zechen des Ruhrgebiets erfolgte durch Agenten. Ein in voller Länge abgedruckter Bericht aus dem Jahr 1909 erhellt die jammervolle Lage der westpreußischen Landarbeiter, der viele, vor allem jüngere Menschen, zu entkommen suchten.

Der aus Luxemburg stammende Stuttgarter Verlagsmitarbeiter Tony Kellen behandelte in einem 1919 erschienenen Aufsatz die kulturellen Unterschiede zwischen Masuren und Polen sowie die eher distanzierte westdeutsche Sicht auf die Ruhrpolen. „Die Polen sind durchweg katholisch, die Masuren protestantisch. Obschon Polen und Masuren gleicher Abstammung sind, unterscheiden sie sich bedeutend. Politisch halten die Masuren treu zu Preußen und dessen Königshaus. Sie verdeutschen sich denn auch ziemlich schnell. Dem Gemeinschaftsgefühl der Polen ist es nicht zum wenigsten zuzuschreiben, dass sie sich erfolgreich gegen die Verdeutschung gewehrt haben. Bei den Deutschen stehen die Polen nicht hoch in Ehren, weil sie die Löhne drücken und raufflüst sind, sobald sie getrunken haben.“

Basierend auf einer akribischen Auswertung von archivalischen und literarischen Quellen, liefert der Band mit umfangreichem Anhang einen wertvollen Beitrag zur Bergbaugeschichte sowie für die Familienforschung. Zur Anschauung tragen Karten sowie viele bisher unveröffentlichte Fotos und Bilder bei.



Matthias Blazek: „Polacy w Westfalii – Polen in Westfalen. Polnische Migration ins Ruhrgebiet“, ibidem-Verlag, Stuttgart 2021, broschiert, 146 Seiten, 19,90 Euro

HISTORISCHES FUNDSTÜCK

Kleine Fahrt ums große Haff

Das Frische Haff – ein passionierter Segler erinnert sich an wundervolle Ausflüge in eine unberührte Natur

VON MARKUS JOACHIM TIDICK

Den Freunden, die mich veranlasst haben, über das Frische Haff zu schreiben, ihnen gebt bitte die Schuld, wenn hier nicht alles, was dazu gehört und was wichtig ist, mit sauberer Exaktheit aufgezeichnet wird. Denn sie haben es gewusst, dass mein Namensgedächtnis schlecht, meine historischen Kenntnisse mäßig sind, und dass ich in meinem Kopf keinen Baedeker habe, in dem die Sachen, die man sich ganz bestimmt angucken soll, mit einem Stern bezeichnet sind. Ich habe mir nämlich die Sache mit dem Stern meist gar nicht so genau angeguckt, weil mir manchmal ein Dutzend Schilfhalme in einer winzig kleinen Bucht oder eine Leuchttonne des Fahrwassers oder die aufgemalten Gardinen auf dem breiten Heck einer Tolkemiter Lomme vielmehr Spaß machten – meine Lehrer mögen mir verzeihen.

Ich bin Segler, und ich habe schon als Junge im selbstgebauten Boot angefangen, über das Haff zu schippern. Und das Land rundherum, seht ihr, das gewann für mich vor allem Bedeutung, soweit es der Rand und der Rahmen für das Haff war. Die Chausseen, die großen und kleinen Wege, die es da ringsum gab, die waren nicht so wichtig. Wir betrachteten das Land aus der Perspektive des Wassers, wir eroberten seine Schönheiten vom Ufer her; uns waren Dinge vertraut, die dem Autofahrer und dem Fußgänger immer Geheimnisse geblieben sind, und ich bin nach wie vor der Meinung, dass diese Betrachtungsweise für einen großen Teil unserer herrlichen wasserreichen Heimat die schönste ist.

Seglertribut dem Weißen Mann

Da wir von Königsberg kamen, begann das Haff damit, dass der Pregel zu Ende war. Dass aus der Enge plötzlich eine schimmernde Weite wurde, die das kleine Boot nicht immer freundlich empfing. Dass man rechts den Seekanal liegen ließ und an der ersten der acht langgestreckten Kanalinseln vorbei nach links auf das Haff hinauslief mit südwestlichem Kurs. Der Weiße Mann, dieser konisch zulaufende, unten schwarz und oben weiß gestrichene runde Turm, war ein altes Seezeichen, längst außer Betrieb für die Schifffahrt. Aber für uns war er wichtig. Er begrüßte jedes ausfahrende und verabschiedete, jedes heimkehrende Boot im Namen des Frischen Haffs. Wir aber erwiesen ihm die schuldige Reverenz, indem wir einen Schluck aus der Pule ins Wasser kippten und ihm dann ein grobes Wort zuriefen.

Der Umgangston war nun einmal rau, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Kerl wie der Weiße Mann, der jahraus, jahrein bei Sturm und Wetter auf einer einsamen Insel steht, Wert auf höfische Sitten legt. Wir sind immer gut ausgekommen. Um ihn als Symbol den Seglern auf alle Fälle zu erhalten, habe ich sogar einmal den Versuch gemacht, ihn zu kaufen. Die Wasserbaudirektion, der er dienstplanmäßig unterstand, hat mich wohl für einen Verrückten gehalten. Aber mitten im Kriege und mitten im Winter haben wir uns seiner erinnert, wir drei Kumpane, die auf Weihnachtssurlaub waren. Mit viel Mühe, einem Boot und großen Leitern sind wir durch die Eisschollen zu ihm hingefahren und haben ihm ein wunderschönes Gesicht aufgemalt, das bis auf die andere Seite des Haffs zu sehen war.

Die Bucht mit dem Dörfchen Haffstrom hat uns im Sommer kaum gereizt. Sie war zu flach, und am Sonntag parkten auf dem Ufersand Tausend Radfahrer, die zum Baden gekommen waren. Nur die alte,



Fischerboote kehren Heim: Fischer aus Rosenberg, fotografiert um 1935

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

weißgetünchte Kirche grüßte über die Kronen der Kastanien herüber. Dafür wurde Haffstrom im Winter, wenn wir eissegelten, für uns zum Mittelpunkt des ganzen Haffs, und im Dorf kannte der kleinste Steppke, dem noch der Hemdenzipfel aus der Hose hing, unsere Rennschlitten mit Namen.

Rechts blieben also, wenn man so hinaussegelte, viele Kilometer weit die langgestreckten Inseln neben uns, die Haff und Seekanal voneinander trennten. Ein Paradies, vor allem für die Paddler und Ruderer. Man rechnete überhaupt nach Inseln. „Wo treffen wir uns?“ „An der achten Insel, denke ich.“ Es konnte natürlich auch die sechste oder die vierte sein, und für die Faulen vielleicht die zweite. Auf jeder aber ein ganz bestimmter Punkt, den Eingeweihten bekannt. Hier war ein Steg günstig, dort eine winzige geschützte Bucht, da der weiße Sand. Überall brauchte man eine Invasion vom Festland nicht zu fürchten. Da lagen dann Groß-Heydekrug, Zimmerbude und Peyse, wir brauchten nur über den Seekanal zu fahren, wenn wir das Nachtleben genießen wollten. Meist wollten wir nicht. Die Vorstellung, die es auf den Inseln gab, wenn sich am Abend Himmel und Wasser von rot bis grün verfärbten und wenn die schwarzen Keitelkähne mit ihren roten Wikinger-Segeln in endloser Kette ausliefen zum Fang, diese Vorstellung war schöner als die beste Drehorgel, der lauteste Rummel und das beste Glas Steinhäger im Dorf.

Aber ich habe Angst, wir segeln zu langsam. Ihr habt einen schlechten Kaptein, der überall hängen bleibt, an jedem Schilfhalm, jedem Busch, den er kennt und jedem Leuchtfeuer, an dem er hundertmal vorbeischipperte. Lassen wir es Nacht werden und segeln wir weiter, lassen wir auch noch den Mond vorkommen, und lassen wir sie dann aufleuchten, die Illumination der Leuchtfeuer, der geruhsam und gleichmäßig brennenden, der blitzeschießenden Blinkfeuer, der roten, grünen und weißen Lichter auf Tonnen und Schiffen und des roten und weißen Sektors, mit dem der Leuchtturm von Pillau die Schiffe warnt und führt. Ein herrliches, buntes Spiel über der dunklen Weite rauschender Wellen.

Ja, Pillau!

Was stand da bei Westwind oft für eine See im Pillauer Tief! Und ein Strom dazu, der nicht von schlechten Eltern war. Und fast an jedem Sonnabend sah man noch spät in der Nacht, wie weiße Segel von den Blitzzen des Leuchtturms plötzlich erhellt wurden

– Boote, die sich noch in den Hafen schlichen und dort nach Liegeplätzen suchten. Wenn man wissen wollte, wer da war, ging man am besten in die Ilskefalle. Im Tabaksqualm schaukelten unter der verräuchernten Decke Walfischbarten und ausgestopfte Fische, Schiffsmodelle und Mitbringsel aus der ganzen Welt, mit denen die Ilskefalle vollgepropft war. Und sicher weiß mancher von euch, was das kleine Höschen dazwischen zu bedeuten hatte, das zum Herablassen an einer Schnur eingerichtet war. Wehe dem Neuling, der das ahnungslos tat! Ohne ein Wort zu verlieren, brachte der Wirt eine Runde für das ganze Lokal, und dem Ärmsten wurde sie angekreidet.

Kch – kch – kch – kch, das sind die Glühkopfmotoren der Pillauer und Neutiefer Lachskutter. Unmittelbar an den Hafenmauern ist eine andere Fischerei im Gange – nach Stichlingen. Die einzige Stelle, glaube ich, an der diese stacheligen Dinger gebraucht wurden. Tonnenweise wanderten sie in die Tran- und Fischmehlfabrik, die bei passender Windrichtung von Alt-Pillau herüberstank. Sonst sind sie im Allgemeinen ja nur dazu gut, dass man sie sich in den Fuß tritt, wenn sie tot und gedörrt im Sande herumliegen.

Zwischen Neutief und Kahlberg webt der ganze dunkle Zauber der Frischen Nehrung. Aber es stehen auch haufenweise Netzstangen weit ins Wasser hinein, und wer dazwischen an Land will, muss sich vorsehen. Aber es hat immer gelohnt, so finde ich, die Mühe in Kauf zu nehmen. Nicht nur bei Strauchbucht, wo es noch einen Anlegesteg gab und eine Försterei im Hintergrund, sondern gerade dort, wo man am weitesten entfernt war von jedem Dorf. Es gibt da eine Stelle – ich kann sie nicht mit Namen bezeichnen, aber ich würde sie

sofort wiederfinden –, da war feiner, weißer Sand am Ufer, dahinter eine weite grüne Fläche mit kurzem Gras, und dann leuchtete da vor dem dunklen Hintergrund der Kiefern und Tannen eine Gruppe von Birken so fröhlich wie Mädchen in Sommerkleidern. Die steht in keinem Reiseführer, aber bei mir hat sie drei Sterne. Es ist eine der fröhlichsten Stellen rund ums ganze Haff. Kein Mensch kümmerte sich darum, ob man nackt herumlief oder mit Indianerfedern auf dem Kopf, denn kein Mensch war zum Kümmern da. Der Förster, der alle drei Jahre einmal aus dem Wald gelugt hat, nahm auch keinen Anstoß.

Aber wir sind ja, das lässt sich nicht verheimlichen, auf dem Wege über Narmeln nach Kahlberg, und eigentlich müsste es Pfingsten sein. Denn Kahlberg – wohin im Sommer die Elbinger ihre Söhne, vor allem aber ihre Töchter schickten, damit sie und die Segler eine Freude hatten – stand zu Pfingsten ganz im Zeichen der weißgeflügelten Jachten. Einige Besitzer von Motorkuttern hatten in diesen Tagen ihr gutes Auskommen damit, all die Boote vom Dreck herunterzuschleppen, die wenige Meter neben der Aktienmole festsaßen. Diese Motorkutterbesitzer haben wir im Verdacht, dass sie immer dagegen gestimmt haben, wenn mal das Ausbaggern des Hafens zur Debatte gestanden hat. Weiße Dämpflinge rauschten von Tolkemit und Elbing heran, luden ihre Fracht von Badegästen auf der Mole ab, und ehe diese ihre erhitzten Glieder über die Höhen Kahlbergs zum Ostseestrand trugen, hatten sie das Vergnügen, die an der Mole vertäuten achtzig bis hundert Segelboote samt ihren Besatzungen wie eine hinter den Gittern des Geländers aufgebaute Menagerie zu betrachten.

Übrigens gab es auch noch den Kaiserhafen ein Stückchen weiter. Er hatte seinen Namen wohl daher, dass in früheren Zeiten ein oder einige Male der Kaiser dort mit seiner Jacht gelegen hatte. Aber ich nehme an, dass Majestät noch nicht einmal zu winken brauchte, um einen Bagger und drei Dutzend Krautausreißer in Bewegung zu setzen, die dem weißen Bauch des Schiffleins das Bett machten. Zu unserer Zeit lag man in dem Kaiserhafen zwar ziemlich ungestört, aber gar nicht kaiserlich, denn er war eine schöne Modderkuhle.

Der Tolkemiter Aal

Habt ihr mal eine Tolkemiter Lomme gesehen? Das waren noch Schiffe mit Charakter, mit einem gutmütigen dazu. Vorne breit und rund, hinten breit und eckig, sie

schoben einen Berg Wasser vor sich her, sie fuhren ein- oder zweimastig mit Kies und Ziegeln von der Gegend Tolkemit, Frauenburg, Heiligenbeil nach Pillau und Königsberg. Sie hatten Blumenkästen vor der Kajüte, und die Fenster auf dem Heck waren nur gemalt. In ruhmreicheren Zeiten segelten sie auch nach Schweden, und die größten von ihnen gingen auch jetzt noch auf See, um sich draußen vor der Samlandküste vor vier Anker zu legen, einen Taucher hinunterzuschicken und mit stählernen Zangen die Steine emporzuholen, die für Molenbefestigungen und Straßenbau gebraucht wurden.

Es ist gelogen, wenn man ihrem Heimathafen Tolkemit nachsagt, dass die Leute dort Schuhsohlen aus Faltboothäuten trugen. Das ist bestimmt eine Verleumdung, die Tolkemiter Schiffer waren zu uns immer nett und hilfsbereit, bestimmt nicht nur deswegen, weil unser Boot nicht aus Gummi, sondern aus Holz bestand. Außerdem waren es tatkräftige Leute, denn sie hatten es fertiggebracht, den berüchtigten Tolkemiter Aal an die Kette zu legen und über die Theke einer Gastwirtschaft zu hängen. Dieser Aal, so heißt es, hat einst vor Frauenburg sein Unwesen getrieben, und zwar hatte er es besonders auf Jungfrauen abgesehen. Als er dort keine mehr fand – so heißt es – wechselte er in die Gegend von Tolkemit über. Natürlich wollten die Tolkemiter ihre Jungfrauen für sich haben, sie gaben dem Aal ihr Bier zu trinken, und daran, so heißt es, sei er gestorben. Ich bitte darauf zu achten, dass ich an allen verhänglichen Stellen dieser Historie immer, „so heißt es“ eingefügt habe, denn ich habe die Geschichte nicht ersonnen, und ich will es weder mit den Tolkemitern noch den Frauenburgern verderben.

Am natangschen Haffstrand

Wie klein waren unsere Segel doch, wenn sie unter der Höhe von Balga vorbeiglitten, und wie groß kamen sie uns vor, wenn sie einmal in dem winzigen Hafen von Brandenburg auftauchten. Aber während die Buchendome bei Cadinen und Tolkemit für den, der sich auf dem Wasser bewegte, meist eine schöne Sache von ferne waren, gab es zwischen Balga und Brandenburg wieder eine Stelle, die keiner kennt, jedenfalls nur wenige, die mit ihren Booten durch das flache Wasser dahin kamen. Sie liegt in der Nähe des Dorfes Schölen.

Wenige Meter von der Wasserkante entfernt springt das Ufer ein bis zwei Meter hoch und trägt den weichsten Waldboden, den ich je kennengelernt habe. Man baut sein Zelt unter den Schirmen niedriger Kiefern auf, und wenn man zehn Schritte geht, steht man mitten in wahren Großfamilien von Gelbörchen. Es wächst einem aus dem Moos geradezu in den Kochtopf hinein, und immer wieder kann man ernten.

Diese ein bis zwei Meter über dem Wasserspiegel heben den Blick aus der Froschperspektive und machen diesen Punkt zu einer Stelle der Andacht. Bis zum Pillauer Tief auf der anderen Seite überblickt man das ganze in der Sonne strahlende Haff, und in der Nacht hat man das ganze Leuchten und Funkeln vor sich.

Und an dieser Stelle wollen wir die kleine Rundfahrt beschließen, die nur mit dem Herzen gemacht wurde und, vom Verstand aus betrachtet, höchst lückenhaft geblieben ist. Die Fahrt über das Haff, das uns manchmal das Leben schwer machte mit seinen groben, steilen Wellen, das uns schüttelte und uns den Hals umdrehen wollte und das ein andermal farbenprächtig und zart und lieblich war wie selbst eine Jugendliebe es im Allgemeinen nur in der Erinnerung sein kann.

aus: Ostpreußenblatt 1952



Altes Seezeichen: der Weiße Mann

FOTO: BILDARCHIV OSTPREUßEN

● AUFGESCHNAPPT

Der Kurzroman „Der alte Mann und das Meer“ trug maßgeblich dazu bei, dass dem amerikanischen Schriftsteller Ernest Hemingway 1954 der Literaturnobelpreis zugesprochen wurde. Die Geschichte über einen Fischer, der tagelang mit einem großen Speerfisch kämpft, erfuhr verschiedene Deutungen. Einen ganz besonderen Umgang mit dem Buch pflegt neuerdings die „University of the Highlands and Islands“, die über mehrere Standorte in Schottland verfügt. Dem gegenwärtigen Trend zur Bevormundung folgend hat die Hochschule das Buch mit einem Warnhinweis für Studenten versehen. Es enthalte „plastische Schilderungen der Fischerei“ beziehungsweise „des Angels“ („graphic fishing scenes“). Hemingway befindet sich in guter Gesellschaft, denn gewarnt wird an der schottischen Universität auch vor der Lektüre von Homers „Ilias“ und dem Epos „Beowulf“, jeweils aufgrund der „grausamen Nahkampfszenen“, oder vor Shakespeares „Romeo und Julia“. Hier gehe es unter anderem um „Gift und Selbstmord“.

E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Andreas Rosenfelder fürchtet in der „Welt“ (9. März), dass die Politik versuchen könnte, etliche Corona-Maßnahmen im Schatten des Ukrainekriegs zu verwewigen:

Es steht viel auf dem Spiel. Wird Deutschland zur gruseligen Corona-Parallelwelt, in der die Maßnahmen nie mehr verschwinden? Oder sorgt die FDP im Verbund mit den vernünftigen Kräften aus SPD und Grünen dafür, dass auch wir wieder in eine freiheitliche Rechtsordnung zurückkehren? Das ist eine zentrale Bedingung dafür, dass wir die anstehenden Krisen gemeinsam bewältigen können.

Dieter Schnaas amüsiert sich in der „Wirtschaftswoche“ (13. März) über Saarlands Ministerpräsidenten Tobias Hans (CDU), der wohl fürchtet, im Wahlkampf von den Folgen der auch von ihm unterstützten Energiewende überrollt zu werden:

„Tobias Hans, der Ministerpräsident des Saarlandes, der meinte, in einem Handyvideo Marke Selenskyj vor einer Tankstelle Esso-S funken zu müssen – und mit zitternder Stimme und bebender Nasenwurzelfalte im Namen der ‚fleißigen Leute‘ eine sofortige ‚Spritpreisbremse‘ forderte: ‚Die muss jetzt her. Zwei Euro 12 für’s Diesel – sorry, das ist wirklich irre, das geht wirklich nicht mehr.‘ Viel tiefer kann Wahlkampf nicht sinken.“

Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, weist im Gespräch mit dem Blogger Alexander Wallasch (alexander-wallasch.de, 14. März) auf Unterschiede zwischen den meist jungen, männlichen Asylsuchern von 2015 und den ukrainischen Flüchtlingen von heute hin:

„Die Ukrainer selber sind tatsächlich Frauen und Kinder und Ältere oder gebrechliche Männer ... Die Ukrainer ... sind ja auch zufrieden damit, in Rumänien, in Moldau, in Ungarn, in Polen, in der Tschechischen Republik, der Slowakei oder sonst wo, sicher zu sein. Das Phänomen, was wir momentan haben, ist, dass die Kapazitäten in Osteuropa erschöpft sind. Nur deshalb fahren die Menschen weiter. Nicht, weil sie jetzt alle nach Deutschland wollen ... Und das ist genau der kleine, aber feine Unterschied zu den Nordafrikanern und Arabern.“

● WORT DER WOCHE

„China bekommt jetzt einfach Russland und kann damit machen, was es will. Es wird für uns sowohl zum exklusiven Käufer als auch zum exklusiven Lieferanten. Es kann die gesamte Politik diktieren, und Russland kann nicht einmal einen Pieps von sich geben.“

Andrej Mowtschan, russischer Finanzexperte, in der „Nowaja Gasjeta“ vom 9. März

DER WOCHENRÜCKBLICK

Das Monster faucht

Wie es doch wieder bürokratisch wird, und was unsere Freunde (auch) von uns wollen könnten

VON HANS HECKEL

Die guten Ideen sprudeln nur so aus der Flasche. Wie wir Putin lahmlegen und zur Aufgabe zwingen, wie wir unsere Energieversorgung unabhängiger machen oder wie wir die leidenden Autofahrer und Fuhrunternehmer entlasten. Zu allem taucht etwas auf. Allerdings müssen wir uns wohl darauf gefasst machen, dass das meiste davon auch so endet wie das Gesprudel aus der geschüttelten Brauseflasche – als Fleck auf der Tischdecke.

Norbert Röttgen fordert wie viele den sofortigen Stopp der Gasimporte aus Russland. Bis zum Herbst hätten wir ja noch die Restreserven in unseren Gasspeichern. Und bis die alle sind, in acht Monaten oder so, hätten wir ja Zeit, die ganze deutsche Energiepolitik umzukrempeln.

In acht Monaten also. Zur Erinnerung: Seit etwa einem Vierteljahrhundert bastelt Deutschland an einer Energiewende herum. Das Muster hieß: Wir stellen die alten, atomaren und fossilen Quellen erst ab, und dann sehen wir mal, wie es weitergeht. Die immer größere Energielücke wurde gefüllt mit Phrasen und russischem Gas. Wenn das Gas weg ist, bleiben nur noch die Phrasen.

Solche etwa: Luisa Neubauer von „Fridays for Future“ stellt euphorisch fest, Sonnen- und Windenergie seien die einzigen Energien, die nicht teurer geworden seien durch den Krieg. Ganz im Sinne von Christian Lindners Spruch von der „Freiheitsenergie“ heiße es nun, erst recht auf Sonne und Wind umzustellen.

Da kommt selbst Robert Habeck ins Schwitzen. Wieso? Vermutlich hat er sich die Zahlen seines eigenen Ministeriums kommen lassen und daraufhin einen leichten Schwächeanfall erlitten. Danach haben Wind- und Solaranlagen im vergangenen Jahre gerade einmal fünf Prozent des Primärenergieverbrauchs gedeckt (Wind 3,6 und Sonne 1,6). Daher sprechen die Wind- und Sonne-Lobbyisten ja auch viel lieber von den großen Fortschritten bei der „installierten Leistung“. Die Wortschöpfung ist an sich schon Mogelei. Ein Windrad, das stillsteht, und eine Solaranlage bei Nacht bleiben zwar weiterhin „installiert“ – sie „leisten“ aber nichts.

Und dann sei noch mal an das Zeitfenster erinnert: acht Monate. Wie viel kann man in der kurzen Frist installieren? Also werden wir andere Gas-, Öl- und Kohlelieferanten finden

müssen, um Russland zu ersetzen. Und so hat Röttgen das sicherlich auch gemeint. Folgen wir also seinem Vorschlag, klemmen wir das Russengas ab und suchen uns neue Verkäufer. Ob wir die überhaupt finden? Och, da brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Die werden uns sogar euphorisch entgegenstürmen. Warum?

Weil sie alle wissen werden, dass spätestens im Herbst, also zum Beginn der Hauptsaison in Sachen Energiehunger, der letzte Gasfuzz aus unseren Speichern entwichen sein wird und wir (buchstäblich) um jeden Preis kaufen müssen. Die Gasexporteure werden uns hilfsbereit lächelnd das Fell über die Ohren ziehen, ohne dass wir das Geringste dagegen tun können.

Übrigens: Einige unserer guten Freunde und Partner, die uns vorwurfsvoll zum Verzicht auf das vermaledeite Russengas gemahnt haben, sitzen selber auf recht stattlichen Erdgasvorkommen. Ein Schelm, der dabei denkt, dass die sich schon auf das viele Geld freuen, dass sie mit der deutschen Energiekrise verdienen könnten. Und deutsche Industriebetriebe, die wegen der untragbar hoch geschraubten deutschen Energiepreise das Land verlassen müssen, die werden sie mit offenen Armen empfangen.

Volle Packung für die Mittelschicht

Was soll’s. Im Augenblick haben wir ganz andere, viel akutere Probleme zu stemmen. Erste Speditionen machen schon schlapp wegen der astronomischen Spritpreise, und der Auto-Normalverbraucher traut seinen Augen nicht mehr. Zunächst beim Blick auf die Preistafel an der Tanke, danach bei dem in sein Portemonnaie.

Zu unserer Erleichterung wurde schnelle und unbürokratische Hilfe versprochen. Schnell und unbürokratisch – das klingt immer toll. Es sei denn, diese schönen Worte quellen aus dem Munde eines Politikers. Dann hören wir das Bürokratiemonster schon fauchen, das sich hinter der netten Parole mal wieder warmläuft.

Manchmal dauert es ein Weilchen, bis es seine Krallen ausfährt, doch diesmal ging alles ganz schnell. Als Finanzminister Lindner von einem „Tank-Rabatt“ zu reden anfang, durften wir nur ein paar Sekunden lang hoffen, dass er es so machen will wie die anderen Länder in der Nachbarschaft: Dort hat man einfach die Steuern auf Kraftstoff gesenkt, und fertig war’s.

—
Weg vom Russengas – und dann? Dann werden uns die anderen Gasproduzenten hilfsbereit lächelnd das Fell über die Ohren ziehen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de